

DER KAMPF

Jahrgang 2

1. Oktober 1908

1. Heft

Viktor Adler: Glossen zum Nürnberger Parteitag

Die Parteitage der deutschen Sozialdemokratie sind stets ein Hochschulkursus für die ganze Internationale. Man mag mitunter zweifeln, ob die schrankenlose Öffentlichkeit und die hemmungslose Offenheit der Debatten unserer deutschen Genossen ihrer eigenen Partei in allen Dingen nützlich sei, für uns andere, die wir mit brennendem Interesse, mit wärmster Sympathie, aber doch immerhin als Aussenstehende die deutschen Dinge verfolgen, sind sie eine unvergleichliche Quelle vielfältiger Belehrung. Die Gelegenheit, zu sehen, wie die schwierigsten Aufgaben der Partei von den berufensten und erfahrensten Männern behandelt und gelöst werden, ist nicht hoch genug zu veranschlagen. Aber noch wichtiger vielleicht ist, dass Probleme der Parteiorganisation, der Parteipolitik und der Parteipsychologie aufgedeckt und in helles Licht gestellt werden, die uns selbst noch gar nicht oder nicht klar zum Bewusstsein gekommen sind. Denn das Lernen in der Politik ist eine keineswegs simple Sache und kann leider nur recht selten darin bestehen, fertige Lösungen, und wären sie für ein anderes Land oder eine andere Zeit noch so zutreffend, schwarz auf weiss nach Hause zu tragen. Aber wenn wir es nicht so bequem haben, unfehlbare Regeln der Taktik, in einige Schulformeln zusammengefasst, fertig zum Gebrauch, in den Tornister stecken zu können, vielmehr jedes Proletariat sich die Methoden seiner Politik mühsam selbst finden muss, so gibt es gewiss nichts, was mehr unsere Erkenntnis, vor allem unsere Selbsterkenntnis fördern und uns mehr anregen kann, als mit offenen und möglichst unbefangenen Augen der Entwicklung unserer Bruderparteien im Ausland zu folgen und sich zu bemühen, sie zu verstehen.

Die deutsche Sozialdemokratie besitzt in ihrer Organisation, die trotz aller Aenderungen in der Form noch heute in allen wesentlichen Zügen das Gepräge zeigt, das in den Kriegsjahren des Sozialistengesetzes geschmiedet wurde, die grossartigste politische Maschine, die es überhaupt in der Welt gibt, ein wahres und eigenartiges Kunstwerk. Die der Klassenlage und dem Klassenbedürfnis des Proletariats entsprechende und entspringende Massenorganisation wird da sehr gefördert durch den dem Deutschen wie keinem anderen Volke eigentümlichen Sinn für Ordnung, für geregelte Arbeitsteilung, für sorgfältig abgegrenzte Verantwortlichkeit. Man muss sich in die trockenen Tatsachen und dürren Ziffern des Berichtes vertiefen, den der Parteivorstand alljährlich dem Parteitag vorlegt, um eine Vorstellung von der ungeheuren Summe von geregelter, systematischer Arbeit zu bekommen, die da von Zehntausenden jahraus, jahrein geleistet wird. Und doch wird man so nur einen ungefähren Ueberblick über die grossen Züge des Ganzen erhalten; einen genaueren Einblick gewinnt man erst, wenn man die genau ausgearbeiteten Einzelberichte studiert, die seit einigen Jahren von den Organisationen nicht nur der Einzelstaaten, sondern auch einzelner Städte und Wahlkreise gedruckt herausgegeben werden. Das Bedürfnis der Gewerkschaften, über jedes Detail ihrer Tätigkeit genau und ziffermässig zu berichten und Rechenschaft zu geben, hat auf die politischen Organisationen übergegriffen, und wenn man auch hie und da die Empfindung hat, dass einem gewissen bürokratischen

Hänge gelegentlich überflüssige Opfer an Arbeit gebracht werden, so ist es doch sicher, dass diese Berichte einer wichtigsten Bedingung demokratischer Schulung und Betätigung dienen, indem sie die genaue Einsicht in die Verwaltung ermöglichen. Keiner unserer Vertrauensmänner, die ja berufene Sachverständige in diesen Dingen sind, wird solche Berichte, die ja leicht zugänglich sind, ohne reichliche Belehrung und Anregung aus der Hand legen. Gerade wir Oesterreicher können bei diesem Studium profitieren; gewiss fehlt es uns nicht an Opferwilligkeit und Eifer, aber der da draussen fast zum Fanatismus gesteigerte Sinn für Ordnung, für Pünktlichkeit und Genauigkeit ist bei uns erheblich weniger entwickelt. Freilich haben auch die Parteien wie die Individuen die Fehler ihrer Vorzüge und auch die vom deutschen Temperament beeinflusste Methode hat ihre Eigentümlichkeiten, die uns fremd anmuten. Draussen wird alles genau überlegt, vorbedacht, hundertmal von allen Seiten betrachtet, bevor es ins Werk gesetzt wird. Dafür ist nichts dem Instinkt, der Improvisation, der Intuition überlassen und es wird ihnen schwerer als uns, den Moment zu ergreifen und zu nützen. Wir ziehen den Karren über Stock und Stein und antauchen muss, was Hände hat. Draussen legen sie bedächtig Schienen über den sorgfältig trassierten Weg. Sie kommen vielleicht später in Gang, aber sie überholen uns wieder, wenn erst alles ordentlich läuft. Trotzdem hat auch ihre Methode ihre Gefahren. Nicht allen Aktionen wird durch umfassende Erörterungen immer genützt. Die Art, wie man draussen die Maifeier von Anfang an behandelt hat und behandelt, scheint ein Beispiel dafür zu sein. Gewiss sieht dieses Problem draussen in wesentlichen Punkten anders aus als in Oesterreich, aber man wird den Eindruck nicht los, dass die endlosen Verhandlungen über die Unterstützungsfrage der Sache der Maifeier nicht gerade genützt haben. So war auch die Kraft, die vor einigen Jahren auf die Diskussion des Massenstreiks verwendet wurde, soweit wir sehen können, nicht sehr produktiv verwendet. Die Neigung, „sich nach einem Plane zu verlieben“, schlägt immer durch, aber so wenig die Politik mit der Liebe gemein hat, darin ist sie ihr ähnlich, dass sie nicht immer profitiert, wenn man ihre Probleme im vorhinein ausrechnen will.

Damit soll keineswegs in das Horn der Leute gestossen sein, die über die unaufhörlichen Diskussionen, die unsere deutschen Genossen über angebliche Doktorfragen führen, nicht genug schmälen können. Ueberhaupt liegt diesen Betrachtungen nichts ferner als irgend eine Art von Schulmeisterei. Wer selbst verantwortlich handeln muss, wer die ganze Wucht der Verantwortlichkeit für politische Entscheidungen, die das Wohl und Wehe der Partei betreffen, jemals empfunden hat, der wird sich davor hüten, über die Politik unserer Genossen in anderen Ländern fürwitzig abzusprechen. Die berechtigte Kritik hat zur Voraussetzung den redlichen Wunsch und Eifer, zu einem allseitigen Verständnis der Dinge zu kommen, so weit das überhaupt möglich ist, und keine Rolle ist unfruchtbarer, ja widerwärtiger als die des unverantwortlichen Rezensenten. In der Politik wie in der Kunst gilt gewöhnlich: Der Rezensent, das ist der Mann, der alles weiss und gar nichts kann.

Uebrigens ist die leidenschaftliche Diskussion in der Partei nicht eine Spezialität ausschliesslich der deutschen Sozialdemokratie. Unsere Genossen in Frankreich, in Italien, von Russland gar nicht zu reden, führen ihre Debatten über Theorie und Taktik wahrhaftig nicht minder eifrig; was der deutschen Sozialdemokratie eigentümlich ist, ist nur die Kleinigkeit, dass sie seit mehr als dreissig Jahren in schwerer Arbeit ihre Grundanschauungen entwickelt, ihre Taktik ausgebildet hat, ohne dass ihre Einheit gefährdet wurde, ja dass sie in wahrhaft bewunderswerter Weise die notwendig auftretenden Meinungsverschiedenheiten zu überwinden und die Geschlossenheit der Partei zu festigen vermochte. Das allein schon ist eine ganz unvergleichliche politische Leistung des deutschen Proletariats, die jeder würdigen wird, der sich von der steigenden Schwierigkeit, die dabei zu besiegen ist, Rechenschaft gibt. Die deutsche Partei ist schneller gewachsen als die jedes anderen Landes. Deutschland ist zu dem grössten Industriestaat,

das will sagen zu dem grössten Proletarierstaat der Welt hinaufgeschneilt. Jede Aufgabe wächst da sofort ins Riesenhafte. Die Partei hat nicht nur Proletarier-schichten und dem Proletariat nahestehende Schichten sehr verschiedener Stufe der Entwicklung, sehr verschiedener durch Stammeszugehörigkeit, politische Ge-schichte, Lebenshaltung u. s. w. bedingter Psychologie in sich aufgenommen. Zu-gleich haben sich die Aufgaben der Partei nach allen Richtungen differenziert und sie steht überall vor der Notwendigkeit, neue Wege zu finden. Wenn die Grundanschauungen der Sozialdemokratie feststehen und aus ihrer Einsicht in die grossen wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge abgeleitet sind, so müssen doch ihre taktischen Methoden erst im einzelnen erarbeitet werden. Das klarste Wissen um unsere Endziele belehrt uns keineswegs eindeutig über den Weg, auf dem sie zu erreichen sind. Man kann sich so wenig damit beruhigen, dass alle Wege nach Rom führen, denn es gibt auch Umwege, als man einen und den-selben Weg überall und stets als den allein richtigen anerkennen darf. Dass die Taktik die Anwendung unserer Grundanschauungen auf die Praxis ist, ist gewiss eine sehr treffende Definition, nur ist eben diese Anwendung keineswegs eine simple und zweifelsfreie Sache, insbesondere wo die notwendig sehr grosse Allgemeinheit unserer Grundanschauungen mit dem ebenso notwendig sehr kleinen Detail des konkreten, täglichen politischen Lebens kontrastiert und doch zu ihm in ein bestimmendes Verhältnis gesetzt werden soll. Nichts natürlicher, als dass da neue Schwierigkeiten, neue Probleme auf Schritt und Tritt auftauchen, die in das Bewusstsein der Partei in der Form von Meinungsverschiedenheiten treten und überwunden werden müssen. Dass dieser Prozess nicht immer ein schmerz-loser sein kann, ist begreiflich und wir bekennen offen, dass er oft peinliche Formen angenommen hat. Wir vermögen unseren Freunden nicht die Wahrheit zu sagen, weil wir nicht töricht genug sind, uns im Besitze der Wahrheit zu wähnen. Aber Aufrichtigkeit sind wir ihnen schuldig und darum dürfen wir ihnen nicht verhehlen, dass die Art, wie Meinungs-differenzen in der deutschen Partei erledigt werden, von den Genossen im Ausland ebenso peinlich empfunden wird — wie von ihnen selbst. Man braucht nicht gerade übermässig wehleidig zu sein und doch finden, dass etwas mehr Wohlwollen bei der Beurteilung der Anschauungen und der Motive des Bruders, den man für einen irrenden hält, geeignet wäre, die Streitfragen wenigstens für uns Unbeteiligte durchsichtiger zu machen und ihre Schlichtung zu erleichtern. Uebrigens ist, wie gesagt, diese Erkenntnis auch draussen eine allgemeine und gerade bei den Nürnberger Debatten haben die berufensten Genossen beider streitenden Teile in so warmen und angemessenen Worten das Masshalten im Meinungskampfe empfohlen, dass es wirklich nicht mehr braucht, als dass jeder Teil die Ratschläge befolgt, die er dem anderen gibt.

Man hat vielfach gesagt, diesmal sei der Streit rein „zufällig“ ausgebrochen. Nun halten wir allerdings die Frage der Budgetbewilligung für keine so wichtige, dass sie die Leidenschaft des Kampfes rechtfertigen würde, und dass die Sache an sich herzlich unbedeutend ist, hat Bebel nicht minder bestimmt ausgesprochen wie Timm. Aber trotzdem ist der Streit kein Zufall, sondern früher oder später mussten die Fragen, die im Zusammenhang mit der Angelegenheit der Budget-bewilligung erörtert wurden, an die Oberfläche treten und die Partei beschäftigen. Diese Sache selbst war vielleicht nicht allzu schwer zu schlichten. Man durfte es den Süddeutschen nur nicht allzu schwer machen, zuzugeben, dass in dieser Be-ziehung ihre Taktik keine einwandfreie war. Hätte man die Budgetbewilligung nicht als Todsünde qualifiziert, so hätten sie vielleicht zugestanden, dass die Budget-verweigerung, die sie so oft geübt, auch in diesem Jahre kein verhängnisvoller Fehler gewesen wäre, der die bayerische und badische Sozialdemokratie schwer geschädigt hätte. Die süddeutschen Genossen haben so viel vernünftige Sachen getan, dass ihnen das Recht, gelegentlich auch einen Fehler zu machen, ebenso zu-gebilligt werden muss, wie jedem vernünftigen Menschen, und man durfte wirklich annehmen, dass sie den Fehler nächstens vermeiden werden. Dass sie mit der Budgetbewilligung weder eine Anerkennung des Klassenstaates noch ein Vertrauens-

votum für die Regierung aussprechen wollten, durfte man ihnen ebenso glauben, wie sie selbst, wäre nur wirklich eine rein sachliche Diskussion möglich gewesen, zugeben hätten müssen, dass der Versuch, die Budgetbewilligung als eine unbedingte politische Notwendigkeit zu erweisen, misslungen ist. Aber wie die Dinge einmal lagen, glaubten die Süddeutschen die Budgetbewilligung verteidigen zu müssen und verwendeten darauf all ihren Scharfsinn und alle Leidenschaft, während sie tatsächlich bereits für etwas ganz anderes kämpften, nämlich für ihr Recht, über die Budgetbewilligung sowie über ihre Taktik in den Landtagen überhaupt selbständig zu entscheiden. An die Stelle einer Frage der Parteitaktik war eine Frage der Taktik in der Partei oder, wenn man will, eine Frage der Parteiorganisation und Parteidisziplin gerückt.

Das ist nun allerdings eine viel wichtigere und schwierigere Frage als die der Budgetbehandlung und das lässt auch die Hitze des Kampfes leichter begreifen. Dass es sich um eine Frage der Selbständigkeit innerhalb der Parteiorganisation handelte, lässt allein auch erklärlich erscheinen, dass ein so grosser Teil der Arbeiter Süddeutschlands mit einer Leidenschaft für die Auffassung ihrer Abgeordneten eintrat, die sie für die Budgetbewilligung gewiss nicht aufgebracht hätten, die, das werden auch unsere Bayern zugeben, mag man über ihre Notwendigkeit denken, wie man will, für eine proletarische Wählerschaft kaum ein Gegenstand der Begeisterung sein kann. Bedauerlich ist nur, dass in dem Bedürfnis, ihre Position zu verteidigen, die süddeutsche Parteipresse einen Ton angeschlagen hat, für den leider wir Oesterreicher ein besonders geübtes Gehör haben: sie hat an die Empfindungen appelliert, die auf dem Gegensatz zwischen Süddeutschen und Norddeutschen beruhen, und die Sache wird dadurch nicht besser, sondern schlechter, dass man unlängst lesen konnte, die Grenze zwischen dem guten und vorgeschrittenen Süden und dem bösen und zurückgebliebenen Norden — in der Partei natürlich — sei nicht mehr der Main, sondern die Elbe! Wenn unsere deutschen Genossen die richtige Empfindung haben für die Gefahr solcher Zündeleien, können sie bei dieser Gelegenheit eine entfernte Ahnung bekommen von den Schwierigkeiten, die nicht erfundene, sondern sehr reale nationale Verschiedenheit und nationale Gegensätze der proletarischen Politik in Oesterreich bereiten.

Nun könnte der Wunsch der Süddeutschen nach Selbständigkeit sich allerdings damit abfinden, dass der Parteitagsbeschluss sie ja nur in der einzigen Budgetfrage bindet, die sie selbst nicht für so wichtig halten, während ihre Taktik in allen anderen, viel einschneidenderen Fragen vollkommen frei bleibt. Aber da einmal die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Budgetfrage gelenkt ist, so wird es sie heute eine gewisse Selbstüberwindung kosten, ihre Wünsche mit der Notwendigkeit der Partei in Uebereinstimmung zu bringen. Ihre auf dem Parteitag abgegebene Erklärung ist kein Hindernis dafür, dass sie zur richtigen Zeit die richtige Form dafür finden werden. Sie selbst müssen wünschen, dass das Prinzip, die Taktik der Partei möglichst einheitlich zu gestalten, aufrecht bleibe. Denn schliesslich könnte es ihnen passieren, dass, was sie heute der Gesamtpartei versagen, morgen der Landesvertretung von irgend einer Wahlkreisorganisation oder einer Gemeinderatsfraktion geweigert wird. Die Gesamtpartei gibt jeder einzelnen Organisation an Kraft weit mehr, als sie ihr an Selbständigkeit nimmt, selbst wenn sie die Parteidisziplin allzueng auslegen würde.

Aber ohne Zweifel werden sich die Schwierigkeiten solcherart für die Partei mehren und nicht nur in Süddeutschland die Fälle wiederholen, wo ein von der Gesamtheit aufgestellter taktischer Grundsatz von einer grossen Organisation als Fessel empfunden wird. Dann wäre zu wünschen, dass es erleichtert werde, einen Ausweg zu finden und man wird vielleicht erwägen müssen, ob es durchaus notwendig ist, den notwendig bestimmenden Einfluss der Partei in die drückende Form eines zwingenden Beschlusses zu kleiden. Die Disziplin der Partei wird um so leichter zu erhalten sein, je mehr man ihre Inanspruchnahme nur auf die wirklich notwendigen Fälle beschränkt.

Das ist nur ein einziges der Probleme, die den Nürnberger Parteitag be-

schäftigt haben, freilich jenes, das seine Zeit und seine Kraft am meisten in Anspruch genommen hat. Jeder Schritt nach vorwärts bringt uns neue Aufgaben und stellt neue Ansprüche an unsere Kraft. Darin geht es uns genau so wie den Deutschen, wenn auch unsere Partei weit jünger ist. Und wenn wir an die Anfänge der Partei zurückdenken mit aller ihrer bitteren Not und ihren schweren Kämpfen und uns des Erreichten freuen, so mag uns gleichwohl häufig das Wort Goethes in den Sinn kommen: Säen ist nicht so schwierig wie ernten.

Karl Renner: Die Wandlungen der Christlichsozialen

Zum neuen Kampfe mit dem alten Feind!

Mit unseren guten alten Feinden, den Christlichsozialen, haben wir es bei den diesmaligen Landtagswahlen in Niederösterreich wieder zu tun und fast allein zu tun. Die österreichische Arbeiterschaft schlägt sich bei den Reichsratswahlen in siebzehn Kronländern mit etwa zwei Dutzend Parteien. Das verwirrt, das macht beinahe nervös. Bei diesen Landtagswahlen können wir mit erlöstem Aufatmen rufen: Endlich allein mit unserem intimsten Feind!

Alter Hass rostet weniger als alte Liebe und so begrüßen wir auf dem Kampfplatz Gessmann und seine Leute mit dem Grusse: Wir bleiben die Alten. Wir sind dieselben wie 1889 in Hainfeld, wie 1893 beim denkwürdig grossen Maigang, wie 1896, als Lueger um seine Bestätigung als Bürgermeister rang, wie bei den Wahlen von 1897 und 1901. Dieselben im Wesen, nur stärker. Aber die Christlichsozialen sind dieselben nicht mehr. Ihr Wachstum ist zugleich Wesensänderung gewesen und so haben sich auch unsere Kampfmethoden gegen sie stets geändert und noch zu ändern.

Als die österreichische Arbeiterschaft in Hainfeld den Wahlrechtskampf proklamierte, hielt noch Plener im Parlament seine saffianledernen Reden im Namen des deutschen Volkes, Matzenauer repräsentierte dort die Stadt Wien und wer da innerhalb der festen Wälle der Kurien vom Wahlrecht sprach, ward überlegen behohlächelt als gutmeinender Utopist. Kein Wunder, dass die Massen draussen mit Schadenfreude zusahen, wie sich hinter den Kurienwällen, mitten unter den Privilegierten ein Wiener Advokat auftrat und weidlich auf die Steifleinernen seinen Spott ausgoss.

Die Arbeiter vergnügten sich über Lueger, aber irregemacht hat er sie nicht.

In dieser Rolle ist Lueger und die christlichsoziale Partei gross geworden: Nicht als Bekämpfer der Privilegien, sondern als Opposition unter den Privilegierten; nicht als Erstürmer und Schleifer der Kurien, sondern als Eroberer des dritten Wahlkörpers in der Gemeinde, der Fünfguldenmänner in der Stadt. Die öffentliche, allgemein zugängliche Volksversammlung war für ihn kein glücklicher Boden, aber die Wählerversammlung der Fünfguldenmänner verschaffte ihm Triumphe. Diese Wählerschaft war sein christliches Volk von Wien und gefolgt von ihr verstand er es natürlich leicht, die asthmatischen Liberalen niederzudonnern und niederzurennen. Wen wundert's, dass er sich in dieser Kinderstube ein Goliath fühlte?

Was Lueger sich selbst dünkete, ist geschichtlich gleichgültig. Der tatsächliche Grund seiner Erfolge ist die politische und ökonomische Erhebung des Wiener Kleinbürgertums.

Vom Anbeginn an liegt indessen im christlichen Sozialismus eine zweifache Auflehnung. In jeder Krisenzeit rebelliert das Handwerk, fühlt sich der Handwerker als Auch-Arbeiter und wettet gegen das Kapital, das sein schmales Besitztum bedroht. Gehen die Geschäfte wieder gut und hat er sein Besitztum vor dem Zusammenbruch gerettet, dann freut er sich als Auch-Besitzer seines Profits und ist empört über die Begehrlichkeit der Arbeiter, die auch von der Konjunktur etwas haben wollen.

Von dieser periodischen Revolte der Kleinbürger wohl zu unterscheiden ist das Mißtrauen und die Mißgunst des Kapitalisten der Industrie gegen Handels- und Finanzkapital und der Hass aller anderen Sorten von Kapitalisten gegen das Finanzkapital im besonderen. Diese letztere dauernde Abneigung nährt den Antisemitismus der Reichen; er sitzt tief, ist aber still und gesittet wie der Neid, der sich nicht gern selbst verrät. Jener Antisemitismus der kleinen Leute aber bricht periodisch aus und weicht dann wieder einer gewissen respektvollen Scheu vor den Leuten, denen man es so gern gleichtäte und die doch so ganz unerreichbar sind im Geldmachen.

Oekonomisch geht die Luegerei aus vom Kleinbürgertum und Lueger ist persönlich der Typus dieses bald ungemütlichen, bald gemütlichen Antisemitismus. Der kleine Mann wird ihm zuerst durch eine vieljährige Depressionsepoche zugetrieben. In jener Zeit trug die christlichsoziale Partei alle typischen Eigenheiten kleinbürgerlicher Politik. Das Kleinbürgertum ist der Tandelmarkt aller Klassen: abgelegte Kleider aller Stände und Neues um billiges Geld. Hier kleidet sich der Kavalier als Strizzi und der Strizzi als Kavalier. Aus dem Bildlichen ins Politische übersetzt: das Kleinbürgertum, das die Aufsteigenden aus den unteren Klassen und die herabkommenden oberen aufnimmt, vertritt zugleich alle denkbaren Programme, wie sehr sie einander widersprechen mögen, alle in volkstümlicher, banaler Ausgabe. Alle guten Prinzipien sind wohlfeil, man führt alle zugleich im Munde, ohne Respekt vor irgendwelcher ernstesten Ueberzeugung. Man bekämpft den Liberalismus prinzipiell, gibt sich aber selbst als wahrhaft liberal; man verdonnert den Sozialismus, aber nennt sich mit Stolz „auch“ sozial. Man zerrt Behörden und Richter in den Kot, aber tritt ein für die Autorität; man zetert gegen die Gesetzlosigkeit der Herrschenden, aber ist nicht so „dumm“, sich selbst durch das Gesetz binden zu lassen; man treibt Radau, aber vertritt die „Ordnung“; überall riecht man Korruption, Bestechlichkeit, Eigennutz, ganz unsagbare heimliche Verbrechen, natürlich nur infolge der eigenen Herzensschuld, die eigentlich an Böses gar nicht glauben kann. Die Machthaber kleben eigennützig an der Macht, während man selbst an sie gar nicht denke, und so fort. Vor so offener Redlichkeit und Reinheit inmitten der allgemeinen Fäulnis kniet jeder natürlich bewundernd nieder. Denn „der muss es doch so meinen; denn, wenn der sich bestechen liesse, wie weit könnte der es bringen!“

Nach dieser Auffassung macht die Politik sich einfach. Da die faktischen Gegensätze der Interessen verwischt werden, bleibt doch nur ein Wunsch: Wenn da nur ein redlicher, anständiger Mensch oben wäre, wär' uns geholfen; wählen wir den Richtigen und „wir sind geborgen“!

Und dieser Richtige ist in der Tat wider alles, was das Volk bedrückt: Gegen den Adel — denn vorläufig ist er ihm im Wege; gegen den Grossgrundbesitz — denn noch ist er an der Macht; gegen das Kapital überhaupt — hat er doch keines; gegen das Finanzkapital insbesondere — es verfolgt ihn ja mit giftigem Hasse; gegen die Klerisei — denn noch hält sie sich ihm ganz fern; gegen die Gewalthaber, die Diurnisten entlassen — er hat niemanden anzustellen und niemanden zu entlassen; gegen jegliche Protektion — wer protegiert denn ihn? Aus ehrlichem Herzen also, wenn auch nicht aus Grundsatz, ist er gegen alles, was Macht hat, Macht übt und die Macht missbraucht.

Solche richtige Männer haben die Wiener Kleinbürger viele sich auserkoren, damit das Handwerk gerettet werde. Und als der dritte Wahlkörper erobert war, schloss die erste, die kleinbürgerliche Epoche der Christlichsozialen.

Aber der dritte Wahlkörper kann unbequem werden, die Macht für sich allein hat er nicht. Zur Partei stiess nun der Antisemitismus der Reichen. Für sie brauchte man besondere Agitatoren, die Salonantisemiten à la Pattai, die Kavalierantisemiten à la Liechtenstein. Nun war es auch nicht mehr der Jude an sich, nicht die Rasse, sondern das mobile Grosskapital und der unproduktive Handel, die Börse. Die Partei hängt nicht mehr an der „richtigen“ Person allein, man hat auch etwas wie ein Programm, wenn man sich auch hütet, es zu fixieren; man denkt an Gesetze, die diesen „Giftbaum“ der Börse „beschneiden“, die Auswüchse des Kapitalismus „beschneiden“ sollen.

Dieses „Beschneiden“ von Auswüchsen ist überhaupt die Lieblingsvorstellung der Antisemiten. Man tut staatsmännisch und gebildet, man gewinnt den Hausherrn, den Bourgeois. Der Bürgermeisterstuhl von Wien kann uns nicht mehr entgehen. Im Jahre 1896 haben die Christlichsozialen ihre zweite Epoche durchschritten, sie sind die Herren von Wien. War Lueger mit Schneider und Gregorig der Held der ersten, so sind Liechtenstein, Pattai und Strobach die Schrittmacher der zweiten. Beide Epochen haben die Arbeiterschaft, die ausserhalb der Kurien stand, kaum berührt. Innerhalb der Kurien genügt es, sich Antisemiten, christliche Antisemiten zu heissen; das Wort „sozial“ war noch keine besondere Empfehlung.

Wie schon erwähnt, ist der Kleinbürger für alle schönen Prinzipien, er ist „auch“ liberal und „auch“ sozial. Das Schlagwortsystem des christlichen Sozialismus, das inzwischen von den Konservativen, von Voglsang übernommen und von Scheicher zum Handgebrauch appetitiert worden war, hatte bis dorthin politisch keine Rolle gespielt. War doch der Arbeiter nicht Wähler gewesen. Mit der Badenischen fünften Kurie aber und den Wahlen des Jahres 1897 ändert sich dies. Zum erstenmal stösst die antisemitische Partei mit der Sozialdemokratie in der Wahlschlacht zusammen, auch die Antisemiten nennen sich Oppositionspartei, antikapitalistisch, demokratisch und sozial. Die sogenannte christliche Arbeiterbewegung bekommt politische Bedeutung, die christlichen „Arbeiterführer“ Mittermeier, Bielohlawek, Axmann, Prochazka, Kunschak sollen dem Kleinbürgertum die Arbeiterschaft unten angliedern, wie die Bourgeoisie oben schon angegliedert ist. Unternehmer und Arbeiter, Kapitalist und Lohnsklave sollten zu beiden Seiten Luegers einhermarschieren — gegen das mobile Grosskapital, gegen die Regierung, einträchtig verbunden durch die Heilslehre des christlichen Sozialismus.

Inzwischen hatte Gessmann mehr Gewicht auf das Christlich als auf den Sozialismus gelegt, mit Scheicher die Kapläne und Pfarrer des flachen Landes mobilisiert und durch eine agrarische Spielart des Antisemitismus die Bauern eingefangen. Die in ihren Anfängen durchaus städtische Partei ward nun zugleich Agrarpartei. Und neben den sogenannten Arbeiterführern nahmen die wütenden Hassler der Landarbeiter, die hartnäckigen Knechter der Dienstboten, Platz. Alle Keime der Konfusion, die in der Bewegung der Wiener Kleinbürger vom Anfang an enthalten waren, waren nun ausgereift und der ganze Wirrwarr tobte sich in ergötzlicher Weise im niederösterreichischen Landtag von 1897 bis 1902 aus. Dieser wüsteste aller Landtage war so recht ein Konvent des christlichen Sozialismus. Am besinnungslosesten war in dieser Zeit Lueger, der prädestinierte „richtige Mann“, der nicht fassen konnte, warum die Arbeiterschaft sich nicht erobern lassen wollte — in sinnlosen Beschimpfungen der Sozialdemokratie machte er seinem Aegerer Luft. Und er selbst war es, der, politisch ein Kind des Kuriensystems, das allgemeine Stimmrecht im Gemeinderat und Landtag preisgab und Baden übertrumpfte. In jener Zeit passte auf ihn selbst mehr wie auf irgendwen unseres verstorbenen Kralik treffendes Wort vom „konfus gewordenen Antisemiten“.

In jener dritten Epoche des Wiener Antisemitismus haben die sozialdemokratischen Arbeiter in schweren Kämpfen den Christlichsozialen Respekt und etwas Vernunft eingepaukt. Luegers moralische Züchtigung an seiner Geburtstagsfeier, die Absägung Axmanns durch die Handlungsgehilfen, die Verdrängung der christlichen Arbeiterorganisationen, die Festigung unserer Gewerkschaften, die vielen parlamentarischen Zurechtweisungen, endlich die Nachwahl Adlers in den Landtag haben den Christlichsozialen die für sie bittere Wahrheit eingepaukt, dass sie die allgemeine Volkspartei nicht sein können, schon weil diese klassenteilige Gesellschaft dies nicht zulässt.

Diese Pauke scheint am frühesten bei unserem verbissensten Gegner, bei unserem persönlichen Hassler gefruchtet zu haben, bei Gessmann. Und so hat er sich den Ausweg zurechtgelegt: Wenn nicht Volkspartei, so bürgerliche Partei und womöglich die bürgerliche Partei schlechtweg. Es kann sein, dass er die Unmöglichkeit begriff, als Oppositionspartei neben der Sozialdemokratie zu bestehen, also, schloss er wohl: lieber erste Regierungspartei als zweite Oppositionspartei!

Bekanntlich gedeiht die Opposition durch die Kritik, die Regierungspartei durch ihr Tun, durch die Ausübung der Macht. Also konnte Gessmann wohl begreifen, dass das Gefüge der Partei nur erhalten werden konnte, wenn sie die Staatsmacht ergreift.

Solange aber diverse Grossgrundbesitzer die Parlamentsplätze versassen, war die Macht nicht zu haben. Also müsse die Partei selbst wider den Willen ihrer Führer die Wahlreform akzeptieren und nach der Wahlreform als Kern der bürgerlichen Parteien das Ministerium bilden.

Es ist einerlei, ob der Ehrgeiz Gessmann klug oder die Klugheit ihn ehrgeizig gemacht hat, es scheint, dass diese letzte, fünfte Epoche des christlichen Sozialismus Gessmann eingeleitet hat. Wie dem sein mag, die christlichsoziale Partei ist seitdem eine andere als vordem. Wir haben das zu registrieren und die Konsequenzen zu ziehen.

Solange sie sich als demokratische, soziale, antikapitalistische Oppositionspartei gab, solange sie als demagogische und verlogene Nachäffung unser selbst auftrat — und soweit sie es heute noch tut — konnte und kann ihr nicht begegnet werden wie anderen Parteien auch, so lange musste und muss sie die natürliche Gegnerschaft zu feindseliger Verbitterung steigern und so stürmische Kämpfe wie 1897 und in der Folge provozieren. Dass die Gegnerschaft inzwischen weniger leidenschaftlich sich äussert, erklärt sich also heute von selbst. Uebrigens, wo immer einzelne Christlichsoziale sich an Arbeiter als die „wahrhaft“ soziale, als wahrhaft demokratische, als die eigentliche Arbeiterpartei heranmachen, kann die sozialdemokratische Arbeiterpartei auch heute und in Zukunft nicht anders reagieren wie bisher.

Aber diese heuchlerische Agitation hat den Christlichsozialen zu oft Misserfolge gebracht und ihre bürgerlichen Wähler sind selbst zu sehr vom Klassenbewusstsein gegen die Arbeiter durchdrungen, um diese Heuchelei mitzumachen. Wir begegnen den Christlichsozialen in Arbeiterversammlungen fast nicht mehr. Um so häufiger hört man sie in Bauern- und Bürgerversammlungen zum gemeinsamen Feldzug aller bürgerlichen Elemente gegen die Begehrlichkeit der Arbeiter aufrufen. Die Axmann, Bielohlawek und Kunschak haben sich zu Vertretern der ausgesprochensten Bourgeoisviertel hinüberentwickelt und vom christlichen Sozialismus ist nur mehr, wie wir sehen werden, das Christliche übriggeblieben, der Antisemitismus war ja schon längst überwundene Sache.

Was ist nun ökonomisch und politisch der Inhalt dieser Partei in ihrem letzten Stadium?

Wir haben eingangs gesehen, dass der Gegensatz zwischen Gross- und Kleinbürger, zwischen Industrie-, Handels- und Finanzkapital der Keim- und Nährboden des Antisemitismus gewesen. Und jetzt?

Das Finanzkapital ist in gewissem Sinne die demokratischste Kapitalsform — jeder Habenichts kann seiner unter Umständen habhaft werden auf dem sehr gewöhnlichen Wege des — Pumps. Verstehst du zu pumpen, so stehst du vor der ganzen Welt in der Rolle des Kapitalisten da. Lumpen und Könige haben dies in gleicher Weise zu tun gewusst.

Die Wiener Gemeindepartei hat sehr gut zu pumpen verstanden, sie verfügt als Verweserin der Kommune heute über Millionen, ihre Vertrauensmänner sitzen ungeniert in Geldinstituten unter den „Giftbäumen“ des mobilen Kapitals. Zu Hilfe gekommen ist ihnen dabei die Entwicklung, welche die Person des Finanzkapitalisten, den jüdischen Börsejobber versteckt hat hinter unpersönlichen, anonymen Banken. Und zudem erstirbt heute der gemütliche Antisemitismus des kleinen Mannes zur Abwechslung wieder vor schadenfroher Bewunderung Luegers, der es zustande bringt, den grossen Juden so schweres Geld abzu—leihen. Zugleich sind dieselben Banken, die vordem zum Teil bloss Parasiten der Industrie gewesen, inzwischen als Organisatoren der Industrie ihr mit verzehrender Liebe näher gerückt: Die Grossbourgeoisie hat ihren Frieden mit den Börsenwölfen gemacht. Die Bauern ihrerseits haben in ihren Raiffeisenkassen sich zu Miniaturbankiers herausgebildet, kaufen und verkaufen Börsenpapiere und haben den ländlichen Wucher zum guten Teile los. Auf der Frucht- und Mehlbörse sitzen ihre eigenen Vertrauensmänner — auch für sie hat das mobile Grosskapital seine Schrecken verloren.

Wir sind ökonomisch eben zwei Jahrzehnte vorwärts, die Geldwirtschaft ist durchgedrungen: Der altmodische Handwerker ist kapitalistischer Kleinindustrieller, der Landwirt ist kapitalistischer Warenproduzent, der nichts denkt als Markt und Preis, Preistreiberei und Profit. Die Armesünderlitanei des christlichen „Sozialismus“

stillt den Besitz- und Profithunger dieser Kreise nicht mehr (solange wenigstens die Konjunktur anhält), der kleine Mann fühlt sich als Auch-Besitzer, als Herr unter Herren und will dabei sein, wenn regiert wird, damit man es dem Arbeiterpack von Regierung wegen tüchtig zeige!

Die kapitalistische Welt ist wieder, wie immer bei guter Konjunktur, näher zusammengerückt, ihre Führung ist auf die grosse Bourgeoisie (mit Abzug der Juden) übergegangen, der kleine Mann tritt mit Freudengeheul hinterdrein, weil „seine“ Männer vorangehen — er weiss noch nicht, dass sie ihn an die Grossen verraten haben. Und so ist die christlichsoziale Partei schon geraume Zeit die kapitalistische Partei schlechtweg, geradezu die Organisation der herrschenden Klassen, die herrschende Klasse selbst, die konsequenteste Vertreterin des Besitzes gegen die Arbeit, des Geldsacks gegen die Habenichtse, der Autorität gegen den Umsturz.

Sie sind dort, wo sie hinkommen mussten, wie wir es ihnen auf den Kopf zugesagt. Und sie können es nicht mehr leugnen — ihre Geschreitesten versuchen es nicht einmal mehr — denn sie sind ausgesprochene Regierungspartei, sie heissen sich selbst die „grosse“ konservative Partei. Und so zeigen sie denn plötzlich ihr anderes Gesicht: sie sind für die Autorität, für das Gesetz, für die Ordnung, für den Besitz, für die Macht ohne Umschweife!

Sachlich gesehen, musste das so kommen. Aber persönlich gesehen, liegt die Sache anders: Dieselben Menschen vertreten heute genau das Gegenteil dessen, was sie vor zehn Jahren versprochen. All ihren führenden Persönlichkeiten prägt dieser Wandel das Merkmal der politischen Charakterlosigkeit auf, soweit sie die angestammte Konfusion nicht entschuldigt. Und da sie halb bewusst, halb unbewusst sich von einer ökonomischen Welle aus niederen Sphären emportragen liessen, machen viele von ihnen den Eindruck skrupelloser Streber, hochstaplerischer Glücksritter oder unglaublicher Glückspilze. Diejenigen von ihnen allerdings, die es in ihrer Art ehrlich meinten, liegen draussen, wie Gregorig und Schneider.

Eine grosse konservative Partei ist in jedem Lande vorhanden und die Christlichsozialen wollen auch die Rolle des deutschen Zentrums spielen. Aber dazu fehlt ihnen vorläufig alles — am meisten die Geschichte.

Der normale Lebenslauf einer Partei ist der: Oekonomische Bedürfnisse und ein sie erfüllendes Gesetzesprogramm einigt Massen und macht sie zur starken Partei. Diese kommt zur Macht, um ihr Programm in Gesetzesform zu erfüllen. Der Machtgenuss ist blosses Mittel zur Schöpfung des neuen Rechtes. So war der Liberalismus mit der reichen Fülle gesetzgeberischer Arbeiten das ureigenste Programm der Bourgeoisie, gleichsam ihre politisch-parlamentarische Erscheinungsform.

Man nenne uns nur ein Gesetz, das den Inhalt des Antisemitismus, des Christentums, des christlichen Sozialismus dieser Partei sichtbarlich ausdrückte! Sie flicken da und dort herum, aber im ganzen genommen stehen sie als Gesetzgeber leer da.

Was also wollen sie? Nichts als die Macht, als den Machtgenuss, die Benützung der Macht in einer bestimmten Gesinnungsrichtung, das, was sie anfangs so sehr gegeisselt!

Das deutsche Zentrum besitzt als Vertretung des Katholizismus im protestantisch beherrschten Reiche zum Teil als partikularistische Macht einen dauernden Inhalt, es besitzt eine grosse Tradition, es besitzt einen grossen Stab gewiss hochbegabter, politisch geschulter, keineswegs zufällig emporgekommener Männer.

Von all dem weist unsere christlichsoziale Partei nichts oder nur Vereinzelt auf. So hat vom Anbeginn an nur ein Streben sie geleitet: die Macht ergreifen und sichern. Nicht ein Gedanke, nicht eine Idee hat sie darin gehemmt oder behindert.

In der Gemeinde Wien haben sie den längst fälligen, von den Liberalen eingeleiteten sogenannten Munizipalsozialismus, der nichts ist als Kommunalkapitalismus, so gut und so schlecht durchgeführt wie viele „judenliberale“ Stadtvertretungen Deutschlands. Und Aehnliches haben sie im Landtag vollbracht. Höchst zeitgemäss, aber nach bewährten Mustern.

Originell waren ihnen und von allen unerreicht blieben ihnen die Methoden, die politische Macht sich durch formelle Mittel zu sichern. Sie haben derart die Wiener Wahlkörper zurechtgeschnitten, das Landtagswahlrecht durch Wahlpflicht und Listen-

skrutinium derart hergerichtet, durch die Schulgesetze ihre Herrschaft über die Schule so festgelegt, dass ihnen auf lange Zeit niemand beikann. Genau so denken sie im Reichsrat nur an formelle Machtmittel zur Sicherung ihrer Herrschaft: Besetzung des Präsidiums und Geschäftsordnungsreform.

Man achte wohl: Nicht eine einzige materielle Reform, nicht eine neue Idee in Bezug auf Schule oder Staat oder das Verhältnis der Nationen bringen sie mit! Und so sind sie daran, das Reich mitzuregieren, und haben weder in den Fragen des Ausgleichs, noch in der Handelspolitik, noch in der allgemeinen Wirtschaftspolitik, noch in Bezug auf den Militarismus, noch auch in der nationalen Frage irgend einen programmatischen Gedanken!

Die Macht um der Macht willen — das ist alles.

Bleibt nur der Gessmannsche Königsgedanke: die Ralliierung aller Bürgerlichen gegen die Sozialdemokratie, oder was dasselbe ist, Erklärung zur kapitalistischen Partei rundweg. Es wäre ein gar gescheiter Einfall, wenn nur die wirtschaftliche Entwicklung nicht einen Riss durch die Rechnung machte.

Der Gegensatz von Kleinbürgern und Bourgeois hat vor 20 Jahren die Christlichsozialen erzeugt, der Gegensatz von Bürgertum und Proletariat sie vor zehn Jahren zur einheitlich bürgerlichen Partei zu erheben begonnen und heute spaltet ein neuer Gegensatz die bürgerliche Welt selbst.

Die Geldwirtschaft hat sich heute des Landbaues bemächtigt, die kapitalistische Produktionsweise hat jetzt erst voll die Landwirtschaft bis herab zum mittleren Bauern ergriffen, erst jetzt erfahren wir, was Agrarkapitalismus ist. Der Grundbesitz als das kapitalistische Monopol auf die Erde macht das ganze Volk zu ausgebeuteten Hörigen der Grundeigentümer. Karl Marx hat diese Entwicklung gekennzeichnet: Auf einer gewissen Stufe wird das Grundeigentum ein Hindernis selbst der bürgerlichen Entwicklung. Nun sucht das Land die Städte, die ganze Industriebevölkerung auszuhungern, es beschränkt zugleich die Ausfuhr und schlägt so Unternehmer und Arbeiter zugleich. Vorübergehend ist so der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit eine Idylle angesichts des Gegensatzes zwischen Agrarkapitalismus und dem ganzen nicht gutsbesitzenden Volke.

In einer solchen Zeit lässt sich Stadt und Land in einer Partei nur vereinigen durch die bewusste Irreführung beider. Was die christlichsoziale Partei an innerer Kraft, an Aufrichtigkeit ihres Wesens durch ihr Bekenntnis zur „bürgerlichen“ Partei gewonnen hat, verliert sie wieder.

Zugleich verliert sie den letzten Rest ihrer wirtschaftspolitischen Aktionsfähigkeit. Denn jede wirtschaftspolitische Massregel erweckt die Gegensätze in ihrem eigenen Lager. Um der Einheit der Partei willen ist es am Besten, an nichts zu rühren. Aber eine Partei braucht Aktion.

Was also tun? Es bleibt nichts als die künstliche Aufbauschung von Nebeninteressen, als die Erweckung gemeinsamer Instinkte, als die Flucht aus der wirtschaftlichen Politik in die konfessionelle. (Fall Wahrmund.) So dringt, vielleicht wider Willen mancher Führer, der Klerikalismus immer deutlicher durch, er wird das einzig Gemeinsame. Er gewinnt Wichtigkeit als die einzige Ausflucht, ja als die Rettung. Der Inhalt der Partei ist der blosse ideenlose Genuss der Macht, das Herrschen um der Herrschaft willen. Das erträgt am leichtesten und längsten ein gedankenlos gläubiges Volk!

Und so wird eine Partei, die so viele wechselnde Phasen durchlaufen hat, zuletzt in eine einzige eindeutige Richtung getrieben, zum Klerikalismus in seiner vollen Reinheit und Ausschliesslichkeit. Sie haben sich oft gehäutet, unsere guten alten Feinde, aber diese ihre innerste und letzte Haut sitzt fest, sie werden sie nur mit ihrem Leben zugleich aufgeben.

Die Wahlen zum niederösterreichischen Landtag stehen bevor, wir ziehen aus, ihnen wieder eine Schlacht zu liefern. Wir kennen unsere Gegner, wir wissen, was sie gewesen, was sie heute sind und sein werden. Mögen sie im Augenblick noch ein Stück Demokratie verkörpern, wir wissen genau, dass sie ihrer Bestimmung nach die schlimmsten Feinde der Entwicklung, der Emanzipation des Proletariats sind und dass zwischen ihnen und uns nichts sein kann als intimste Feindschaft.

Josef Seliger: Die Minoritäten, wie sie entstehen und wie sie erwachen

Von Böhmen aus geht der grosse Kampf um den nationalen Besitzstand. Der nationale Gegensatz in diesem Lande bildet seit langem den Angelpunkt der inneren Politik des Staates und die Sorge aller Regierungen. Trotzdem ist die Kenntnis seiner tatsächlichen Unterlage wenig verbreitet und am wenigsten wohl unter den bürgerlichen Klassen, die die Träger des nationalen Kampfes sind. Wie es mit den nationalen Siedlungsverhältnissen steht und um ihre Wandlungen bestellt ist, die sich im Laufe der Jahrzehnte vollzogen haben, was die treibenden Kräfte dieser Wandlungen sind und in welcher Weise das Entstehen der nationalen Gegensätze vor sich geht, darüber sind auch in Böhmen unter den Bürgerlichen die wenigsten orientiert. Es liegt auch gar nicht im Interesse der bürgerlich-nationalen Politik und der nationalen Politiker, die hüben wie drüben, bei den Deutschen wie bei den Tschechen, von der Entfesselung des nationalen Chauvinismus leben, sich an ihm zu Ansehen, Macht und Einfluss emporranken, die Dinge in ihrer Wirklichkeit und nackten Klarheit aufzuzeigen; die nationale Uebertreibung, ein ehernes Requisite des nationalen Kampfes, ist nur möglich, wenn es gelingt, die Wahrheit zu verschleiern und wenigstens die Massen nicht Einblick gewinnen zu lassen in jene Dinge, die das Machtverhältnis der beiden Nationen zueinander bestimmen. Und so ist es gar nicht zu verwundern, wenn die Vorstellungen von den nationalen Gegensätzen und den nationalen Kampfobjekten von der Wirklichkeit weit abweichen.

Ein Blick auf die Sprachkarte Böhmens lässt uns ein sehr merkwürdiges Bild sehen. Das ganze Randgebiet, von der Südspitze bei Gratzten angefangen, den Westen hinauf und von da die Nordgrenze entlang bis zum äussersten östlichen Zipfel des Landes bei Braunau ist von den Deutschen besetzt. Und an der südöstlichen Grenze herunter ragen Teile der mährischen deutschen Sprachinseln um Iglau und des Schönhengster Landes nach Böhmen herein. Der südwestliche Randstreifen ist schmal; breit und mächtig aber läuft dafür der deutsche Rand vom westlichen Egerland bis über die Berglehnen des massigen Riesengebirges im Osten. Im Zentrum des Landes ist abgerundet und in sich geschlossen das Siedlungsgebiet der Tschechen gelagert, um das herum der deutsche Grenzstreifen wie der Rahmen zu einem Bilde liegt. Wenn man nun die Siedlungsgebiete der beiden Volksstämme durch grelle Farbentöne voneinander abhebt, dann muss vor allem dem Beschauer eines in die Augen fallen: die scharfe Sonderung der zwei Siedlungsgebiete.

Wenn vom Kampfe der beiden Nationen in Böhmen die Rede ist, denken wohl die meisten an ein endloses Ringen längs der Sprachgrenze, das sich da von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt fortpflanzt und um jeden Bauernhof, um jede Gemeinde geführt wird. An der Sprachgrenze entlang, glaubt man, wogen die nationalen Schlachtheere herüber und hinüber, werden Siege erstritten und Niederlagen erlitten, wird das Schicksal der beiden Völker entschieden. Aber diese Vorstellung ist falsch. Gerade an der Sprachgrenze erleidet auffallenderweise der nationale Siedlungszustand die allergeringsten Veränderungen. Und wenn der Beschauer der farbigen Sprachkarte der Siedlungsgrenze folgt, die fast in paralleler Richtung mit der Landesgrenze und in derselben Ausdehnung verläuft, dann wird sich zeigen, dass sie sich in der Regel, an den national verschiedenen Ortschaften vorbei, zwischen den Dörfern durchschlängelt und selten eine Gemeinde, noch weniger eine Ortschaft durchschneidet. Die Orte und Gemeinden längs der Sprachgrenze sind also fast in der Regel einheitlich national; hüben deutsch, jenseits tschechisch. Und so hat sich der Zustand erhalten die Jahrzehnte hindurch über die heftigsten nationalen Kämpfe hinweg. Professor Dr. Rauchberg weist in seinen Untersuchungen der nationalen Siedlungsverhältnisse in Böhmen nach, „dass die nationalen Verschiebungen längs der Sprachgrenze, sowohl nach der Zahl der Ortschaften als auch nach der Einwohnerzahl berechnet, überraschend geringfügig sind“ und dass sich „das Zahlenverhältnis beider Volksstämme längs der Sprachgrenze trotz aller Anstrengungen beider Parteien, einander einen Vorteil abzugewinnen, nur

wenig geändert“ hat. „Nüchtern beurteilt, an den zahlenmässigen Ergebnissen gemessen, ist der mit soviel Erbitterung geführte Kleinkrieg, der beiderseits erhebliche Aufwendungen verschlungen hat, fast erfolglos geblieben. Geringfügig sind die örtlichen Verschiebungen, die daran beteiligten Wohnplätze wenig volkreich; Gewinn und Verlust halten einander so ziemlich die Wagschale.“

Die Ursache des nationalen Beharrungszustandes längs der Sprachgrenze ist in der ökonomischen Struktur der Grenzgebiete zu suchen. Die Sprachgrenze läuft fast immer durch ökonomisch zurückgebliebenes Gebiet, Agrarland oder armes Gebirgsland, wo gewerbliches Leben nur in dürftigen Ansätzen, Industrie überhaupt nicht vorhanden ist. Wo hie und da ein industrieller Aufschwung an der Sprachgrenze stattgefunden hat, dort sind auch erhebliche Veränderungen im nationalen Verhältnis eingetreten. Die Verschiebungen in den nationalen Siedlungsverhältnissen hängen mit den Wandlungen im ökonomischen Leben zusammen, und wo dieses konstant bleibt, treten auch keine nationalen Veränderungen ein. Den deutschen Bauer, der an der Sprachgrenze sitzt, drängt gar kein Bedürfnis über die Sprachgrenze ins tschechische Gebiet. Und umgekehrt lockt nichts den tschechischen Bauer herüber ins deutsche Dorf. Die nationale Fluktuation ist ganz gering, sie beschränkt sich auf landwirtschaftliche Arbeitskräfte und übt auf das nationale Siedlungsverhältnis fast gar keinen Einfluss aus. Der Bauer fluktuiert nicht; er kann mit seinem Bauernhof nicht über die Sprachgrenze wandern, er ist durch seinen Besitz an die nationale Scholle gefesselt. Und kauft sich ein tschechischer Bauer in einem deutschen Dorfe ein, so wird seine nächste Nachkommenschaft schon national assimiliert. Aus der Beharrung der ökonomischen Verhältnisse resultiert die Festigkeit der nationalen Siedlungsverhältnisse an der Sprachgrenze.

Die Treffpunkte der nationalen Kampfheere, der Raum, wo das Ringen der beiden Nationen um die Seelen und um die nationale Scholle anhebt, ist also wo anders zu suchen. Und da weist uns die Sprachenkarte tief in das deutsche Siedlungsgebiet, wo mit der Farbe der anderen Sprache grelle verstreute Punkte das Vorhandensein nationaler Fremdkörper anzeigen. Der nationale Gegner hat den Krieg in das Feindesland getragen. Wenn aber auf der Sprachenkarte durch eine dritte farbige Abtönung die Industrie und der Grad ihrer Entwicklung kenntlich gemacht würde, dann würde sich zeigen, dass nationale Minderheiten und Industrieentwicklung zusammenfallen. Wo die Dampfschloten sich häufen, dort nimmt mit dem Grad dieser Häufung die Dichtigkeit der tschechischen Minoritäten zu, dort wird auch der nationale Kampf mit immer gesteigerter Leidenschaft geführt.

Eine gewaltige Wanderbewegung hat in Böhmen Hunderttausende Menschen durcheinandergerüttelt, aus ihrer ursprünglichen Heimat in neue Wohnsitze geführt. Von den 6,318.697 Bewohnern Böhmens leben nur 3,381.269 in der Gemeinde, in welcher sie geboren wurden. Nahezu die Hälfte lebt in anderen als ihren Geburtsgemeinden, ist von dem Strom der Menschenwanderung aus ihren Geburtsorten in neue Wohngemeinden geführt worden. Davon sind allerdings 1,256.359 im Geburtsbezirk verblieben, das sind diejenigen, die aus ihrem Geburtsort in den nächsten Nachbarort verschlagen wurden, deren Wanderung also sich auf den Nahverkehr beschränkt und mit dem lokalen Arbeitswechsel zusammenhängt. Aber 1,519.667 wurden von der Flut des industriellen Aufschwungs über die Grenzen ihrer Geburtsbezirke hinausgetragen und bilden das eigentlich fremde Element der Bevölkerung in den Gemeinden. Der Hauptstrom dieser Menschenflut geht aus der agrarischen Mitte des Landes nach dem gewerblichen und industriellen Randgebiet; oder ins Nationale übersetzt: aus dem tschechischen Gebiet ins deutsche. Und so trägt der Wanderzug der ländlichen überschüssigen Bevölkerung nach dem Industriegebiet neben dem ökonomischen den nationalen Charakter; was in anderen Industrieländern eine blosser Erscheinung des ökonomischen Fortschrittes ist, wird in Böhmen zum nationalen Problem, an dessen Bewältigung zahllose Regierungen nacheinander vergeblich ihre Kräfte verbrauchten.

Die Industrie in Böhmen ist dezentralisiert. Es gibt fast kein grösseres Dorf, das nicht irgend eine oder mehrere industrielle Anlagen aufzuweisen hätte, gewiss aber keinen Gerichtsbezirk, der nicht auf eine Reihe Fabriken verweisen könnte. Zu den ältesten und verbreitetsten Industrien in Deutschböhmen gehört die Textilindustrie, die bei ihrem Ent-

stehen dem Lauf der zahlreichen Flüsse folgte, deren Kräfte sie ausnützen musste. An den zahlreichen Flüssen entlang reihen sich heute noch die grossen Spinn- und Webfabriken und neben ihnen die Schleifmühlen, die Papierfabriken und andere industrielle Etablissements. So liegen die modernen Industriebetriebe verstreut in den Tälern von Eger bis Trautenau und Braunau. Daneben gibt es auch Sammelpunkte der Industrie; im westböhmisches Braunkohlengebiet Karlsbad mit seiner nächsten Umgebung, im nordwestböhmisches Kohlenrevier Teplitz-Schönau und Aussig, am Elbedurchbruch Bodenbach und Tetschen, dann Warnsdorf mit dem nahegelegenen Rumburg, endlich die Textilstädte Reichenberg, Trautenau, Braunau und der Zentralsitz der nordböhmisches Glasindustrie Gablonz. Das alles sind Industriezentren inmitten eines ganzen Industrielandes. Nach diesen Zentren geht der Hauptstrom der ländlichen Zuwanderer, daneben aber flutet ein beträchtlicher Teil in die abseits gelegenen Ortschaften mit vereinzelt industriellen Anlagen ab, so dass man heute eigentlich schon mit der Durchsetzung des ganzen gewerblichen und industriellen deutschen Sprachgebietes durch tschechische Zuwanderer rechnen muss. Dazu kommt, was für unsere Betrachtung von grosser Wichtigkeit ist, dass nicht die obbezeichneten Städte, sondern die angeschlossenen Bezirke die Industriezentren bilden, dass nicht die Städte allein, sondern auch die nächsten Dörfer von den industriellen Anlagen und demzufolge von der zugewanderten Bevölkerung durchsetzt sind.

Welch gewaltigen Umfang diese Wanderung aus dem tschechischen in das deutsche Sprachgebiet in den letzten zwei, drei Jahrzehnten gewonnen hat, darüber geben die statistischen Erhebungen anlässlich der letzten Volkszählung Aufschluss. Für unseren Zweck genügt es, aus dem reichen Zahlenmaterial nur einige Ziffern herauszugreifen, die die Hauptgebiete der tschechischen Zuwanderung betreffen. Dazu gehörte das nordwestböhmisches Braunkohlenrevier. In dem Bezirk Brüx wurden am 31. Dezember 1900 unter den Ortsanwesenden 53.787 mit deutscher, 19.218 mit tschechischer Umgangssprache gezählt. Es wird bei der Zählung, und das ist nicht unwichtig, nicht die Frage nach der nationalen Zugehörigkeit, sondern nach der Umgangssprache gestellt, und von der Antwort erst wird auf die nationale Zugehörigkeit geschlossen. Es wird sich zeigen, dass dieser Umstand zur Verschleierung des tatsächlichen nationalen Zahlenverhältnisses beiträgt. In den letzten zwei Volkszählungsperioden ist die Zahl der Tschechen in diesem Bezirk stark gewachsen. Während im Jahre 1880 von 1000 Ortsanwesenden noch 906·6 deutsch und nur 93·4 tschechisch waren, ist die Zahl der ersteren im Jahre 1900 auf 736·6 gesunken, die der letzteren auf 263·2 vom Tausend gestiegen, womit natürlich nicht bewiesen ist, dass die Deutschen im Bezirk absolut abgenommen haben, sondern nur, dass sich die Tschechen rascher vermehrt haben als die Deutschen. Im Bezirk Dux waren ortsanwesend neben 66.167 Deutschen 17.135 Tschechen. Auch dort hat sich die Zahl der letzteren in den letzten zwei Zählungsperioden stark vermehrt. Während 1880 die Deutschen noch 891·9 und die Tschechen bloss 108·1 vom Tausend der anwesenden Bevölkerung zählten, sank die Zahl der ersteren im Jahre 1900 auf 793·4 und stieg diejenige der letzteren auf 205·4 vom Tausend. Im gleichen Prozentverhältnis stieg die Zahl der Tschechen auch im Teplitzer Bezirk, trotz der allgemeinen starken Bevölkerungszunahme in diesen Bezirken. Wie mächtig der Strom der tschechischen Zuwanderer in den letzten Jahrzehnten in diese Gebiete geflossen ist, das zeigen auch die Feststellungen über die Herkunft der in diesen Bezirken Wohnenden. Von je 1000 der im Bezirk Brüx wohnhaften Personen sind über 500, im Bezirk Teplitz gleichfalls über 500, im Bezirk Dux über 400, in Aussig ebenfalls über 400 in einem anderen Bezirk geboren. Die Hälfte der Bevölkerung und darüber ist bezirksfremd. Schon das deutet die mächtige Zuflutung fremden Elements in diese Gebiete an. Von den Mitgliedern der Brüxer Zentralbruderlade allein, die ihr Geltungsgebiet über das nordwestböhmisches Kohlenbecken erstreckt, sind rund 19.000 heimatberechtigt in rein tschechischen Bezirken. Die in gemischt-sprachigen Bezirken Heimatzuständigen sind nicht mitgezählt, obwohl darunter auch Hunderte Tschechen sind. Die Zuständigkeit deutet die Herkunft dieser Leute an. Die offizielle Volkszählungsstatistik gibt für die Orte Teplitz-Turn 3615 Personen mit tschechischer Umgangssprache an. Von den in Teplitz-Turn am 31. Dezember 1900

ortsanwesenden Personen waren aber 4500 in rein tschechischen Bezirken geboren, also tschechischer Abkunft. Dabei haben wir ebenfalls alle jene Personen, die in tschechischen Bezirken mit deutscher Minderheit geboren waren, nicht mitgezählt. Für die Stadt Aussig gibt die offizielle Statistik 897 Personen mit tschechischer Umgangssprache an, aber 3800 von den ortsanwesenden Personen wurden als in rein tschechischen Bezirken geboren ausgewiesen. Auch hier sind die in gemischtsprachigen tschechischen Bezirken Geborenen ausser acht gelassen. Es ist, nebenbei bemerkt, ein auffälliger Widerspruch zwischen den zahlenmässigen Angaben über die Umgangssprache und die Geburtsbezirke, der auf den Gedanken leitet — den übrigens die Tschechen vertreten — dass die Frage nach der Umgangssprache nicht gleichbedeutend ist mit der Erforschung der nationalen Zugehörigkeit, dass also die auf Grund dieser Fragestellung erhobenen Daten über die Stärke der tschechischen Minoritäten kein genaues Bild von der Wirklichkeit geben.

Nichtsdestoweniger zeigen die hier angeführten Ziffern, in welchem kolossalem Umfang in dem Kohlen- und Industriegebiet des nordwestlichen Böhmen die Zuwanderung des tschechischen Elements vor sich gegangen und wie stark dieses Gebiet heute schon national zerklüftet ist. Hier weisen die Tschechen die stärksten Minoritäten auf, obwohl sie auch anderwärts, wenn auch nicht in so starkem Masse, aber doch stetig vordringen sind.

In den Anfangsstadien der industriellen Entwicklung genügt ihr das in unmittelbarer Umgebung des Standortes der Fabrik vorgefundene Arbeitermaterial: Männer, Frauen, jugendliche Arbeiter — Kinder aus dem Fabriksort selbst oder den nächsten Nachbarorten. Dadurch entzieht die Industrie allerdings der Landwirtschaft ihrer nächsten Umgebung die Arbeitskräfte, die diese nun durch Zuzug aus den nächstgelegenen Bezirken zu ersetzen sucht. Sie ist gezwungen, um diese Arbeitskräfte zu gewinnen, einen etwas höheren Lohn zu bezahlen, was von selbst den Zuzug fremder Arbeitskräfte bewirkt. Die nächsten Bezirke, die so Arbeitskräfte abgeben müssen, suchen sie ihrerseits durch Arbeiter aus den dem Agrarland zugekehrten Bezirken zu ersetzen. Und so erzeugt die Industrie auf der ersten Stufe ihrer Entwicklung schon eine, allerdings sehr allmählich fortschreitende Wanderbewegung aus dem agrarischen ins industrielle Gebiet. Schon auf dieser Stufe hat die Wanderbewegung nach dem Industrieland die tschechischen Bezirke, vorerst die Grenzbezirke, ergriffen. Sie nehmen Arbeitskräfte aus dem tschechischen Hinterland auf und geben sie an das deutsche Industrieland ab, sie bilden Durchgangsbezirke für die tschechische Zuwanderung. Aber der tschechische Zuzug ins deutsche Gebiet sichert nur allmählich durch, er ist noch zu schwach, nationale Minoritäten zu bilden und wird von den Deutschen national assimiliert. In den deutschen Städten zieht die Industrie zunächst die im Handwerk und in der Hausindustrie beschäftigten Arbeiter an. Das Elend des Handwerksgehilfen treibt ihn in die Fabrik und an seine Stelle rückt der tschechische Handwerksgehilfe nach. So kommt es, dass die handwerksmässigen Betriebe, Schuhmacher, Schneider, Bäcker etc., in vielen deutsch-böhmischen Städten fast nur tschechische Gehilfen beschäftigen, dass es einen deutschen Arbeiternachwuchs für das Handwerk nicht mehr gibt. Und in dem Masse, als die Organisation der Arbeiter erstarkte und geregelte Arbeitszeit und höheren Lohn in den Fabriken durchsetzte, wandten sich die deutschen Arbeiter der Fabrikarbeit zu. Aber der tschechische Zuzug in die von den deutschen Arbeitern verlassenen Arbeitsstätten des Handwerksbetriebes bildete für die Deutschen noch keinerlei nationale Gefahr. Denn dieser Zuzug wird anfänglich zum grössten Teil national aufgesogen. Die Zahl der zugewanderten tschedischen Handwerksgehilfen hielt sich naturgemäss in bescheidenen Grenzen, da Massen von Arbeitern im Handwerksbetrieb ja überhaupt nicht unterkommen können.

Mit einem Schlag aber änderte sich die Sachlage, als die Industrie über die ersten Ansätze ihrer Entwicklung hinaus war, als ihr das in den heimischen deutschen Bezirken vorgefundene Arbeitermaterial nicht mehr genügte und sie industrielle Arbeitskräfte aus dem tschechischen Hinterland heranzog. In diesem Augenblick wurde die tschechische Wanderbewegung zu einer Massenbewegung; nicht mehr vereinzelt, sondern in Scharen rückten die tschechischen Zuwanderer in den deutschen Städten und Industriedörfern

ein. In diesem Augenblick aber verloren die Deutschen die Fähigkeit, die Eingewanderten zu assimilieren, und diese, da sie in Massen auftraten, erlangten minoritätenbildende Kraft. So hat die deutsche Industrie, auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung angelangt, die tschechischen Minoritäten erzeugt. Wir wollen hier nicht des weiteren ausführlich, unter welchen Umständen vielfach die Industrie das Heranziehen tschechischer Arbeiter bewirkte, dass bei jedem Lohnkampf, bei jedem Streik die Unternehmer den Zuzug tschechischer Arbeiter mit Hilfe von tschechischen Dienst- und Arbeitsvermittlungsbureaus, mit Unterstützung sogar tschechischer Bezirks- und Gemeindevertretungen organisierten und dass heute noch deutsche Fabrikanten versuchen, durch Heranziehung tschechischer Arbeiter die Kraft der Organisation der deutschen Arbeiter zu brechen. Es ist ihnen das heute allerdings schwerer als ehemals, da die Organisation auch unter den tschechischen Arbeitern grosse Fortschritte gemacht hat.

Die ersten tschechischen Einwanderer in das deutsche Sprachgebiet, die Handwerksgehilfen, die häuslichen Dienstboten und die vereinzelt tschechischen Industriearbeiter, konnten keine Minoritäten bilden. Sie wohnten bei den Handwerksmeistern, bei der Dienstherrschaft oder vereinzelt in die deutsche Bevölkerung eingestreut. Sie waren gezwungen, in ihrem täglichen Verkehr sich der deutschen Sprache zu bedienen, die Gewohnheiten ihrer deutschen Umgebung anzunehmen. Der Einzelne war zu schwach, seine nationale Eigenart völlig beizubehalten und inmitten der deutschen Ueberzahl zu behaupten. Aber was noch viel wichtiger: die tschechischen Eltern, die mit ihren Kindern inmitten deutscher Familien wohnten, waren ausserstande, ihre Nationalität auf ihre Kinder zu übertragen. Bei dem Kind, nicht bei dem Erwachsenen, beginnt die Assimilation. Kinder sind keine Stubenhocker; sie drängen hinaus auf die Gasse, auf den Spielplatz, in des Nachbarn Stube zu den Spielgenossen. Und sind diese deutsch, so nimmt das Kind eben deutsche Eigenart, deutsche Gewohnheiten, vor allem die deutsche Sprache an. Das Kind dieser tschechischen Eltern wächst unter deutschen Kindern schon zu einem Deutschen heran, noch ehe es die deutsche Schule betritt, die die nationale Wandlung vervollständigt, und so kam es, dass die nächste Nachkommenschaft dieser vereinzelt tschechischen Zuwanderer als eine deutsche Generation heranwuchs. Nahmen schon die selbst noch Zugewanderten im Laufe weniger Jahre durch das Zusammenwohnen mit Deutschen, durch den stetigen Verkehr mit diesen in und ausser dem Hause, im Wirtshaus etc. ganz die Lebensart und -Gewohnheiten der Deutschen an und assimilierten sich so bis auf die Sprache dem deutschen Milieu, so stand der Nachwuchs von Kindesbeinen im völligen Bann des Deutschen und wurde so gänzlich seiner nationalen Abstammung entfremdet und national aufgesogen.

Von Grund aus ändert sich die Sache in dem Augenblick, als die Fluktuation aus dem Tschechischen ins Deutsche, aus dem Zustande der allmählichen Sickerung in den der Massenzuwanderung tritt. Das ist natürlich nicht in ganz Deutschböhmen auf einmal und in allen Gebieten zugleich eingetreten, deswegen sind die verschiedenen Industriegebiete auch in verschiedenem Grade von tschechischem Bevölkerungselement durchsetzt. Wandern in so ein Industriedorf nur einmal fünfzig oder hundert tschechische Arbeiter mit ihren Familien innerhalb eines solchen Zeitraums ein, in welchem die nationale Assimilation nicht vollendet werden kann, so ist die fremdsprachige Minorität gegeben. Ueberhaupt ist die nationale Aufsaugung der fremden Zuwanderer ausgeschlossen, da an die Stelle der Zuwanderung von einzelnen die der Familien tritt. Und das ist auf der Stufe der Massenzuwanderung der Fall. Der tschechische Handwerksgehilfe kam als junger Bursche ins deutsche Sprachgebiet, er heiratete hier, seine Nachkommen waren im deutschen Gebiete geboren, standen vom ersten Tage ihres ausserhäuslichen Verkehrs unter deutschem Einfluss. Die im tschechischen Lande geborenen, zugewanderten Kinder sind schon nicht mehr in diesem Grade anpassungsfähig, der Verkehr in der Familie geschieht in tschechischer Sprache und es findet ein Verkehr zwischen diesen und den deutschen Kindern nicht mehr in dem Grade statt wie bei den im deutschen Landesteile geborenen. In der Familie schon erhält sich die nationale Eigenart, wird sie von den Alten auf die Nachkommenschaft übertragen. Dann aber wohnen die Zugewanderten nicht mehr verstreut unter dem deutschen Bevölkerungselement, sie bilden vielmehr ganze Wohngemeinschaften und legen so die Grundlage für die Erhaltung ihrer Nationalität auch im Verkehr ausserhalb der Familie.

Das Wachstum der Bevölkerung steigert die Bautätigkeit. Namentlich wenn dieses Wachstum wie in allen deutschböhmisches Industriegemeinden auf der Zuwanderung beruht, entstehen fast auf einmal, binnen wenigen Jahren neue Strassenzüge, ganze neue Ortsteile und Stadtviertel. Die deutschen Bauern schlagen ihr Ackerland als Baugrund zu hohen Preisen los, bauen vielfach auch selbst Miethäuser, Bauspekulanten, Baumeister nützen die Konjunktur aus und reihen ein neues Arbeiterwohnhaus an das andere, die nun von den Zugewanderten besetzt werden. So entstehen Strassenzüge, Häuserkomplexe, neue Ortsteile mit vorwiegend tschechischen Bewohnern, neben manchem deutschen Bauernhof ist so im Verlauf von wenigen Jahren ein halb oder ganz tschechisches Arbeiterdorf entstanden, in das natürlich bald der tschechische Handwerksmeister, der tschechische Krämer oder Kaufmann nachrückt. Nun ist durch die kompakte Wohnweise, durch das Zusammendrängen der tschechischen Zuwanderer auf einen gemeinsamen Raum, der sie auch im Aussenverkehr aufeinander weist und räumlich fast und mitunter völlig von der deutschen Bevölkerung scheidet, die Grundlage für die Erhaltung, Fortpflanzung und Fortdauer der nationalen Eigenart, des nationalen Milieus und der Sprache gegeben. Die kompakte nationale Minorität ist nicht nur begründet, ihr Bestand ist für immerwährende Zeiten gesichert und unangreifbar gemacht. Häufig vollzieht sich die Absonderung der tschechischen Zuwanderer von der deutschen Bevölkerung auch in anderer Weise. Die Unternehmer errichten „Arbeiterkolonien“, in denen sie die herangezogenen Arbeiter unterbringen. Das trifft man häufig im Braunkohlenrevier, namentlich in der Nähe der grossen Kohlenwerke. Diese Kolonien liegen ausserhalb der Ortschaften, ein Verkehr zwischen den Bewohnern derselben und der deutschen Bevölkerung findet überhaupt nicht statt, so kommt es, dass in diesen Kolonien und nicht minder in den neuerstandenen Ortsteilen mit tschechischer Bevölkerung die dort geborenen Kinder heranwachsen, ohne der deutschen Sprache auch nur mit einem Wort mächtig zu werden. Die nationale Assimilation hat aufgehört und nun tritt ein, was das stärkste sachliche Argument der tschechischen Minoritäten bei der Geltendmachung ihrer Forderung nach tschechischen Schulen in den deutschen Gemeinden ist: die schulpflichtigen tschechischen Kinder verstehen und reden nicht Deutsch, ihre Lernfähigkeit in der deutschen Schule ist herabgemindert, für die entsprechende Ausbildung der Kinder ist die tschechische Schule ein Elementarerfordernis.

Aber selbst wo diese fast mechanische Absonderung von der einheimischen deutschen Bevölkerung und der förmliche Zwang zum nationalen Sonderleben nicht stattfindet, wo die anderssprachigen Zugewanderten in die deutsche Bewohnerschaft hineingestreut wohnen, dort sind sie gegen die Assimilation immunisiert, wenn ihre Zahl gross genug ist, die Bedürfnisse des geselligen Verkehrs innerhalb der Nationszugehörigen zu erfüllen, wenn sie, wie das namentlich in den Städten der Fall ist, zu mehreren Familien in einer Strasse, in einem Hause wohnen; dort bilden sie häusliche Sprachgemeinschaften und beschränken so den täglichen Verkehr auf ihresgleichen, führen sie die Absonderung von der nationalen Bevölkerungsmehrheit im kleinen durch und erhalten sich so auch hier ihre nationalen Gewohnheiten und Charaktereigenschaften. Ist einmal die sprachliche Minderheit so zahlreich, dass ihr die anderssprachige Mehrheit die Errichtung einer tschechischen Schule nicht mehr verwehren kann, in der die Kinder die Ausbildung in ihrer Muttersprache erlangen, dann vermag keine noch so intensive „nationale Kleinarbeit“ den Bestand der Minorität und ihre Lebensfähigkeit zu erschüttern.

So ist eine förmliche Scheidung in der ganzen Lebensführung, vielfach sogar eine vollständige räumliche Trennung im häuslichen Verkehr wie im Aussenleben zwischen den Minoritätsangehörigen und den Angehörigen der uransässigen deutschen Bevölkerung eingetreten. Diese Tendenz der völligen Scheidung ist nur bis zu einem gewissen Grade eingedämmt worden durch die Sozialdemokratie, die Teile der Arbeiterschaft aus beiden nationalen Lagern in der gewerkschaftlichen Organisation und der politischen Aktion vereinigt hat.

Auf den Wogen der industriellen Hochflut sind die tschechischen Minoritäten mitten aus dem geschlossenen tschechischen Sprachgebiet über die nationalen Grenzbezirke hinweg tief in das deutsche Siedlungsgebiet getragen worden. Nun aber vollzieht sich das Erwachen der nationalen Minderheiten von selbst. Zwei Umstände namentlich führen dazu:

Der eine ist, dass bei den Siedlungsverhältnissen, der Wohn- und Lebensweise der Minoritätsangehörigen — wie wir bereits aufgezeigt haben — die tschechischen Kinder bis zum Eintritt ins schulfähige Alter nicht mehr wie ehemals der deutschen Sprache mächtig werden, überhaupt nicht mehr Deutsch lernen. Sie sind nur lernfähig in ihrer Muttersprache. Das zweite ist: dass die tschechischen Kinder für ihr ferneres Fortkommen nicht mehr wie früher der deutschen Sprache bedürfen. Für das Fortkommen und Behaupten im wirtschaftlichen Leben war zum mindesten die Kenntnis der deutschen Sprache ein unbedingtes Erfordernis für die vereinzelt Zuwanderer und ihre Nachkommenschaft aus der ersten Zeit der nationalen Fluktuation. Das wirtschaftliche Interesse seiner Kinder verwies den vereinzelt tschechischen Zuwanderer darauf, sie in die deutsche Schule zu schicken. Als Vereinzelt inmitten des deutschen Bevölkerungselements konnten sie sich nur behaupten, indem sie sich diesem sprachlich und ethnisch völlig einordneten. Selbst als Industriearbeiter wird der Tscheche, wenn er vereinzelt inmitten Hunderte deutscher Arbeiter steht, auf deren Unterstützung, Teilnahme und Mithilfe er angewiesen ist, besser bestehen, wenn er ihre Sprache beherrscht, sich ihnen in Bezug auf ihre Gewohnheiten, Eigenheiten anpasst und ihre ganze Lebensweise annimmt. Anders aber, wenn er nicht mehr allein steht, wenn neben ihm im Schacht, auf dem Bauplatz, in der Fabrik Hunderte andere tschechische Arbeiter arbeiten, mit denen er verkehrt, deren Hilfe und Unterstützung er findet. Und noch eins: Der deutsche Handwerksmeister, der tschechische Gehilfen in seiner Werkstatt einstellte, erlernte ihretwegen nicht die tschechische Sprache; der Gehilfe war vielmehr gezwungen, sich wenigstens so weit die Sprache des Meisters anzueignen, um sich mit diesem verständigen zu können. Der moderne Grossindustrielle aber, der Hunderte tschechische Arbeiter in seinen Betrieb aufnimmt, kann nicht warten, bis diese alle Deutsch gelernt haben, er stellt Meister, Partieführer, Beamte ein, die der tschechischen Sprache mächtig sind, und nun wickelt sich der sprachliche Verkehr zwischen dem Unternehmer und dem tschechischen Arbeiter in dessen Sprache ab. Es liegt für diesen kein Bedürfnis mehr vor, selbst Deutsch zu lernen oder seine Kinder Deutsch lernen zu lassen. Deutsche Sprachkenntnis und Einordnung ins deutsche Milieu sind keine Vorbedingungen für sein besseres Fortkommen mehr. Nun erheben die Minoritäten die Forderung nach tschechischen Schulen für die tschechischen Kinder, in der Geltendmachung dieses Anspruches äussert sich das nationale Erwachen der sprachlichen Minderheit.

Selbstverständlich wird dieses Erwachen mächtig gefördert durch die, namentlich von den wirtschaftlich daran interessierten Faktoren betriebene nationale Agitation. Konnationale Geschäftsleute und Handwerker, die sich davon einen Vorteil erhoffen, wenn das Nationalbewusstsein den tschechischen Kunden an dem Laden des deutschen Kaufmannes vorbei in denjenigen des tschechischen Geschäftsmannes führt; Advokaten, Lehrer, Staatsbeamte, sie alle sind wirtschaftlich an dem Erwachen der konnationalen Minorität interessiert. Aber es wäre falsch — wie das ja in der bürgerlichen Betrachtungsweise geschieht — darauf das Erwachen der tschechischen Minoritäten als dessen Ursache zurückführen zu wollen. Dieses vollzieht sich vielmehr, wie wir aufgezeigt zu haben glauben, mit förmlicher Gesetzmässigkeit auf dem Grunde jener als Massenbewegung in Erscheinung tretenden Wanderung tschechischer Arbeiterheere ins deutschsprachige Industriegebiet, die eben eng zusammenhängt mit dem Grade der Entwicklung, den das industrielle Leben in Deutschböhmen erreicht hat.

Otto Bauer: Oesterreich und der Imperialismus

Die Tatsache, die die ganze Entwicklung der auswärtigen Politik aller europäischen Staaten in den letzten Jahren am stärksten beeinflusst hat, ist der Gegensatz zwischen Grossbritannien und dem Deutschen Reich. Die kraftvolle Entwicklung der reichsdeutschen Industrie wird England zunächst auf dem Warenmarkt fühlbar.

Vom Jahre 1900 bis zum Jahre 1907 ist der Wert der deutschen Warenausfuhr von 4611·4 auf 6850·9 Millionen Mark, der Wert der ausgeführten Fabrikate von 2982·4 auf 4808·9 Millionen Mark gestiegen. Der englische Handel stösst nicht nur auf dem Weltmarkt auf den deutschen Wettbewerb, sondern auch in der eigenen Heimat. In den Jahren 1900 bis 1907 stieg die deutsche Ausfuhr nach Grossbritannien von 912·2 auf 1060·4 Millionen Mark. Gleichzeitig steigt Deutschlands Export nach allen wichtigen Teilen des britischen Kolonialreiches:

	Wert der deutschen Ausfuhr	
	Millionen Mark	
	1900	1907
Britisch-Ostafrika	1·4	2·6
Britisch-Südafrika	14·0	28·9
Britisch-Westafrika	7·6	13·9
Aegypten	15·7	39·5
Britisch-Indien	56·3	104·7
Ceylon	1·7	2·2
Hongkong	3·5	5·0
Canada	20·0	29·6
Uebrigcs Britisch-Amerika	1·5	2·4
Britisch-Australien	47·9	67·3

Dass viele britische Industrien diese Entwicklung des deutschen Aussenhandels mit wenig Wohlwollen betrachten, ist begreiflich. Die deutschen Waren werden zollfrei nach England eingeführt, während Deutschland die englische Einfuhr mit hohen Zöllen belastet. Hinter der Zollmauer geborgen, bauen die deutschen Industriellen mächtige Kartelle aus, die durch Ausfuhrprämien und durch die Praxis des Schleudereexportes („Dumping“) die Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt und in England selbst zum Nachteil der englischen Industrie verändern, die, nicht durch Zölle geschützt, solcher Kampfesmittel entbehrt. Die Agitation der Schutzzöllner in England lässt der Bevölkerung die deutsche Konkurrenz als unlauteren Wettbewerb erscheinen.

Aber auch auf dem Kapitalmarkt, im Wettbewerb um neue Anlagesphären stösst England auf die deutsche Konkurrenz, seit die deutschen Banken, durch einen überaus schnellen Konzentrationsprozess erstarkt, den deutschen Kapitalexpert organisieren.

Im engen Zusammenhang mit dem Wettkampf um Absatzmärkte und Anlagesphären steht das Streben beider Staaten, überseeische Länder ihrem Kolonialbesitz anzugliedern. Deutschlands Kolonialpolitik hat kein festes Ziel; bald da, bald dort erweckt sie den Verdacht, dass Deutschland selbstsüchtige Pläne verfolge, und reizt die Eifersucht der grössten Kolonialmacht. Das deutsche Auswanderungsgesetz vom Jahre 1897 hat den Verdacht erweckt, dass Deutschland Südamerika planmässig seinem Einfluss unterwerfen wolle. Im mittleren Orient baut deutsches Kapital die Bagdadbahn. Deutschlands Verhältnis zur Türkei, seine Haltung in der Marokkofrage, die Reisen des deutschen Kaisers nach Jerusalem und Tanger zeugen von dem phantastischen Plan, die mohammedanische Welt am Mittelmeer der deutschen Einflussphäre einzugliedern. Seit der Erwerbung Kiaotschau und dem Hunnenfeldzug gilt das Reich auch im fernen Osten als gefährlicher Konkurrent. Endlich ist auch das unkluge Telegramm des deutschen Kaisers an den Präsidenten Krüger in England noch nicht vergessen worden; auch Deutschlands Politik in Afrika erscheint den englischen Imperialisten gefährlich. Gerade weil die deutsche Kolonialpolitik ihre Kraft nicht einem bestimmten Ziel zugewendet, sondern sich gleichzeitig in alle Fragen der Weltpolitik eingemengt hat, hat sie in England eine stetig wachsende Beunruhigung erzeugt.

Diese Besorgnis findet in der fortwährenden Vermehrung der deutschen Armee und Flotte neue Nahrung. Die englische Bevölkerung muss heute bereits die schwersten Opfer für die Wehrmacht bringen. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen an Ausgaben für Heer und Flotte in England 27·3, in Frankreich 21·3, in Deutschland 17·1 Mark.* Eine starke Strömung, die nicht nur von der Arbeiterpartei, sondern auch von einem grossen Teile der liberalen Wählerschaft getragen wird, fordert die Einschränkung der Rüstungen. Aber sie kann immer wieder wirkungsvoll mit dem Argument bekämpft

*Rohrbach, Deutschland unter den Weltvölkern. 2. Auflage. Berlin 1903.

werden, dass das Deutsche Reich seine Rüstung unablässig verstärkt und die englischen Abrüstungsvorschläge ablehnt.

Schliesslich stärkt auch die innere politische Entwicklung Deutschlands den britischen Imperialismus. Das deutsche Bürgertum hat jeden Widerstand gegen die Flotten- und Kolonialpolitik aufgegeben. Die ganze bürgerliche Presse ist an der Hetze gegen England beteiligt. Die Geschichte der Reichstagswahlen beweist, dass die Regierung jede Opposition, auch die mächtige Sozialdemokratie niederwerfen kann, wenn sie eine Frage der Militär- oder Kolonialpolitik zur Wahlparole macht. So erscheint die Hoffnung eitel, dass das deutsche Volk selbst den deutschen Imperialismus in naher Zeit bezwingen werde.

So stehen einander England und Deutschland misstrauisch gegenüber. Die proletarische und demokratische Opposition gegen den Imperialismus erscheint in beiden Staaten wirkungslos. Bundesgenossen gegen Deutschland zu suchen, scheint nun die natürliche Aufgabe der englischen Regierung zu sein. Die deutsche Marokkopolitik gibt ihr die Gelegenheit, sich mit Frankreich zu verständigen. Nun gilt es, Russland zu gewinnen, das seit dem Eintritt der rückläufigen Bewegung der Revolution wieder als ein wertvoller Bundesgenosse, wenn nicht für den Augenblick, so doch für die Zukunft erscheint. Das Eingreifen Oesterreich-Ungarns gibt den englischen Politikern dazu den erwünschten Anlass.

In der letzten Delegationssession hat der Minister des Aeussern den Bau der Sandschakbahn angekündigt, welche von Uvac, dem Endpunkt des bosnisch-herzegowinischen Eisenbahnnetzes, nach Mitrovica führen soll, das bereits mit Salonik durch eine Eisenbahn verbunden ist. Russland erklärte, dass durch dieses Eingreifen der österreichisch-ungarischen Regierung die Münzsteger Konvention über das gemeinsame Vorgehen Russlands und der Donaumonarchie auf der Balkanhalbinsel aufgelöst sei. Die britische Regierung nützte sofort die günstige Situation aus. Russland und Grossbritannien legten der Türkei ein Reformprogramm für Mazedonien als ihre gemeinsame Forderung vor. Die englische und französische Presse unterstützte Russland im Kampfe gegen die österreichisch-ungarischen Eisenbahnpläne. So hat die Politik Aehrenthals dem britischen Imperialismus einen wertvollen Dienst geleistet. England unterstützt Russlands Politik auf der Balkanhalbinsel gegen Oesterreich-Ungarn und tauscht dafür den Anschluss Russlands an die gegen das Deutsche Reich gerichtete englisch-französische Koalition ein. Die „Einkreisung“ Deutschlands ist vollendet.

Der handelspolitische Wert der Sandschakbahn wird in Oesterreich überschätzt. Die neue Bahnlinie würde keineswegs unseren Weg nach Salonik verkürzen. Die Entfernung von Wien nach Salonik beträgt auf der bestehenden Eisenbahnlinie über Budapest, Belgrad und Uesküb 1322 Kilometer; bei Benützung der bosnischen Bahn und der Sandschakbahn wird sie 1490 Kilometer betragen. Eine Förderung unseres Warenverkehrs mit den Mittelmeerländern können wir also von der geplanten Bahnverbindung nicht erwarten. Ueberdies könnte die neue Linie für den internationalen Warenverkehr nur dann nutzbar gemacht werden, wenn die schmalspurigen bosnischen Bahnen in normalspurige umgebaut würden. Die handelspolitische Wirkung der neuen Eisenbahnlinie würde sich also wohl darauf beschränken, dass Sarajevo für das nördlich von Uesküb gelegene Gebiet ein Stapelplatz würde, der Salonik, das diese Gegenden heute mit Waren versorgt, allmählich verdrängen könnte; die jährliche Einfuhr dieser Gegenden an europäischen Waren beträgt aber nur 21.000 Tonnen. Auch dieser Vorteil wird uns aber sehr wesentlich geschmälert werden, wenn die Sandschakbahn nicht gebaut werden kann, ohne dass zugleich der Bau der serbischen Transversallinie Nisch-Antivari und der italienischen Linie Valona-Monastir zugestanden werden muss. In diesem Falle stossen wir einerseits in den durch die Sandschakbahn zu erschliessenden Gebieten auf vermehrte italienische Konkurrenz und schwächen andererseits unsere handelspolitische Machtstellung in Serbien, indem wir der serbischen Viehzucht den italienischen, der italienischen Industrie den serbischen Markt näher bringen.* Aus all dem geht hervor, dass der Bau der Sandschakbahn unserer Volkswirtschaft nur sehr kleinen Gewinn bringen wird — jedenfalls viel

* Riedl, Sandschakbahn und Transversallinie. Wien 1908.

kleineren, als ihr gute Handelsverträge mit den Balkanstaaten bringen könnten.

Diesem geringfügigen Vorteil stehen aber gewichtige Nachteile gegenüber. Der Interessengegensatz zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland auf der Balkanhalbinsel nimmt wieder einen bedrohlichen Charakter an. Da die englische Regierung Russland unterstützt, während die Monarchie auf der Seite des Deutschen Reiches steht, tritt die Balkanfrage in engen Zusammenhang mit den weltpolitischen Problemen, die der Streitgegenstand in dem diplomatischen Kampfe zwischen dem deutschen und dem britischen Imperialismus sind. England gibt unsere Interessen auf dem Balkan dem russischen Verbündeten preis, um dadurch Deutschland zu treffen. Das Donaureich trifft der Schlag, der dem deutschen Imperialismus gilt. Jede weltpolitische Verwicklung, auch die durch Deutschlands Eintreten für Muley Hafid neuerlich gefährlicher gewordene Marokkofrage wird nun auch für uns zur Gefahr: ist es doch immer denkbar, dass zunächst auf dem Balkan der Brand entzündet wird, in dem der englische Imperialismus schliesslich den deutschen Nebenbuhler zu vernichten hofft.

Das Bündnis mit dem Deutschen Reiche gewinnt nun neuen Inhalt. Die Völker Oesterreichs werden es freilich gerade im jetzigen Augenblicke nicht lösen wollen. Da der Zarismus wieder erstarkt ist, brauchen wir Deutschlands Stütze; sonst würden wir in ein bedenkliches Abhängigkeitsverhältnis zu dem völkermordenden Zarenreich geraten und statt der Geschäfte des deutschen die des nicht minder volksfeindlichen britischen Imperialismus besorgen. Die Aufrollung der Balkanfrage berührt auch wieder die empfindlichste Stelle unserer äusseren Politik, unser Verhältnis zu Italien; wir können die an dieser Stelle immer drohenden Gefahren nicht noch durch die Auflösung des Dreibundes vergrössern. Aber wenn wir unser Bundesverhältnis zu Deutschland und Italien nicht auflösen können, so haben wir doch allen Grund, mit seiner inneren Entwicklung sehr unzufrieden zu sein. Der Bund wäre uns überaus wertvoll, wenn er die kulturellen Beziehungen der Völker enger knüpfen würde. Diese Aufgabe aber erfüllt er nicht. Obwohl unsere Machtstellung in dem Bundesverhältnis infolge der Einkreisung Deutschlands gewiss gestärkt wurde, war unsere Regierung nicht einmal imstande, die österreichischen Arbeiter im Reich gegen die schmachvollen Misshandlungen durch die preussische Regierung, gegen das Legitimationssystem der deutschen Feldarbeiterzentrale zu schützen, das österreichische Arbeiter den reichsdeutschen Unternehmern wehrlos ausliefert. Das Bündnis, das die österreichischen Staatsbürger im Reiche ihrer Freizügigkeit berauben lässt, macht uns aber von der abenteuerlichen Politik des deutschen Imperialismus, von allen Wechselfällen des deutsch-britischen Wettkampfes abhängig. Durch das britisch-russische Abkommen sind wir die Prügelknaben des deutschen Imperialismus geworden.

Die geringen handelspolitischen Vorteile der Sandschakbahn wiegen diese Gefahren nicht auf. Es wäre ganz unverständlich, wenn Baron Aehrenthal unser wichtigstes Interesse, den Frieden, und unser wertvollstes Gut, die Unabhängigkeit von den Händen der imperialistischen Weltmächte, gefährdet hätte, um nur den Handel mit den Dörfern im Amselfelde von Salonik nach Sarajevo abzulenken. Der Verdacht ist nicht abzuweisen, dass das Projekt der Sandschakbahn anderen Zwecken dient, dass es nach längerer Pause wieder den ersten Schritt auf der abschüssigen Bahn der alten Grossmachtspolitik, der Expansionspolitik auf der Balkanhalbinsel darstellt. Die Völker Oesterreichs werden daher der Regierung sehr energisch erklären müssen, dass sie jede Eroberungspolitik auf der Balkanhalbinsel ablehnen, dass sie nicht gewillt sind, gegen lächerlich geringen wirtschaftlichen Vorteil eine schwere Gefährdung des Friedens einzutauschen. Die Situation auf der Balkanhalbinsel gestattet uns schon darum keine gefährlichen Experimente, weil der gedankenlose militärische Absolutismus in Bosnien ernste Gefahren erzeugt hat. Mit Hochverratsprozessen werden wir sie nicht bannen. Eine demokratische Verfassung, die der Mehrheit der Bevölkerung auch die Mehrheit der Vertretung in einem gesetzgebenden Landtag geben würde, würde die ganze Aufmerksamkeit des Landes seinem grossen sozialen Problem, der Herstellung des bürgerlichen Eigentumsrechtes für die Bauern, zuwenden und der grossserbischen Bewegung allen Nahrstoff entziehen. Heute aber mahnen uns die Verhältnisse in den okkupierten Provinzen zu doppelter Vorsicht.

Zunächst hat allerdings ein unerwartetes Ereignis die drohende Gefahr verschleucht. Stärker noch als Oesterreich und Deutschland wurde die Türkei durch das britisch-russische Abkommen bedroht. Das mazedonische Reformprogramm sollte die Souveränität des osmanischen Reiches neuerlich einschränken. Alle gebildeten und von nationalem Selbstbewusstsein erfüllten Klassen des osmanischen Volkes — das Offizierskorps, die Beamtenschaft und der Klerus — sahen ein, dass nur durch eine vollständige Umwälzung ihres Staatswesens die Gefahr der schrittweisen Aushöhlung seiner staatlichen Selbständigkeit gebannt werden könnte. So ist auch die türkische Revolution mittelbar eine Folge des Kampfes zwischen dem deutschen und dem britischen Imperialismus. Die Jungtürken haben uns aus einer sehr schlimmen Situation befreit. Das britisch-russische Reformprogramm musste zurückgestellt werden, die Bandenkämpfe in Mazedonien haben aufgehört, kein Staat kann heute in die türkischen Verhältnisse einzugreifen wagen. Weder von Russlands noch von Italiens Seite droht uns heute unmittelbare Gefahr.

Aber damit sind die Gefahren keineswegs für immer geschwunden. Selbst im Falle des endgültigen Sieges der türkischen Revolution bleiben kriegerische Verwicklungen auf der Halbinsel möglich; die mazedonische Nationalitätenfrage wird nicht so bald gelöst werden und das Offizierskorps, das die Herrschaft in der Türkei an sich gerissen hat, wird nicht um jeden Preis eine friedliche Politik treiben. (Konflikt mit Bulgarien!) Schlimmer noch wäre es, wenn die jungtürkische Herrschaft von kurzer Dauer wäre; die Enttäuschung der Nationalitäten in Mazedonien würde dann folgenschwere Verwicklungen herbeiführen. Ist also die friedliche Entwicklung der Balkanvölker noch keineswegs gesichert, so scheint es uns doppelt notwendig, die österreichisch-ungarische Regierung vor jener gefährvollen Balkanpolitik zu warnen, zu der das Projekt der Sandschakbahn der erste Schritt zu sein scheint.

Das Proletariat ist in allen Staaten der einzige wehrhafte Gegner des Imperialismus. Auch in Oesterreich muss die Arbeiterklasse jeder Eroberungspolitik und allem, was uns zu ihr führen kann, entgegentreten. Gewiss haben wir den Rumänen und Südslawen gegenüber grosse Aufgaben zu erfüllen. Wir müssen uns diese Völker kulturell näher bringen, indem wir ihren Volksgenossen in Oesterreich und Ungarn die nationale Selbstregierung erkämpfen und ihre kulturelle Entwicklung fördern, indem wir der Bevölkerung Bosniens eine demokratische Verfassung geben und sie aus den Fesseln des türkischen Feudalrechtes befreien. Wir müssen die agrarischen Tendenzen unserer Handelspolitik niederringen, um unsere wirtschaftlichen Beziehungen mit den Balkanvölkern zu verbessern. Aber es scheint uns sehr bedenklich, wenn auch Parteigenossen von einer geheimnisvollen „Mission“ Oesterreichs auf der Balkanhalbinsel, von unserem „Protektorat“ über die Balkanslawen reden, wie Genosse Schulz dies im letzten Hefte des „Kampf“ getan hat.

Die österreichische Grossmachtspolitik kann sich nicht — wie der Imperialismus in national einheitlichen Staaten — als die Vertreterin eines nationalen Gesamtinteresses gebärden. Da sie uns aber zu den weltpolitischen Händeln in Beziehung setzt, leistet man ihr Vorschub, wenn man die imperialistischen Tendenzen der grossen kapitalistischen Staaten mit dem Streben der Nationen nach Freiheit, Einheit und Grösse vermengt. Wir sind darum verpflichtet, auch die österreichischen Arbeiter den Trug dieser Vermengung durchschauen zu lehren. Die deutsche Arbeiterschaft in Oesterreich fühlt sich gewiss als ein Teil des grossen deutschen Volkes; aber sie kann nichts mit dem reichsdeutschen Imperialismus zu schaffen haben, der der Todfeind ihrer Brüder im Reiche ist. Ebenso müssen die slawischen Arbeiter in Oesterreich dem verjüngten Panslavismus fernstehen, der keine andere Funktion hat als die, dem zarischen Imperialismus, der immer noch die grössten slawischen Nationen in ehernen Fesseln gefangen hält, die ideologische Verhüllung seiner Eroberungsgelüste zu liefern. Nur wenn wir die Arbeitermassen von jeder imperialistischen Ideologie völlig fernhalten, können wir ihre Kraft für jene Politik einsetzen, die uns von den Kämpfen der imperialistischen Weltmächte fernhält und uns den Frieden sichert.

Der internationale Kongress zu Stuttgart hat den Kampf gegen den ewig kriegslüsternen, völkerwürgenden Imperialismus den Proletariern aller Länder zur Pflicht ge-

macht. In diesem Kampfe hat auch die Arbeiterklasse aller Nationen Oesterreichs eine nicht unwichtige Aufgabe zu erfüllen. Indem wir der österreichischen Grossmachtspolitik entgegengetreten, unterstützen wir auch unsere Genossen im Deutschen Reiche und in Frankreich, in Russland und England in ihrem schweren Kampfe gegen die imperialistischen Tendenzen der Regierungen und der Kapitalistenklasse ihrer Länder.

Č. Slepánek: Bosnien und die Herzegowina

Es wird jetzt sehr viel über Bosnien und die Herzegowina gesprochen und geschrieben und es ist in der Tat höchste Zeit, dass man in Oesterreich endlich erkennt, dass durch weitere Fortsetzung der bürokratischen Politik in und gegenüber diesen Ländern wichtige Interessen des Reiches aufs Spiel gesetzt werden. Die Wirkungen des allgemeinen Wahlrechtes müssen sich auch in dieser Frage geltend machen!

Die bosnische Frage bildet den Kernpunkt unserer südslawischen Frage, dieser Kette von bunten Problemen nationaler, politischer und wirtschaftlicher Natur, welche einerseits und an sich in den Bedürfnissen der Südslawen ihren Grund haben, deren Erfüllung von der Umgestaltung der Machtverhältnisse in der Monarchie abhängt; andererseits aber auch von grosser Bedeutung für die Entwicklung der Monarchie selbst sein dürften. Der gewaltige Ernst, mit dem die bosnische Frage zur Aktualität des Tages vorrückt, liegt in der Gefahr im Verzuge. Man mag zwar die Umriss der künftigen türkischen Konstitution noch nicht absehen, doch der Gärungsprozess ist einmal ausgebrochen und man muss mit ihm rechnen, um so mehr, als es bisher unterlassen wurde, das bedrohte Terrain gegen jegliche Abrutschungen vorerst zu sichern: durch demokratische Reformen und durch Heranziehung der Bevölkerung zur Anteilnahme und Betätigung an der Reichsverfassung, wodurch der Schwerpunkt ihrer Interessen innerhalb der Monarchie stabil gemacht und den demagogischen Auswüchsen jeder Boden entzogen worden wäre. Einer militärischen Verwaltung,* mag sie sich noch so modern gebärden, wird doch niemand erzieherische Fähigkeiten zumuten; sie erzeugt nur Unwillen im Volke und je weniger sie den sich anhäufenden modernen Verwaltungsaufgaben gewachsen erscheint, desto mehr vergewaltigt sie das Volk. In ihrem Wesen liegt es ja nicht, sich den Zeitbedürfnissen anzupassen. Und es lautet daher ganz logisch die stereotype Antwort der bosnischen Verwaltung auf alle Klagen der Bevölkerung in Bosnien und der Herzegowina: Wir sind ja im okkupierten Gebiete! Es ist aber dann auch begreiflich, dass sich die Bevölkerung zur Wehr setzt und nach Abschaffung dieses Verwaltungssystems, das in eine schrankenlose Anarchie ausartet, schreit.

Am drastischsten widerspiegelt sich die bosnische Situation in den Agrarverhältnissen. Nach dem letzten Verwaltungsbericht gab es Ende 1906 in diesen Ländern noch rund 80.000 Kmetenwirtschaften, das heisst solche Bauernwirtschaften, deren Gut nicht ihren Bebauern, sondern dem Herrn, dem Aga, gehörte, dem der Bauer, Erbpächter auf Grund des Kmetenrechtes, die „Tretina“, ein Drittel der Ernte, abzuführen hat. Auf seiten der Regierung ist man bestrebt, dieses Verhältnis zwischen Aga und Kmeten als ein harmloses Verhältnis zwischen Grundbesitzern und Pächtern hinzustellen. Das ist aber nicht richtig, denn es beruht nicht auf einem gegenseitigen Vertrage, sondern auf Verordnungen und Gewohnheiten und ist nicht der Kompetenz der Gerichte, sondern der der politischen Behörden unterstellt. Dem Grundbesitzer steht das Recht zu, den Kmeten, wenn er seinen Pflichten nicht nachkommt, wegzujagen und das Gut einem anderen zu übergeben. Ueber die Klagen entscheidet bei Zuziehung von Agrarbeisitzern das Bezirksamt, über die Berufungen die Landesregierung. Selbstredend geht man dabei immer dem Aga an die Hand, der sich überhaupt des grössten Wohlwollens bei der Regierung erfreut, was auch in einer Rede des gemeinsamen Finanzministers im Ausschusse der Delegation

* Bisher ist eine das Versammlungs- und Koalitionsrecht betreffende Verordnung der militärischen Verwaltung vom Jahre 1897 in Geltung. Die Organe der jetzigen Verwaltung rekrutieren sich überwiegend aus Militärpersonen.

des Reichsrates für Aeusseres und Okkupationskredit in folgenden Worten zum Ausdruck kam: „Dem bosnischen Grundbesitzer, dessen Lage eine sehr schwierige ist und den ökonomisch noch der Umstand hält, dass er Grundbesitz hat, droht durch die Ablösung der Kmeten der Ruin.“ Und warum? Nun, weil er von dem Geld, das er bar auf die Hand bekommt, „keinen weisen Gebrauch zu machen versteht“.* Wenn ein Minister vor dem parlamentarischen Forum so warm für die Agas Partei ergreift, wie geht es dann bei den bosnischen Bezirksämtern zu? Der Kampf zwischen Grundbesitzern und Kmeten hat einen tückischen Charakter: beide Teile trachten aus dem Verhältnisse so viel wie möglich für ihr Interesse herauszuschlagen und bedienen sich zu diesem Zwecke solcher Mittel und Wege, die zur Hebung der öffentlichen Moral nicht beizutragen vermögen. Erpressung mit Assistenz der politischen Behörden, Spionage und verschiedene Hinterlistigkeiten seitens der Agas, heimliche Betrügereien seitens der Kmeten — das sind die charakteristischen Züge des bosnischen Dorflebens. Ein tückischer Zweikampf, bei dem es keine ehrlichen Absichten und keine Voraussetzungen von Ehrlichkeit gibt! Und den kürzeren zieht dabei der dritte Interessent — die Landwirtschaft selbst, denn unter solchen Umständen ist der Uebergang zur intensiven Wirtschaft unmöglich, die Rentabilität des Bodenbaues sinkt und das extensive Wirtschaften greift immer mehr um sich, neue Konflikte auf dem Gebiete des Eigentumsrechtes erzeugend. Ein ähnliches Schauspiel wird man vielleicht nur im benachbarten Serbien finden können, wo sich das Leben des Bauern ebenfalls in dem Kampfe um jedes Stückchen Boden aufzehrt. Und von diesem Verhältnis sagt der gemeinsame Finanzminister (siehe den Bericht des betreffenden Ausschusses der österreichischen Delegation, Seite 17), dass eine zu rasche Lösung desselben dem Aga ebenso schädlich wäre wie dem Bauern! Von dieser Voraussetzung ausgehend, überlässt es die Regierung ruhig dem Schicksale — der „Selbstentwicklung“, wie sie sich ausdrückt, welchen Weg diese Anarchie künftighin einschlagen mag. Kann man da nur einen Augenblick im Zweifel darüber bleiben, wo das Ende dieses Prozesses ist? Dort, wo zugleich der Anfang des totalen Ruins des Bauernvolkes und der Agrikultur liegt. Der Bauer besitzt nicht die Mittel, um sich loszukaufen, da er aus Mangel an Nebenverdienst in industriellen Unternehmungen auf der untersten Stufe der Naturalwirtschaft bleiben muss; er hat auch nicht die Möglichkeit, sich den hierzu nötigen Kredit zu verschaffen. Die Landesbank, die in erster Reihe dazu berufen wäre, den Ablösungsprozess zu unterstützen und zu fördern, hat die Tendenz, die Inanspruchnahme des Kredits seitens der Kmeten behufs Ablösung zu hemmen, aus dem einfachen Grund, damit die hypothekarische Ueberlastung der kleinen Bauernwirtschaften vermieden werde. Gewiss eine sonderbare Nationalökonomie! Wie die sonstigen Kreditverhältnisse stehen, ergibt sich klar aus der amtlichen Angabe betreffs des üblichen Zinsfusses, der bis 11 Prozent erreicht: selbstredend ist das der niedrigste Zinsfuss, mit dem erst der freie Spielraum des ländlichen Wuchers beginnt. Um diesem Gewerbe zu steuern, wurden in den Bezirken von Amts wegen Bezirksvorschusskassen errichtet (Kotarska zaklada), aus denen unter gewissen Bedingungen den Bauern kleine Anleihen (zum Ankauf von Heu, Stroh und sonstigen Objekten, zur Bezahlung der Steuern etc.) gegeben werden. Immer noch bleibt dabei eine Bedingung: die Kreditfähigkeit, und so entbehrt diese Aktion jedweder eingreifenden Wirkung. Als ein Schritt nach vorwärts wird von der Regierung die Zehentpauschalierung bezeichnet; aber in Bosnien beklagt man sich darüber, dass sie von rein fiskalischem Interesse ausgegangen sei und demnach den reformatorischen Erfolg verfehlt habe. Wenn man das alles in Erwägung zieht, muss man sich wundern, wie denn der gemeinsame Finanzminister behaupten kann, dass es im okkupierten Gebiete keine Agrarfrage gebe!

Die volle Schuld für diese sozialökonomischen Zustände trifft die bosnische Verwaltung allein. Das Volk hätte schon längst zur Selbsthilfe gegriffen, hätte einen vernünftigen Ausweg aus dieser verzweifelten Situation gesucht, wäre ihm die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit gegönnt gewesen. Die Regierung stellte sich sogar mit heftigem Widerstande der Genossenschaftsbewegung entgegen und erst in jüngster Zeit

* Von den Mohammedanern ist bekannt, dass sie sehr wenig unternehmungslustig sind. Die ehemaligen Feudalherren gehen häufig nach Veräusserung ihres unbeweglichen Besitzes nach der Türkei.

wurde in dieser feindseligen Haltung den sich bildenden Genossenschaften gegenüber ein wenig nachgelassen. Was die Bureaukratie nicht gutheissen kann, was ihr nicht passt, das bekämpft sie, und insbesondere jedes vom Volke ausgehende Befreiungstreiben.

Hiervon weiss auch die Geschichte der Arbeiterbewegung viel zu erzählen. Die bosnische Arbeiterbewegung, die erst im Jahre 1905 die Schwelle des öffentlichen Lebens betrat — auch die bosnische Industrie ist noch jung und beschäftigt gegenwärtig etwa 18.000 Arbeiter, von denen rund 20 Prozent in dem Arbeiterhauptverband (Glavni radnički savez) in Sarajevo organisiert sind —, muss vom Anfang an gegen zwei Fronten, gegen den Kapitalismus und gegen die Bureaukratie, kämpfen; im Mai 1906 versuchte es die Bureaukratie, die ganze Bewegung niederzusäbeln und als dadurch das Gegenteil erzielt wurde, suchte sie durch systematische Abschiebung der „Unbotmässigen“ — preko Save, durch Provokationen und Terrorismus bei lokalen wirtschaftlichen Kämpfen die Bewegung zu schwächen und zu demoralisieren. Es kostete der Organisation viel Kraftanstrengung, diesen Angriffen gegenüber standzuhalten, um so mehr als sie infolge des „modernen“ Pressgesetzes vom Jahre 1907, welches für periodische Druckschriften Kautionen vorschreibt, nicht in der Lage war, sich eine periodische Zeitschrift zu schaffen.

Somit ist das Verlangen des bosnischen Volkes nach einer Verfassung mehr als eine politische Forderung, es ist eine Lebensforderung, ein Aufschrei nach Abschaffung der Verhältnisse, die dem Volke die wirtschaftliche Kraft unterbinden, die es sozial unbarmherzig würgen. Vor dieser Tatsache verblassen alle nationalen Gegensätze — die im praktischen Leben gar nicht vorkommen, weil die Sprache aller drei Volksstämme eine ist — alle konfessionellen Gegensätze, die man zu ethnischen Merkmalen künstlich aufbauscht. Diese wirtschaftlichen Tatsachen werden immer ausschlaggebend wirken in den bosnischen Befreiungsbestrebungen. Es scheint aber, dass nicht so sehr die grossserbische Propaganda als vielmehr diese wirtschaftlichen Probleme die bosnische Bureaukratie von der Einwilligung zur Einführung der Konstitution abschrecken. Denn wie könnte man sonst erklären, dass die Arbeiterbewegung, die doch mit der grossserbischen Propaganda gar nichts Gemeinsames hat, ebenso verfolgt wird wie diese. Eine grossserbische Gefahr besteht nicht. Serbien hat mit sich selbst so viel zu tun, dass es jeglichen Eroberungsgelüsten ferngehalten ist, es kann sich nicht einmal den bedrängten Stammesgenossen in Altserbien gehörig widmen. Und seine innere ökonomisch-soziale Lage ist so wenig beneidenswert, dass man es den Serben in Bosnien-Herzegowina, Kroatien-Slawonien und Südungarn wirklich nicht zuzumuten braucht, sie seien im geheimen Komplott mit Belgrad und in Vorbereitung der südslawischen Revolution begriffen

Und wenn trotzdem die Versäumungsgefahr droht, so droht sie deshalb, weil sich nun das okkupierte Gebiet wie zwischen zwei Magnetpolen befindet. Wir wollen aber aus dem Lande kein Waffenlager und keine Kaserne machen, um schliesslich doch das Terrain räumen zu müssen, wenn sich des Volkes jemand annimmt Denn wohin führt der Antagonismus gegen die Monarchie, den unsere Bureaukratie im Süden züchtet? Wird er nicht endlich zum direkten Wegweiser irgendwohin? . . . Es ist die höchste Zeit zur Umkehr in unserer Balkanpolitik überhaupt und in der südslawischen besonders. Und in Bosnien und der Herzegowina muss zuerst haltgemacht werden, je früher und energischer, desto besser!*

* Vor kurzem wurde durch Delegierte der mohammedanischen und serbischen nationalen Organisationen dem gemeinsamen Finanzminister Burian ein Memorandum überreicht, worin es heisst, man möge ohne Lösung der Annexionsfrage die Konstitution einführen, für deren regelmässige, ungestörte Entwicklung diese Organisationen sich verbürgen wollen.

N. Trotzky: Die russische Sozialdemokratie

I. Drei Typen.

Das Proletariat Frankreichs, das den reichsten Schatz an revolutionären Traditionen besitzt, steht dennoch, was die Entwicklung seiner Organisationen, seiner Presse und seines Kassenwesens anbetrifft, bei weitem nicht an erster Stelle. Der lange Zwist der beiden Fraktionen hat zwar schliesslich zu einer Einigung geführt, aber als eine organische kann sie vorläufig noch nicht bezeichnet werden. Zu gleicher Zeit hat sich ausserhalb des Rahmens der Partei und in gewissem Gegensatz zu ihr die syndikalistische Konföderation der Arbeit gebildet, die bereits weite Arbeiterkreise zu ihrer Anhängerschaft zählt. Diese politische Zerrissenheit der französischen Arbeiterklasse ist das Erbe der stürmischen und wechsellvollen Geschichte der bürgerlichen Demokratie Frankreichs. Es war das politische Banner der bürgerlichen Demokratie, unter dem das Proletariat Frankreichs seine revolutionären Schlachten lieferte. Nicht nur in der Grossen Revolution und in der von 1830, sondern auch in den Junitagen des Jahres 1848 und bis zu einem gewissen Grade selbst in den Tagen der Kommune musste es noch immer zu den Formeln des kleinbürgerlichen Idealismus greifen, so oft es seinen Klasseninteressen Ausdruck verleihen wollte. Die jakobinische Demokratie hatte die Arbeiterviertel durch die kriegerischen Traditionen, durch die Ueberlieferungen der Barrikaden an sich gefesselt — und sie hielt die Seele des Proletariats noch in ihrem Zauber, als bereits die bürgerlichen Ideale Fiasko erlitten und die bürgerlichen Losungen sich zu toten Worten verwandelt hatten. Ja, im Grunde genommen, werden erst heute, mehr als hundert Jahre nach dem Konvent, von dem „jakobinischen“ Ministerium Clémenceau, das vor der Pariser Börse Wache hält und den russischen Zaren mit den zur Ausrottung der Jakobiner Persiens nötigen Summen versieht, die letzten Reste aus der Hinterlassenschaft der Grossen Revolution abgetragen. Und auf der anderen Seite ist der französische Syndikalismus, ein wie verzerrtes Abbild er auch in der anarchistischen Dogmatik des Dutzends seiner Führer finden mag, dem eigentlichen Wesen nach ein Symptom der Emanzipation breiter Schichten des französischen Proletariats von der verräterischen und korrumpierten Demokratie der dritten Republik.

Die deutsche Sozialdemokratie, diese Hochburg der sozialen Revolution in dem von Bajonetten umringten Lager des Kapitalismus, stützt sich auf eine Arbeiterklasse, die an revolutionären Ueberlieferungen äusserst arm ist. Im Jahre 1848 folgten die deutschen Arbeiter ehrlich und wacker ihren demokratischen Führern unter die hohenzollernschen und habsburgischen Kugeln. Doch die bürgerliche Demokratie des XIX. Jahrhunderts besass nicht mehr die Fähigkeit, ihre dichte Schale von Stumpfheit, Feigheit und Eigennutz zu zertrümmern und sich zu der Höhe der nationalen Hegemonie aufzuschwingen. Nur die junge Generation des Kleinbürgertums, die Wiener Studentenschaft, trug kein Bedenken, sich offen auf das rebellische Proletariat zu stützen; selbstverständlich aber konnte dieser Bund für die politische Ohnmacht der bürgerlichen Demokratie keinen vollwertigen Ersatz bieten. Die Revolution brach auf halbem Wege ab und die Bourgeoisie legte ihre historische Mission vertrauensvoll in die Hände Bismarcks. Ihr linker Flügel in der Person der Freisinnigen lehnte sich damals zwar gegen die nationalliberale Entartung auf — aber nur, um vier Jahrzehnte später endlich in Bülow seinen natürlichen Führer zu finden. Die Tyrannei der kapitalistischen Entwicklung äusserte sich in dem Geschick der Demokratie diesseits wie jenseits des Rheins mit gleicher Schonungslosigkeit, wenn auch in verschiedener Form. Dort schafft sie sich selbst ihre Regierung aus Emporkömmlingen und Glücksrittern, stolz auf ihren plebejischen Stammbaum: Journalisten, Advokaten und Renegaten des Sozialismus. Hier stösst sie jubelnd ins Horn, so oft es einem der Börseaner gelingt, die heilige Schwelle zu überschreiten, hinter der die Geschichte gemacht wird. Dort ist sie die unbeschränkte Herrin in den Palästen der Bourbonen; hier — nur ein Gast in der Gesindestube des ostelbischen Krautjunkers. Aber dort wie hier steht sie im Dienste des Finanzkapitals, des Militarismus, der Kolonialpolitik und der kapitalistischen Reaktion.

Der deutsche Sozialismus hatte in ungleich geringerem Masse als der französische

gegen die zähe Hartnäckigkeit der demokratischen Illusionen anzukämpfen. Mit fast automatischer Regelmässigkeit eroberte er die Arbeitermassen und fügte in den schweren Jahrzehnten der Weltreaktion Stein an Stein zu dem grossartigen Gebäude der politischen und gewerkschaftlichen Demokratie.

Die Entwicklung der Sozialdemokratie in Russland stellt den dritten Typus dar: „Je weiter nach dem Osten Europas,“ schrieb 1898 der damals noch revolutionäre Struve, gleichsam in Vorahnung seiner zukünftigen Laufbahn, „um so schwächer, feiger und verworfener in politischer Beziehung wird die Bourgeoisie, um so höhere kulturelle und politische Aufgaben fallen dem Proletariat zu.“ Das deutsche Kapital brauchte immerhin die Siege Bismarcks und die Schaffung eines einigen Deutschland, ehe es in das Lager der Regierung übergang — die Prätorianer des russischen Nationalliberalismus liessen es sich an den Stolypinschen Galgen genügen. Die deutschen Kadetten kokettierten erst ein halbes Jahrhundert mit der oppositionellen Phrase, ehe sie sich die Schlinge der Blockpolitik um den Hals legten — der russische Freisinn leistet schon im dritten Jahre nach seiner Geburt der imperialistischen Politik der Gegenrevolution Vorschub. Peter von Struve, der liberale Slawophile und enragierte Deutschenfresser, hat recht: seine slawisch-russische Bourgeoisie erwies sich „schwächer, feiger und verworfener“, selbst an der deutschen gemessen. In dem tiefen Bewusstsein der eigenen Nichtigkeit rührt sie keinen Finger, um das Proletariat für sich zu gewinnen. Andererseits aber sah sich dieses letztere von vornherein einem überaus konzentrierten industriellen Kapital und einer staatlichen Gewalt gegenübergestellt, die an Konzentration in der ganzen Welt nicht ihresgleichen hat. Das russische Proletariat brauchte nicht vorerst zünftlerische Illusionen oder die politische Bevormundung der bürgerlichen Parteien abzustreifen. Diese Umstände schufen äusserst günstige Vorbedingungen für seine rasche sozialrevolutionäre Selbstbestimmung. Der wissenschaftliche Sozialismus, dieses letzte Wort des Klassenkampfes, war das erste politische Wort überhaupt, das das russische Proletariat zu hören bekam.

II. Die Intelligenz in der Partei.

Die übliche Definition der Sozialdemokratie als einer Verbindung zwischen wissenschaftlichem Sozialismus und Massenarbeiterbewegung erhält, auf Russland angewendet, einen besonders ausdrucksvollen Charakter, weil dort ursprünglich die sozialistische Doktrin ausschliesslich in breiten Kreisen der kleinbürgerlichen Jugend nistet und die Befruchtung der Arbeiterbewegung durch die Ideen des Marxismus sich zu einem komplizierten und bisweilen krankhaften Prozess der Anpassung der marxistischen Intelligenz an die Realität des Klassenkampfes gestaltet.

Die ökonomische und politische Bedeutungslosigkeit der städtischen Kleinbourgeoisie, die hiermit verbundene hervorragende revolutionäre Rolle des russischen Proletariats, die völlige Zersetzung der demokratischen Ideologie Europas und das gewaltige Anwachsen des Weltsozialismus — alle diese Faktoren taten sich zusammen, um ein Gravieren der russischen Intelligenz zu der Lehre des „Kommunistischen Manifestes“ hervorzurufen. Zu gleicher Zeit sicherten jene rein in der Klassenzugehörigkeit liegenden Vorzüge, die den „Akademikern“ eigen sind — Bildung, politische Routine, Musse —, der marxistischen Intelligenz ganz naturgemäss eine vorherrschende Stellung in der von ihr geschaffenen Partei. Die geschichtlich unvermeidliche „Vormundschaft“ der bürgerlichen Demokratie über das Proletariat gewann auf russischem Boden die eigentümliche Form der Diktatur der sozialdemokratischen Intelligenz über die Arbeitergruppen und die noch formlosen episodischen Aktionen der breiten Arbeitermassen. Selbstverständlich war es eine „wohlwollende“ Diktatur, die im grossen ganzen der Klassenselbstbestimmung des Proletariats zugute kam und nur in dem Masse geübt wurde, in dem dieses subjektiv wie objektiv einer Leitung von aussen her bedurfte. Nichtsdestoweniger aber blieb noch bis zur politischen Selbsttätigkeit der Arbeitermassen kein kleiner Weg. Ausserdem muss noch dem Umstand Rechnung getragen werden, dass die leitenden Parteiorganisationen, die, wie erwähnt, schon infolge ihrer sozialen Zusammensetzung von der „geleiteten“ Masse so verschieden waren, überdies noch von ihr durch die fast undurchdringliche spanische Wand der Konspiration getrennt wurden. Allerdings waren auf dem

letzten Parteitag zu London (1907) nicht weniger als 150.000 Arbeiter durch ihre Delegierten vertreten. Zieht man zum Vergleich den zweiten Parteitag (1903) heran, bei dem nur die Vertreter der Parteikomitees figurierten, das heisst fast ausschliesslich aus Intellektuellen bestehender Gruppen von fünf bis sieben Personen, so können wir sehen, welch gewaltigen Schritt nach vorwärts die Partei in diesem Zeitraum von vier Jahren gemacht hat. Es wäre jedoch durchaus falsch, wenn man sich das Verhältnis unseres Parteitages zu der Partei so denken wollte wie bei der deutschen Sozialdemokratie. Unser organisatorischer Ueberbau, in dem die sogenannten „Berufsrevolutionäre“ eine so hervorragende Bedeutung haben, besitzt seine eigene abgeschlossene Welt von ideellen Interessen, die als psychologisches Material vielleicht sehr lehrreich, aber auf dem politischen Markt häufig absolut wertlos sind. Während in dem oberen von der Intelligenz besetzten Stockwerk, wo die politische Ideologie den Ausschlag gibt, Ideenkämpfe ausgefochten und Gruppierungen je nach der Auslegung des Marxismus und der Vorausbestimmung der künftigen Schicksale der Revolution geschaffen werden, geht unten, in den mit der Partei zusammenhängenden Massen, der theoretisch viel primitivere, aber historisch bei weitem inhaltsreichere Prozess der Klassenselbstbestimmung vor sich. In den Perioden revolutionärer Flut ordnen diese Massen ihren organisatorischen Ueberbau sich vollkommen unter, indem sie alle politisch lebensfähigen Elemente aus seiner Mitte absorbieren und sie zwingen, sich den breiten und freien Formen des revolutionären Kampfes anzupassen. Doch in Perioden politischer Windstille geht der Zusammenhang zwischen Parteiorganisation und Masse verloren — und die Partei, das heisst ihre „oberen Zehntausend“ (oder Zehnhundert), gerät wieder in den verzauberten Kreis der Intellektuellerlebnisse.

Im Endresultat konnte der Ueberfluss an sozialistischer Intelligenz das Wachstum der politischen Selbständigkeit des Proletariats nur beschleunigen. Aber in einzelnen Perioden spielten und spielen die Methoden der Diktatur der Intelligenz eine äusserst negative Rolle, indem sie bald die überlebten organisatorischen Beziehungen künstlich konservieren, bald die Bewegung in sektenartige Gruppen und Fraktionen spalten.

Nach ihrer Stellung, ihren sozialen Verbindungen und endlich nach den Quellen der materiellen Mittel für ihre politische Agitation erschien die marxistische Intelligenz nur als der linke Flügel der bürgerlichen Gesellschaft. In steter Abhängigkeit von dieser bürgerlichen Gesellschaft fürchtete sie mehr als alles andere, in derselben aufzugehen. Sie fühlte den Mangel einer wirklichen Kontrolle durch irgend eine Klassenorganisation und stellte sich daher unter die ideologische Kontrolle der sozialistischen Doktrin. Daher jene ausserordentliche, durchaus selbständige Bedeutung, welche der Marxismus in ihrem Leben errang. Die Lassallesche „Idee“ des vierten Standes fand nirgends eine so vollendete mystische Inkarnation wie in dem theoretischen Gewissen des russischen Marxisten. Je nach den äusseren Umständen war er in gleicher Weise fähig, bald in sich voller Hochmut das absolute Bewusstsein des Proletariats zu erblicken, bald in Erkenntnis der tiefen Kluft, die zwischen diesem „Bewusstsein“ und dem realen Dasein der Arbeitermassen besteht, verzweifelt die Hände zu ringen. Zwischen diesen beiden Extremen, die übrigens leicht ineinander übergehen: nämlich dem ideologischen Hochmut und der Selbsterniedrigung des Intellektuellen, spielt sich in Wirklichkeit die ganze ideologische Geschichte der russischen Sozialdemokratie in allen ihren Strömungen und Schattierungen ab. Während jener den Schwierigkeiten und Widersprüchen des lebendigen geschichtlichen Prozesses eine fertige Formel entgegenstellt, ist diese im Gegenteil bereit, die Partei in den Arbeitermassen auf jedem gegebenen Niveau deren Entwicklung aufgehen zu lassen. In diesem gemeinsamen Rahmen bildeten und vertieften sich die Gegensätze zwischen den beiden Fraktionen, deren unversöhnlicher Kampf im Laufe der letzten fünf Jahre das Kollektivbewusstsein der Partei in Fesseln hielt.

III. Die Minderheitsfraktion (die Menschewiks).

Was ursprünglich der Fraktion der Menschewiks Einheit verlieh, war der Kampf um freiere und weitere Formen des Parteilebens, entgegen dem in der vorausgegangenen Periode geltend gewordenen mechanischen Zentralismus, der den Prozess der politischen Selbstbestimmung der Massen durch das heilsame Ermessen des Zentrals

komitees ersetzen zu können hoffte. Die oppositionelle Stellung der Menschewiks in der Partei machte sie empfänglicher für die lebendigen Bedürfnisse der Bewegung und stiess sie auf den Weg der Kritik und der Suche nach „neuen Wegen“. Um was es sich auch handeln mochte: ob um die Teilnahme von Arbeiterdelegierten an einer Regierungskommission, oder um die Schaffung von parteilosen Massenorganisationen (Gewerkschaften, Arbeiterdelegiertenrat, Bildungsvereine und ähnliche), oder um die Wahlkampagne — überall offenbarten die Menschewiks in ihrem Bestreben, die Partei aus den engen Verhältnissen des Zirkelsektierertums herauszureissen, ohne Zweifel bei weitem grössere Feinfühligkeit, Initiative und Unabhängigkeit von der revolutionären Routine und der Formenstrenge, als ihre Gegner, die Bolschewiks. Zugleich damit jedoch brachten sie in sich jene Eigenschaften zu immer grösserer Reife, welche sie nicht nur verhinderten, die Partei auf breiteren Anfängen zu verschmelzen, sondern allmählich sie selbst zu dem Ferment der Zersetzung ebenderselben Partei umwandeln. Da sie auf dem Wege zu jedem neuen taktischen Schritt den natürlichen Konservatismus der Organisation zu überwinden hatten, gelangten sie schliesslich dazu, die Partei als eine äussere und in gewissem Sinne ihnen feindliche Gewalt zu betrachten. Die revolutionäre Rolle der Organisation Gapons, der Arbeiterkommission des Senators Schidlowsky und endlich des parteilosen Arbeiterdelegiertenrates bestärkte sie noch mehr in dieser Anschauung. Indem sie sich zu diesem Parteipatriotismus etwa in derselben Weise stellen, wie die Sozialdemokratie zu dem offiziellen Patriotismus der herrschenden Klassen, setzen sie der realen Partei die eigene Spekulation entgegen, die sich jedoch keineswegs durch Ueberspringung der natürlichen Phasen der Parteientwicklung verwirklichen lässt. Hiergegen steht fest, dass, wenn die russische Sozialdemokratie die parteilosen Massenorganisationen in ganz vorzüglicher Weise auszunutzen wusste, dies ausschliesslich dem Umstande zu verdanken ist, dass sie selbst stets das innere ideelle Band zu erhalten bestrebt war, das sie vor dem Aufgehen in die revolutionäre Allgemeinheit bewahrte.

Noch verhängnisvoller war die Richtung, die die Entwicklung des Menschewismus auf politischem Gebiet annahm.

Die Aussöhnung zwischen ihren sozialistischen Pflichten und der Rolle als äusserste Linke in der „bürgerlichen“ Revolution glückte den Menschewiks nicht. Als Partei des entschiedenen Kampfes müsse die Sozialdemokratie darnach trachten, „die Revolution bis zu ihrem Ende zu führen“.

Als sozialistische Partei aber könne und dürfe sie nicht nach der revolutionären Macht streben. Die Nachfolgerin des Zarismus könne nur die revolutionäre bürgerliche Demokratie werden. Da aber eine solche nicht vorhanden ist, bleibt nichts übrig, als sie auszuklügeln. Daher die Idealisierung der Kadetten, die übertriebene Wertschätzung ihrer geschichtlichen Rolle, der Optimismus hinsichtlich ihrer Zukunft, und als weitere Schlussfolgerung — das Bemühen, die Taktik und die Losungen des Proletariats der Taktik der liberalen Opposition anzupassen.* Wir sehen somit, dass es nicht so sehr das Jagen nach praktischen Erfolgen ist, wodurch die Menschewiks zu politischen Selbsteinschränkungen getrieben werden, als vielmehr die Furcht vor den Gefahren, welche der Selbständigkeit des Proletariats aus seiner Hegemonie in der bürgerlichen Revolution erwachsen könnten. Ohne zwar den Prinzipien der marxistischen Methode untreu zu werden, bedienen sie sich doch ihrer nicht zur Aufdeckung der realen Möglichkeiten des Klassenkampfes in dem Masse, wie sie vor dem Proletariat erstehen, sondern zur Aufsuchung von Schwierigkeiten, Hindernissen und Gefahren. Unter ihrer Analyse verwandelt sich die Revolution in eine Musterkollekte politischer Versuchungen. Die ängstliche Behütung der „Selbständigkeit“ des Proletariats bringt sie schliesslich zu dem Kampf wider die Logik der Klassenentwicklung der Revolution. Ein tragischer Kampf! Die Konsequentesten unter ihnen gelangen zu der Schlussfolgerung, dass für „die wahre menschewistische Taktik“ in dem „Tumel der Revolution“ überhaupt kein Platz sei. Diese letzteren halten die Spaltung der Partei für unvermeidlich und erwünscht und träumen von einer sozialistischen Sekte der „Wahren“ als der einzigen Zuflucht-

* Siehe „Neue Zeit“, Nr. 48 (1908): N. Trotzky: „Das Proletariat und die russische Revolution.“

stätte vor den jakobinischen Versuchungen. Auf der einen Seite die kolossale Organisation der Massen, die als Ergebnis des gestadelosen „Arbeitertages“ die Intellektuellen-Sozialdemokratie mit allen ihren „Gebrechen“ verschlingen soll, und auf der anderen die Sekte der wahren Sozialisten, getrennt durch eine stachelige Hecke von allen Ketzern, insbesondere aber den Kantianern und den Machisten — das ist der gewaltige Raum, auf dem die Menschewiks unter den Stößen ihrer inneren Widersprüche hin- und herpendeln.

IV. Die Mehrheitsfraktion (die Bolschewiks).

Der Bolschewismus hat bis heute ebensowenig die Fähigkeit an den Tag gelegt, die Partei unter seinem Banner zusammenzuschweissen. Allerdings ist er seit 1903 ganz gewaltig gewachsen, jedoch nicht auf Kosten der anderen Richtung. Beide entwickeln sich durchaus parallel, indem sie teilweise an den gegenseitigen Misserfolgen Nahrung fanden, teilweise einander ergänzten. Der ursprüngliche psychologische Sauerteig ist bei den Bolschewiks derselbe gewesen wie bei den Menschewiks: nämlich die Furcht der marxistischen Intelligenz, von der historischen Entwicklung absorbiert zu werden. Während aber die Menschewiks sich in dem phantastischen Traum wiegten, mit einem Sprung über den Kopf der sich real entwickelnden Partei den rettenden Strudel der proletarischen Massen erreichen zu können, richtete der Bolschewismus im Gegenteil seine gesamten Hoffnungen auf die streng zentralistische Organisation, die die Klassenentwicklung des Proletariats unter ihre wachsamen Kontrolle nehmen sollte. Der organisatorisch-politischen Zerfahrenheit ihrer Gegner setzen die Bolschewiks die Formenstrenge entgegen, die in der Sphäre der Organisation Kastenabgeschlossenheit und Sektiererargwohn schafft und auf dem Gebiet der Politik nur allzuoft zu pseudoradikaler „Enthaltung“, „Boycott“ und anderen Formen des revolutionären Absentismus führt. Wie grosser Mühe bedurfte es, ehe die Bolschewiks sich dazu aufzuraffen vermochten, auch nur teilweise ihr Misstrauen abzulegen gegenüber den gewerkschaftlichen Verbänden, Genossenschaften, Bildungsvereinen und den anderen parteilosen Organisationen der revolutionären Selbstbetätigung! Das klassische Beispiel für den sektiererischen Charakter ihrer Politik ist und bleibt das misslungene Experiment, den Petersburger Arbeiterdelegiertenrat in der rein formalen Frage der unverzüglichen „Anerkennung“ des sozialdemokratischen Programms zur Spaltung zu bringen.

Aller Schmiegsamkeit und Initiative bar, ignorierte der Bolschewismus hartnäckig die realen taktischen Möglichkeiten, indem er es versuchte, die politischen Erfahrungen der Masse durch die „schonungslose“ Polemik in der Parteipresse zu ersetzen. Dem westeuropäischen Sozialisten würde die gewaltige Bedeutung vollkommen unverstänlich bleiben, die von den Bolschewiks den abstraktesten Diskussionen und Resolutionen über solche Themen beigemessen wird, wie zum Beispiel „Der Charakter unserer Revolution“ oder „die Klassenaufgaben des Proletariats“. Die Aufforderung, den Boden der soziologischen Debattiererei zu verlassen und eine gemeinsame Formel für die auf der Tagesordnung stehenden politischen Taten zu finden, wird von ihnen als der prinzipienloseste Opportunismus gegeißelt. Unter solchen Bedingungen war und bleibt teilweise die Entwicklung des Bolschewismus nicht sowohl ein organisches Hineinwachsen in die Klassenbewegung, als vielmehr eine Auslese von Gesinnungsgenossen aus der Mitte der Intelligenz und der Arbeiterschaft. Es darf indes nicht ausseracht gelassen werden, dass der Konservatismus der Bolschewiks nicht nur ihnen selbst unter den widrigsten Verhältnissen dazu verhalf, den Zusammenhang innerhalb der eigenen Fraktion aufrechtzuerhalten, sondern es auch ermöglichte, bis zu einem gewissen Grade den organisatorischen Apparat der ganzen Partei zu retten, als die Periode der politischen Ebbe, der Flucht der Intelligenz und der pessimistisch-gegenstandslosen Kritik der Menschewiks begann. Schon darin allein liegt ihr grosses Verdienst.

V. Der Kampf der Fraktionen.

Aus unserer Charakteristik der beiden Fraktionen kann man mit Klarheit ersehen, dass es durchaus unangebracht ist, sie mit dem reformistischen, beziehungsweise sozialrevolutionären Flügel der deutschen Sozialdemokratie zu identifizieren — was in unserer

innerparteilichen Polemik, die die ganze Weltentwicklung unter dem Gesichtswinkel des Bolschewismus und Menschewismus zu betrachten geneigt ist, mit so grosser Vorliebe getan wird. Die Ursachen, die diese beiden Strömungen erzeugt haben, sind ihrem ganzen Wesen nach zu den Bedingungen der „ursprünglichen Akkumulation“ der Parteierfahrung zu rechnen — das heisst zu einer Periode, die in Westeuropa längst der Vergangenheit angehört. Dass diese Bedingungen eine Barbarei der Kampftart nicht nur in der Oekonomie, sondern auch in der Politik zur Folge haben, wird der westeuropäische Sozialdemokrat gern zugeben, wenn er sich nur die Geschichte des Kampfes zwischen den Eisenachern und den Lassalleanern ins Gedächtnis zurückruft. Aus Gerechtigkeitsgründen muss jedoch anerkannt werden, dass, so oft auch unsere Fraktionen in ihrer Zwietracht aufeinanderstiessen, niemals jener Grad der Erbitterung der Kampfgruppen wahrgenommen wurde, der das Leben der deutschen Sozialdemokratie bis zum Einigungstag von Gotha so sehr verdüsterte. Selbstverständlich haben wir dies nicht irgendwelchen geheimnisvollen Eigenschaften unseres nationalen Geistes zu verdanken, sondern der bei weitem geringeren Spannweite unserer Meinungsverschiedenheiten: Die deutsche Sozialdemokratie überwand so manchen Aberglauben, in den wir zu verfallen daher nicht mehr nötig hatten.....

Das rasche Tempo der Entwicklung der russischen Sozialdemokratie — eine Folge der nationalen und internationalen Bedingungen — weist indes die offenbare Tendenz auf, die Fraktionen des Kindesalters unserer Partei in die typischen Strömungen des europäischen Sozialismus zu verwandeln. Dies Bestreben wird natürlich keineswegs durch die Tatsache beeinträchtigt, dass sowohl die Bolschewiks als auch die Menschewiks auf dem Boden des Marxismus stehen. Der Revisionismus als „Doktrin“ ist zu gründlich kompromittiert, als dass irgend eine neue Strömung im europäischen Sozialismus den Mut finden könnte, ihr Geschick mit dem seinen zu verknüpfen. Man muss aber schon ein unverbesserlicher Idealist sein, um glauben zu können, dass es die Kritik der marxistischen Lehre sei, die den Opportunismus geboren habe — und nicht umgekehrt. Und es wäre überaus naiv, anzunehmen, dass der Opportunismus — inwieweit er sich unvermeidlich aus der Zersplitterung des Klassenkampfes in dem Prozess seiner Anpassung an den Parlamentarismus, die gewerkschaftliche und die genossenschaftliche Methode u. s. w. ergibt — unter dem ideologischen Schutzmantel des Marxismus keinen Platz finden werde. Inwiefern eine feste theoretische Tradition unserem Opportunismus nicht gestattet, auf jede taktische Philosophie überhaupt zu verzichten, läuft seine Aufgabe unter den russischen Bedingungen nicht auf eine Kritik, sondern auf eine Erklärung des Marxismus hinaus. Auf dem Wege der Auslegung lassen sich aber, wie die Erfahrung lehrt, keine schlechteren Resultate erzielen, wie auf dem Wege der Kritik..... Und nun, während Bernstein und andere aus dem Marxismus durch einen operativen Eingriff nicht mehr und nicht minder als die Dialektik, das heisst sein Nervensystem, entfernen wollten, in der Anschauung, dass sie ein rudimentäres Organ sei, etwa wie der Blinddarm beim Menschen, erblicken im Gegenteil einige russische Interpreten gerade in der Dialektik eine unerschöpfliche Quelle opportunistischer Offenbarungen. Je nach ihrem jeweiligen Wunsche strecken sie dieselbe in die Länge und in die Breite, winden sie um den Finger oder knüpfen sie zu einer Schlinge, gerade als hätten sie ein Stück Guttapercha vor sich. Wie die bei Dietz erschienene Broschüre Tscherewanins zeigt, haben sich einige Menschewiks auf dem Boden der Kritik des Klassenkampfes als der bewegenden Kraft der Revolution zu Opportunisten reinsten Wassers entwickelt, und nur die Ironie des Schicksals, die sie zu „Marxisten“ machte, lässt sie in staunende Entrüstung ausbrechen, wenn die liberale Presse voller Entzücken ihre realistische Denkweise begrüsst.

Wie geartet auch immer die ewig wechselnden Meinungsdivergenzen der beiden Fraktionen sein mögen, sind sich diese letzteren doch in der Hinsicht durchaus gleich, dass sie mit dem nämlichen selbstmörderischen Starrsinn in ihren gegenseitigen Beziehungen die Methode des Klassenkampfes zur Anwendung bringen — selbstverständlich in karikiertester Gestalt. Der Parteitag sinkt durch ihr Benehmen zu der Parodie eines bürgerlichen Parlaments herab. Die Fraktion, die ein Uebergewicht von nur wenigen Stimmen besitzt, drückt ihre Beschlüsse durch und reisst die „Macht“ an sich. Die unterlegene Seite hisst die Fahne der Opposition. Die Partei wird von ihr nunmehr in

derselben Weise behandelt wie der Staat. In ihrer Eigenschaft als konsequente und unversöhnliche Opposition gibt sich die unterlegene Seite zu keinerlei Vereinbarungen mit dem „Feinde“ her. Offen oder halb maskiert boykottiert sie seine Institutionen, klammert sich schadenfroh an seine Misserfolge und Fehlgriffe — und bereitet sich so die Majorität für den nächsten Parteitag vor. Sie erhält diese Majorität, um nun ihrerseits das Schicksal des eben gestürzten Gegners zu erleiden. Jetzt ist die Reihe an ihr, die Pfeile der offiziellen Entrüstung gegen Boykott und Obstruktion zu richten, mit deren Hilfe sie soeben erst sich selbst den Weg zur Herrschaft geebnet hatte.

Nur unter dem Zwang der Ereignisse und der unmittelbaren Einwirkung der Massen vermochten es jedesmal die Fraktionen, das Beharrungsvermögen ihrer zentrifugalen Bewegung zu überwinden. Sich selbst aber überlassen, sind sie vollkommen unfähig, den Kampf um die eigene ideelle Hegemonie innerhalb der Partei dort zurücktreten zu lassen, wo diese mit Notwendigkeit als Ganzes auftreten müsste. Fanatische Verfechter der Prinzipien des Marxismus, ignorieren sie dennoch nur allzuoft eines seiner wichtigsten Prinzipien: die Einheit des Klassenkampfes.

Die Gesamtheit aller dieser Erscheinungen lässt uns zu dem Schlusse gelangen, dass wie der Bolschewismus, so auch der Menschiwismus als Fraktionen sich längst überlebt haben und dass die Elemente der Arbeiterpartei durch sie in ihrer freien Entwicklung gehemmt werden. Alle Strömungen und Schattierungen des Parteigedankens werden künstlich in zwei historisch gebildete Organisationsformen gepresst. Während ernste und fortschrittliche Meinungsverschiedenheiten im Namen der Einheit der Fraktion unterdrückt werden, sucht man mit aller Sorgfalt, nichtige und abgelebte Meinungsverschiedenheiten im Namen der Selbsterhaltung der Fraktion weiter zu kultivieren. Die organisatorische Isoliertheit erhebt die zwei in jeder Frage vorhandenen Taktikarten zur Norm, noch mehr: zum Gebot der Fraktionsehre. Mit Hilfe der im Westen unbekanntenen autokratischen Hegemonie der illegalen Organisation wird den Parteimitgliedern eine Disziplin aufgezwungen, die nicht durch die Bedürfnisse der Arbeiterbewegung diktiert ist, sondern durch die künstlichen Interessen zweier miteinander konkurrierender Gruppen der marxistischen Intelligenz. Die Fraktionsroutine ist der konservativste Faktor der Parteientwicklung geworden. Sie muss zertrümmert werden, weil es sonst für uns kein Vorwärts gibt.

VI. Am Scheideweg.

Zurzeit vollzieht sich in der russischen Sozialdemokratie eine tiefe innere Krise, deren schwerste Periode indes bereits hinter uns liegt. Zwei Tatsachen, zwar von völlig ungleicher historischer Bedeutung, jedoch in gleichem Masse durch den Gang der Revolution hervorgerufen, liegen dieser Parteikrise zugrunde: erstens die Verminderung der politischen Aktivität der Arbeitermassen, zweitens die epidemieartige Flucht der marxistischen Intelligenz aus den Reihen der Partei.

Den Höhepunkt ihrer Macht erreichte die russische Sozialdemokratie Ende 1905. Unumschränkt herrschte sie damals in den Arbeitervierteln, in den Volksversammlungen und auf der revolutionären Strasse. Die Arbeiterdelegiertenräte, die nicht weniger als eine Million Arbeiter in dem ganzen Lande vereinigten, stellten nichts anderes dar als den organisatorischen Apparat des politischen Einflusses der Sozialdemokratie. Unsere Zeitungen in den beiden Hauptstädten zählten nicht weniger als 300.000 Abonnenten, ein reiches Netz von Parteiorganen überzog das ganze Land. Die Türen und Fenster des revolutionären „unterirdischen“ Verstecks hatten sich sperrangelweit geöffnet. Die Parteiorganisation trat sofort unter die Kontrolle der Massen. In der gespannten Atmosphäre der revolutionären Ereignisse vollzog sich rastlos und schnell die natürliche Auslese der Geeigneten: die Gepflogenheiten der Fraktionspolitik fanden keinen Boden für ihre Anwendung, die Massen hoben neue Führer auf den Schild, viele Elemente der Parteihierarchie sahen sich zur Disposition gestellt. Während ganze Fabriken und Industriewerke in die Partei eingereiht wurden und die sozialdemokratische Presse sich zum Gravitationszentrum für die breiten Kreise der revolutionären Intelligenz verwandelte, fühlte sich die alte „Bureaukratie“ der Partei, insbesondere aber ihre mittleren Reihen, auf deren Schultern die unmittelbaren Schwierigkeiten der illegalen Arbeit zu liegen

kamen, bei dem grossen Fest der Revolution zu kurz gekommen. Der Unmut über die eigene Ohnmacht ging naturgemäss in Unmut über die allgemeine Richtung der revolutionären Politik über. Nach der Dezemberriederlage aber verwandelte sich dieser psychologisch verständliche Unmut in die erbitterte Kritik der Revolution als Ganzes. Jetzt wusste jeder irgend einen „Hauptfehler“, und viele wussten ausserdem noch nachträglich ein Rettungsrezept. Die offene Existenz der Partei wird unmöglich; von der früheren revolutionären Begeisterung für die illegalen Formen der Tätigkeit ist aber keine Spur mehr übrig geblieben. Nun tauchen allerlei Pläne auf: von einem rettenden Arbeitertag, von einem Arbeiterverband, der eine Million Mitglieder umfassen soll u. s. w. Die weiteren Misserfolge der Revolution töten ganz und gar die Sympathien der radikalen Intelligenz mit den revolutionären Arbeitern, der Zufluss von Mitteln aus den Kreisen der Bourgeoisie hört auf, der Zerfall der alten Parteiorganisation vollzieht sich mit unheimlicher Raschheit.

Dieser Prozess wickelt sich parallel und in engster Verbindung mit der Verminderung der politischen Aktivität des Proletariats ab. Die sozialistischen Arbeiter, die im Laufe der Revolution die Vormundschaft der Intelligenz entbehren lernten und in den Delegiertenräten die Leitung ihrer Geschäfte in die eigenen Hände zu nehmen wussten, fielen nach den Niederlagen von neuem in die alte organisationelle Abhängigkeit von der in zwei Lager geschiedenen Kaste der „Berufsrevolutionäre“. Ganz naturgemäss ist es daher, wenn viele, und dies die tätigesten proletarischen Elemente, von der Partei weg zu den legalen gewerkschaftlichen Verbänden, Genossenschaften und Bildungsvereinen übergingen. Hier hofften sie das Feld für eine selbständige, ausgedehnte Tätigkeit zu finden. In der ersten Zeit wurden ihre Hoffnungen wohl erfüllt. Die im Jahre 1906 eingetretene relative „Beruhigung“ schuf die nötigen Bedingungen für das Hervortreten der ökonomischen Bedürfnisse des Landes. Die Industrie, insbesondere die Textilbranche, zeigte Merkmale von Wiederbelebung, der Zufluss von ausländischen Kapitalien stieg, die ökonomischen Streiks nahmen aufs neue epidemischen Charakter an und die Gewerkschaften wuchsen mit erstaunlicher Geschwindigkeit. Dass diese unter den russischen Bedingungen im Grunde nichts anderes als eine andere organisatorische Form der proletarischen Revolutionspolitik darstellen, begriff die zarische Regierung sehr bald und wandte sich gegen die ökonomischen Kampfvereinigungen mit der ganzen Wucht ihrer Repressalien. Der Stand des Marktes sicherte dieser Politik den Erfolg. Wenn Krieg und Revolution dem russischen Staat die Möglichkeit nahmen, an der Prosperität des Weltmarktes von 1903 bis 1907 teilzunehmen, so konnte ihn nichts daran hindern, gleich nach den ersten Symptomen der Wiederbelebung aufs neue der Wirkung der anrückenden Krise zu verfallen. Der in weiter Front entfaltete Streikkampf geriet gleich nach den ersten Zusammenstössen auf den Sand, die Armee der Arbeitslosen, durch viele Tausende Opfer des Aussperrungssystems vermehrt, legte sich mit ganzer Schwere auf die schwachen Schultern der Kampforganisationen, und die Polizeirepressalien führten nur das Werk der Depression zu Ende. Die Gewerkschaften waren vor das Dilemma gestellt, entweder sich aufzulösen oder in das „unterirdische“ Versteck abzuziehen. Die Arena der legalen Tätigkeit war für die sozialistischen Arbeiter endgültig vernichtet. Die Sozialdemokratie schien sich in einer Sackgasse festgerannt zu haben. Der tote Punkt in diesem Prozess fällt in das Ende des vergangenen und den Beginn des laufenden Jahres.

Augenblicklich jedoch lassen sich nicht nur einzelne Anzeichen eines Wiedererwachens des Parteilebens konstatieren, man kann auch schon die Grundtendenz der neuen Periode in der Entwicklung der russischen Sozialdemokratie erkennen.

Der Ueberfluss an marxistischer Intelligenz schuf zahlreiche Kadres von Arbeitern, die eine ernste sozialistische Schule durchgemacht hatten. In Bezug auf die theoretische Disziplinierung seiner fortschrittlichen Schicht wird das russische Proletariat vielleicht nur von dem reichsdeutschen übertroffen. Die Ereignisse der Revolution brachten der ganzen Arbeiterklasse, insbesondere aber ihrer Avantgarde, eine unschätzbare politische Erfahrung. Die äussere „Abkühlung“ der fortschrittlichen Arbeiter gegenüber der Partei, worüber im Vorjahre von so mancher Seite geklagt wurde, hatte darin ihre Erklärung, dass sie für ihre grossgewordenen Kräfte ein breiteres Arbeitsgebiet suchten, als es

ihnen die halb zerstörten Parteizellen bieten konnten. Aus allen legalen Positionen aber verdrängt, sind jetzt die sozialdemokratischen Arbeiter von neuem gezwungen, geheime revolutionäre Organisationen zu bilden. Aus den verschiedensten Teilen des Reiches treffen immer wieder dieselben Nachrichten ein: die politische Agitation, die Leitung der Fabrikszirkel, die Einrichtung der illegalen Druckereien, die Herstellung der Aufrufe — alle diese Funktionen gehen in die Hände der Arbeiter über. Gleichzeitig macht sich die Partei auch in finanzieller Beziehung von jener erniedrigenden Abhängigkeit los, in der sie durch die geizige „Sympathie“ der liberalen Bourgeois gehalten wurde. Auf diese Weise nehmen die sozialdemokratischen Arbeiter allmählich sämtliche von der Intelligenz verlassenen Posten ein und schwingen sich zu verantwortlichen Herren ihrer eigenen Partei auf.

In gewissem Sinne lässt sich sagen, dass jetzt erst die russische Arbeiterklasse die politische Vormundschaft der bürgerlichen Demokratie — wenn auch mit marxistischer Weltanschauung — von sich abwirft. Durch eben diesen Vorgang werden die sozialistischen Akademiker auf den Platz verwiesen, den allein zu beanspruchen sie das Recht haben: aus Halbgöttern, die die historische Entwicklung leiten, verwandeln sie sich zu untergeordneten Organen der Klassenselbstbestimmung des Proletariats. Die marxistische „Theokratie“ fällt. Zugleich mit dem Sturz der Herrschaft der Intelligenz schwindet auch der stützende Grund für den ideologischen Fetischismus und das fraktionäre Sektierertum. Zugleich damit wird der Partei die Möglichkeit geboten, das reiche Erbe auszubeuten, das ihr die letzten Jahre ihres Bestehens hinterlassen haben. Vielleicht wird es nicht als nationale Ueberhebung aufgefasst werden, wenn wir der Hoffnung Raum geben, dass es der russischen Sozialdemokratie gelingen wird, die Synthese aus dem deutschen und dem französischen Typus zu bilden: die Verbindung von ernster theoretischer Schulung, Mannigfaltigkeit und Reichtum mit der nie verblässenden revolutionären Tradition.

Hans Deutsch: Kartelle und Korruption

In seinem natürlichen Streben kann das Kapital eines nicht entraten: des Menschen. Will es sich vermehren, so muss es menschliche Arbeitskräfte in Anspruch nehmen und häufig als störend empfinden, dass diese dem ganzen Prozess nicht objektiv gegenüberstehen, sondern ihre eigenen Interessen erkennen und verfechten. So entstehen unliebsame Hemmungen und Ablenkungen in jenem Kreislauf, der als der natürliche dem Kapital erscheinen muss. Wie schön wäre das Profitmachen, wenn es jene nicht gäbe, von welchen die Profite stammen: die Arbeiter!

Aehnliche Erscheinungen treten nun zutage, sobald auf einer höheren Stufe der Entwicklung der Kapitalist nicht mehr selbst die Anwendung seines Kapitals leitet, diese Leitung vielmehr auf andere Personen überträgt, sobald Aktienbanken und Aktienfabriken entstehen und auch andere Formen der Trennung des Kapitalisten von seinem Kapital sich durchsetzen. Bisher unternahm der Fabrikant selbst alle entscheidenden Handlungen für sein Kapital, er kaufte das Rohmaterial, kontrollierte die Produktionskosten und leitete den Verkauf der erzeugten Waren. Bisher verkehrte der Bankier selbst mit seinen Kunden und leitete die Börsenoperationen. Wo ein tüchtiger, alles überblickender Unternehmer an der Spitze steht, haben alle Arbeiter fast den gleichen wirtschaftlichen Charakter, vom Tagelöhner bis zum Direktor: sie alle ziehen gleichmässig am Strange des Unternehmers. Wird aber das Unternehmen so gross, dass der Kapitalist es nicht mehr allein leiten kann, treten unfähige Erben an seine Stelle oder werden Aktienunternehmungen neu gegründet, so muss der Kapitalist fast seine ganze Machtbefugnis an andere Menschen abgeben. Auch diese Leute stören das Kalkül, den normalen Kreislauf des Kapitals, stören es in ganz anderer Weise, weil eben die Machtmittel des Kapitals in ihre Hand übergegangen sind. Es sind handelnde Menschen mit Talent und Energie, die besten Köpfe, die der Kapitalist zur Vertretung seiner Interessen nach unten und aussen finden konnte — bessere Köpfe, bessere Ausbeuter als die Kapitalisten selbst. Der Baron Rothschild in Wien ist ein ganz vorzüglicher, ja berühmter Photograph,

für die Wahrung seiner kapitalistischen Interessen findet er andere, besser geeignete Leute als sich selbst. Andere, kleinere Kapitalisten haben heute überhaupt nicht mehr ein Verfügungsrecht über die Ausnützung ihres Kapitals, sondern mussten sich dieses Rechtes zugunsten der Banken und damit der Bankdirektoren begeben, deren Person so zum Brennpunkt der Macht von Kapitalien wird, die sie nicht besitzen. Es zeigt sich hier wieder einer der inneren Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft: das Interesse der Kapitalisten, der Aktionäre der Fabriken und Banken verlangt erste Kräfte an der Spitze der Unternehmungen, aber diese Persönlichkeiten sind stark genug, sich der Machtmittel des Kapitals gegen die Kapitalisten selbst zu bedienen. So wird der Auftraggeber häufig zum Spielball in der Hand des Beauftragten und kann ihn doch nicht entbehren.

In einer kapitalistischen Gesellschaft muss nun ein solches Missverhältnis seine Konsequenzen auf dem Gebiet der Kapitalsverteilung haben. Kleine, mittlere, selbst grosse Vermögen entstammen daraus. Von dem grossen Bankdirektor, der seine geschäftlichen Informationen zu privaten Börsenspekulationen benutzt und umgekehrt seine geschäftlichen Handlungen nach seinen privaten Manövern richtet, bis zum Betriebsleiter, der „Prozente“ nimmt, geht eine ganze Stufenleiter der „Korruption“, der Ablenkung kleiner Goldbäche in fremde Ufer.

In einer kapitalistischen Gesellschaft ist aber auch die Verwaltung, sind Staat und Gemeinde kapitalistisch verseucht. Auch hier ist die Macht an Personen übertragen und diese haben ebenfalls ihre Sonderinteressen. Die Summen, die durch ihre Hände fliessen, brauchen für das Land oder die Gemeinde gar nicht ausgesprochenen Kapitalcharakter zu haben — man denke an Einrichtungen der Wohlfahrtspflege — für den Besitzer der Macht können sie zum Mittel der Kapitalsanhäufung werden. Die Verwaltung ist wohl von den herrschenden Klassen eingesetzt, um deren Interesse zu wahren, aber wieder kann eine Ausnützung der übertragenen Macht gegen die Auftraggeber stattfinden.

Diese Verhältnisse ändern sich, sobald das Kapital sich konzentriert, die Unternehmungen sich verschmelzen, Kartelle und Trusts sich bilden. Schon während dieser Vorgänge ist das sehr deutlich zu bemerken. Sie finden häufig einen energischen Widerstand an dem Interesse der Leiter der einzelnen Unternehmungen, an Macht und Stellung nichts einzubüssen. Und schliesslich vermag die für das Kapital vorteilhafte Entwicklung sich oft nur deshalb durchzusetzen, weil die Direktoren über die Teilung der Macht einig werden oder weil das für das Kapital Zweckmässige mit dem Interesse des Stärksten unter den Starken sich deckt, der dann Herr des Ganzen wird.

Ist aber der innere Kampf zu Ende, steht ein Machthaber, ein Wittgenstein, an der Spitze, so ändern sich auch nach aussen die Verhältnisse, vor allem das Machtverhältnis zwischen Käufer und Verkäufer auf dem Warenmarkt. Es gibt wenige Dinge, die für die Entwicklung des Wirtschaftslebens wichtiger sind als diese. Solange noch keine „Regelung der Produktion“ durch die Kartelle stattgefunden hat, schwankt dieses Machtverhältnis beständig mit der Konjunktur. In der Krise ist der Käufer mächtig, in der Hochkonjunktur der Verkäufer. Im Durchschnitt hat der Käufer doch immer die Wahl zwischen konkurrierenden Verkäufern und da das kaufende Kapital ja auch nicht anders als durch Menschen vertreten sein kann, ist hier die Gelegenheit zu einer kleinen Abschweifung vom stilgerechten Kreislauf des Kapitals gegeben — für Fabrikdirektoren sowohl als für die Herren Landesausschüsse und Stadträte. Quellen der Bereicherung springen empor.

Die Kartellgründung nun schafft die dauernde Ueberlegenheit des Verkäufers in der Sache und in den Personen. Freilich gibt es auch hier Unterschiede. Viele Kartelle haben Aussenseiter, so dass Rücksichten genommen werden müssen. Manchmal mag ein Kartell auch durch den Gedanken an die Handelspolitik freigebig gestimmt werden, die zur Beendigung seiner Herrschaft benützt werden kann. Nicht so das österreichische Eisenkartell. Kestranek verkauft nicht Waren, er teilt Gnaden aus. Seine Aussenseiter sind gleich Null und er hat die Erfahrung gemacht, dass die Zölle nicht herabgesetzt wurden, auch wenn der Herr Zentraldirektor das Ministerium anspie. Wenn alle Stricke reissen, so sitzt noch immer die ungarische Regierung im ungarischen Eisenkartell und

wird die vaterländische Industrie schützen — darauf hat ja Kestranek kürzlich selbst höhnisch hingewiesen. Schon Koerber wurde angeflegelt und der „Neuen Freien Presse“ sandte man auf sachliche Leitartikel — geschrieben mit der Präention, lauterer Gold zu sein — brüske § 19-Berichtigungen. Dies in Oesterreich, wo die „Industrie“ angeblich immer auf Hintertreppen gehen muss!

Vom Gesichtspunkt der Machtverhältnisse betrachtet, ist es der Ueberlegung wert, weshalb wohl Herr Kestranek dem ehrenwerten öffentlichen Funktionär aus Prag mit edler Gebärde die Tür wies, der gegen „Provision“ für sich und seine Freunde die Prager Wasserleitungsröhren den „deutschen“ Eisenwerken sichern wollte. Mag sein, dass er den Mann allein deshalb schon für sein Werkzeug hielt, weil er zu ihm mit solchem Antrag gekommen und so aus Schmutzerei die Bestechung sparen wollte; vielleicht hatte er Gründe, die dem Fernerstehenden nicht erkennbar sind. Wahrscheinlich ist es aber, dass er sich seiner Kartellmacht zu sicher fühlte, um es notwendig zu haben, von dem Kartellgewinn etwas abzugeben. Er hielt es wohl für ausgeschlossen, dass diese Käufer es wagen würden, mit ihren Bestellungen ins Ausland zu gehen, und dachte, wie die staatlichen Lieferungen, wie die Wiener Wasserleitungsrohre auch die Prager zu bekommen.

Unbedeutende Personen besticht man nicht gern. Vor einiger Zeit empörten sich die Pneumatikhändler gegen den Brauch, den Chauffeuren reicher Leute bei ihren Einkäufen Provisionen zu zahlen. Für das österreichische Eisenkartell haben der Herr Reichsratsabgeordnete und Prager Stadtverordnete Dr. Cernohorsky und seine Kollegen die soziale und wirtschaftliche Macht eines Chauffeurs. Dies kann sich die tschechische Bourgeoisie nicht bieten lassen und dieser merkwürdigen Motivierung werden wir es vielleicht zu danken haben, wenn ein ernsthafter Versuch zur Einschränkung der Macht des Eisenkartells unternommen wird. Ernsthaft gesprochen, nichts kennzeichnet die kapitalistische Gesellschaft deutlicher als die Tatsache, dass die Zustände am unleidlichsten, die Ausbeutung am unerträglichsten wird, wenn eine Kapitalistengruppe falsche Kosten und Korruption sich sparen kann. In der Affäre der Prager Wasserleitungsrohre ist die Spekulation des Eisenkartells fehlgeschlagen und der Wutschrei der Besiegten zeigt, dass sie wissen, worum es sich handelt. Wenn in den versprochenen Skandalprozessen Herr Kestranek eine lange Reihe von Persönlichkeiten aufmarschieren lassen kann, die Bestechungen verlangten und abgewiesen wurden, so wird man die Motive des ehrlichen Mannes nicht höher einschätzen als jene der Korrupten.

Es ist wohl nicht nötig, mit Beispielen zu belegen, dass auch Herr Kestranek in solchen Fällen, in welchen die Kartellmacht versagt, in der Wahl seiner Mittel nichts weniger als heikel ist. Wir erinnern nur an den famosen Provisionsbrief, der, auf Millionen lautend, einem obskuren Viehhändler ausgestellt wurde, der versprach, dem gemeinsamen Finanzministerium bosnische Eisenaktien billig abzujagen.

Adolf Braun: Wann soll man streiken?

Vor einer schablonenhaften Behandlung der Lohnkämpfe kann nicht genug gewarnt werden; nichts wäre verfehlter, als aus der Tatsache, dass die Unternehmer den Streik als ein unangenehmes Hindernis der Werkfortsetzung ansehen, den Schluss zu ziehen, dass die Entziehung der Arbeitskraft von den Unternehmern immer unangenehm empfunden werden müsse. Der Streik ist ein Mittel des Entzuges der Arbeitskraft, wenn bei den Unternehmern das Bedürfnis nach möglichst vielen Arbeitsleistungen besonders gross ist, wenn sie über nennenswerte Warenvorräte nicht verfügen und wenn sie innerhalb ihrer Räumlichkeiten mit den vorhandenen motorischen Kräften, Werkzeugmaschinen und anwendbarer menschlicher Arbeitskraft die sich drängenden Aufträge in den von den Bestellern geforderten kurzen Fristen nicht ausführen können. Es geht hieraus klar hervor, dass die Anwendung des Streiks nur unter ganz bestimmten wirtschaftlichen Voraussetzungen Erfolge verspricht, so dass man beim Fehlen dieser Voraussetzungen einen ungünstigen Ausgang geplanter Arbeitseinstellungen gewärtigen muss. Die Arbeiter sehen in dem Streik viel zu einseitig bloss

einen Vorteil für sich, bloss einen Nachteil für die Unternehmer. Auch das umgekehrte kann richtig sein, ist doch der Streik, wie jeder Praktiker der Gewerkschaftsbewegung, jeder Kenner des Arbeiterlebens weiss, eine zweischneidige Waffe. Man kann sie ja hier und da erfolgreich nützen, wenn man sie enthusiastisch aus der Scheide zieht und gegen den Gegner schwingt. In der Regel wird man freilich gut tun, das ganze Kampffeld, die Stellung des Gegners und seine Hilfstruppen und Hilfsmittel scharf zu überblicken und genau kennen zu lernen, bevor man das Schwert aus der Scheide zieht, was immer viel leichter ist, als es wieder ohne Scharten und ohne Schimpf zurückzustecken.

Den richtigen Zeitpunkt für die Proklamierung und Durchführung eines Streiks zu finden, ist eine der schwersten und verantwortungsvollsten Aufgaben der Gewerkschaftsleiter, aber nicht bloss an diesen liegt es, den Augenblick zu nützen, die organisierte Arbeiterschaft muss erzogen werden, die Gründe der Entschliessung beurteilen und würdigen zu können; man kann die Mitglieder der Gewerkschaft nicht nach dem Willen einzelner, noch so wohlmeinender Führer zum Kampfe stimmen noch vom Kampfe abhalten, man muss auch schon in der Entschliessung die Aktion der Masse fühlen. Dazu sie zu befähigen, ist eines der bedeutungsvollsten Bildungsprobleme der Gewerkschaften aller Länder.

Wann soll man streiken?

Die Unternehmer klagen in den Berichten der Handelskammern, dass die Arbeiter so vieles in der letzten Prosperitätsperiode erreicht haben, aber wir lassen uns nicht täuschen und wissen ganz genau, dass in der Prosperitätsperiode die Vorteile der Unternehmer unverhältnismässig grösser waren als die der Arbeiter. Die allgemeine Preissteigerung hat die Verbesserung des Geldlohnes weggefressen, während sie den gesteigerten Gewinnen der Unternehmer gegenüber nicht ins Gewicht fiel. Es scheint trotz aller Erfolge der Arbeiter während der letzten Prosperitätsperiode nicht überall die Situation vollständig ausgenützt worden zu sein. Vielfach herrschen noch vor allem zu lange Arbeitszeiten. Die Arbeiter werden häufig durch die erhöhten Löhne bestochen, es gibt noch sehr viele Arbeiter, die Ueberstunden freudig leisten, für die die Gewerkschaft weit mehr ein Mittel zur Steigerung des Geldlohnes als zur Erhöhung der gesamten Lebenslage und vor allem zur Verkürzung der Arbeitszeit ist. Es hat in der letzten Prosperitätsperiode sicherlich vielfache Anlässe und mannigfache Gelegenheiten zu einer Lohnbewegung gegeben, die deshalb nicht ausgenützt wurden, weil die Arbeiter zu bescheiden und zu zufrieden waren und weil sie sich in ihrer Genügsamkeit mit dem gegen früher etwas erhöhten Lohn vollständig zufriedengaben, vor allem, weil sie an die Verkürzung der Arbeitszeit, an die Verweigerung der Ueberstunden nicht dachten.

Es ist schon ein höheres Niveau der Arbeiterpolitik, in erster Linie die Verkürzung der Arbeitszeit im Auge zu behalten. Der Unternehmer ist in der Regel viel leichter für eine Erhöhung des Lohnes zu gewinnen als für eine Verkürzung der Arbeitszeit. Eine verkürzte Arbeitszeit kann ja vielfach durch eine stärkere Intensität der Arbeitskraft völlig ausgeglichen werden. Die Unternehmer aber, insbesondere die österreichischen, lieben nicht die Experimente, sie rechnen noch immer so, dass 60 Arbeitsstunden in der Woche genau sechzigmal mehr zutage fördern müssen, als die Arbeitskraft innerhalb einer Stunde leisten kann, sie können sich nicht denken, dass in 54 oder gar in 48 Stunden dasselbe produziert werden könnte, wozu früher von denselben „Händen“ 60 Stunden gearbeitet werden musste. Sie sagen sich weiter, eine einmal verkürzte Arbeitszeit ist nur unter ganz ausnahmsweisen Verhältnissen und nur mit besonderen Schwierigkeiten wieder zu erhöhen. Aus dieser Ueberlegung erwächst ihr schroffer, oft ganz unverständlich zäher Widerstand gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit. Die Erhöhung der Löhne dagegen, ist vielen Arbeitern ohnehin das Erwünschtere, vor allem weil sie nicht begreifen, dass die kürzeren Arbeitszeiten automatisch zur Lohnsteigerung führen. Die Lohnerhöhungen bewilligen die Unternehmer oft verhältnismässig leicht, vielfach freilich mit dem Hintergedanken, die Arbeiter um diesen Vorteil bald wieder bringen zu können. Das ist durch den Uebergang zum Akkordsystem und bei Stücklohnsystem durch eine Aenderung der Methode der Akkorde oft nur zu leicht durchzusetzen, weil die Arbeiter nur zu oft ausserstande sind, die Absichten der Unternehmer zu durchschauen und richtig zu beurteilen. Hierzu kommt noch, dass die

Unternehmer die erhöhten Lohnkosten auf die Kundschaft reichlich abzuwälzen hoffen, während sie fälschlich in der Verkürzung der Arbeitszeit eine nicht auszugleichende Schädigung erblicken, die den Abnehmern des Produktes nicht aufgebürdet werden kann. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist weit häufiger erst durch die gewerkschaftlichen Kampfmittel den Unternehmern abzurufen, während die Erhöhung der Löhne vielfach auf dem Wege der Verhandlungen durchgesetzt werden kann. In Zeiten grossen Arbeitermangels und ausgezeichneten Ganges der Geschäfte gewähren die Unternehmer oft ohne Forderungen den Arbeitern ein erhöhtes Lohneinkommen, um die Arbeiter an den Betrieb zu fesseln, um sie zufrieden zu machen, um in ihnen den Gedanken nach grösseren und anderen Forderungen gar nicht aufkommen zu lassen. Auch hieraus erklärt sich eine Reihe verpasster Gelegenheiten.

Die Frage, wann soll man streiken, muss ergänzt werden durch die weitere Frage, wo soll man streiken. Begreiflicherweise sind die Arbeiter überall unzufrieden, so dass sie an allen Orten den Wunsch haben, dass ihre Löhne wachsen, dass sie ihre Lebenshaltung verbessern können. Sicherlich ist dieses Bestreben ein durchaus berechtigtes, nur genügen leider die Mittel der Gewerkschaften nirgends und niemals, um diese Absichten überall gleichzeitig zur Tat werden zu lassen. Es gehört zu den schwierigsten und verantwortungsvollsten Aufgaben der Gewerkschaftsleiter, aus den zahlreichen Orten, in denen die Arbeiter streiken möchten, diejenigen herauszuheben, wo der Streik am notwendigsten, am aussichtsvollsten und nicht bloss für die Arbeiter des betreffenden Ortes, sondern für die Gesamtheit der Berufsgenossen am wichtigsten und dringlichsten ist. Am leichtesten sind die Streiks in der Regel zu gewinnen in einer Zeit grossen Arbeitermangels in den Grossstädten, vor allem, weil dort die Organisation in der Regel am ausgebildetsten, die Mitglieder am meisten geschult sind, die Aussichten vielfach verhältnismässig leicht vorher abzuschätzen sind. Andererseits sind die Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen zumeist gerade dort am traurigsten, wo die Organisation noch schwach und die Aussicht auf einen Erfolg der gewerkschaftlichen Kampfpolitik am geringsten ist.

Es besteht eine Gefahr, auf die bisher in der gewerkschaftlichen Literatur viel zu wenig hingewiesen wurde: Der zu starke Abstand der Lohndurchschnitte in den verschiedenen Teilen des Landes. Das hat zur Folge, dass zu dem natürlichen Zug in die Stadt ein künstlich durch die Lohndifferenzen geförderter als Steigerung hinzukommt. Hieraus erklärt sich vielfach die Tatsache, dass wir in der Industrie in den kleineren Orten bei niedrigeren Löhnen einen grossen Arbeitermangel und als Folge einen geringen Wechsel und dauernde Beschäftigung der Arbeiter, dagegen in den Grossstädten bei verhältnismässig hohen Löhnen eine starke Arbeitslosigkeit zu beobachten haben. Nun hat diese Erscheinung recht unangenehme Folgen für die Arbeiter in den Grossstädten, ihre Tagelöhne können hoch sein und ihr Jahreseinkommen doch gering. In den zahlreichen Betrieben, die kein ständiges Personal haben, finden wir einen starken Wechsel von Arbeitern, der eben durch den erheblichen Zuzug von Arbeitskräften infolge der relativ hohen Löhne erst möglich geworden ist. Wird gearbeitet, so wird verhältnismässig anständig verdient; die meisten, die arbeiten, müssen aber damit rechnen, dass sie eine Reihe von Wochen im Jahre nichts zu tun und deshalb auch keine Möglichkeit zu verdienen haben werden. Deshalb liegt es im Interesse der Arbeiter der Grossstädte, dass die kollektiven Machtmittel der Gewerkschaft, die agitatorischen, organisatorischen, vor allem aber auch die gewerkschaftlichen Kampfmittel in den Gegenden mit besonders ungünstigen Arbeitsbedingungen ausgenützt werden. Nur ein kurzsichtiger Beurteiler wird meinen, dass dies irgendwie den Arbeitern der Grossstädte schaden könnte, dass es ungerecht wäre, die von ihnen angesammelten Gelder in besonders hohem Masse für die Provinz zu verwenden. Jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf dem Lande sichert das in der Grossstadt Errungene, vermindert den Zuzug dahin und wirkt ohne jede an die Unternehmer gerichtete Forderung ganz von selbst lohnsteigernd auch für diejenigen Arbeiter, die keine Kämpfe geführt haben.

Sicherlich wurde oft die beste Gelegenheit zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen verpasst, unzweifelhaft wäre häufig der Unternehmer zu weiterem Entgegenkommen bereit, während die Arbeiter zu seinem Erstaunen gar nicht mit Forderungen hervortreten, dann

sehen wir nicht selten, dass das Mittel der Arbeitseinstellung nicht angewandt ward, wo es am dringlichsten wäre, endlich erkennen wir, dass Streiks zu ungeeigneter Zeit angekündigt und durchgeführt werden.

Die erfahrenen Gewerkschafter wissen sehr wohl, dass es Zeiten und Umstände gibt, in denen dem Unternehmer nichts erwünschter sein kann als ein Streik der Arbeiter und ganz insbesondere als ein Angriffstreik. Wenn die Lager voll sind, wenn die Bestellungen ausbleiben, wenn das verfügbare Kapital festgelegt und fremdes Geld bloss teuer zu erhalten ist, die Kauflust versiegt ist, wenn Unsicherheit die Signatur des Marktes ist, wenn man das Abwarten der nächsten Entwicklung vor jeder Entschlussfassung für notwendig hält, dann sind die Unternehmer ausserordentlich zufrieden, wenn sie ihren Betrieb vollständig ruhen lassen können, wenn sie dann ihre Maschinen reinigen und neu aufmontieren lassen, ihren Betrieb in Ordnung bringen können. Wohl haben die Unternehmer jederzeit die Möglichkeit, ihren Arbeitern ohne Begründung den Laufpass zu geben und ihre Betriebe einzustellen, aber das tun sie sehr ungerne. Das würde das Ansehen der Firma mindern, die Kreditfähigkeit schwächen, zum Entstehen aller möglichen geschäftsschädigenden Gerüchte Anlass geben, das könnte der Konkurrenz leicht zur Versuchung werden, in das Absatzgebiet der stillgelegten Fabriken einzudringen. Aber auch allgemeinere Gesichtspunkte sind da für den Unternehmer massgebend. Er muss damit rechnen, dass die ungünstige Lage seines Geschäftszweiges in gefährlicher Weise beeinflusst würde, wenn wichtige Fabriken ohne sichtbaren äusseren Anlass die Produktion einstellen würden. Die Banken, die heute mit den Industrieunternehmungen eine enge Interessengemeinschaft haben, setzen allen ihren Einfluss ein, damit sich eine Depression nicht zur Krise ausbilde, sie suchen, solange es irgend angeht, alles zu verhindern, was den Pessimismus des geldanlegenden Publikums und der Handelswelt steigern könnte. Deshalb halten viele Unternehmungen ihre Betriebe auch dann noch aufrecht, wenn sie eigentlich aus rein geschäftlichen Rücksichten bessere Zeiten abwarten und ihren Betrieb bis dahin einstellen oder stark vermindern müssten. Unter diesen Verhältnissen kommt ein Streik den Unternehmern ausserordentlich gelegen. Sie reizen die Arbeiter oft zum Streik. Sie täuschen sie häufig über ihre wirtschaftliche Lage, sie erwecken in den Arbeitern den Glauben, dass ein Streik von ihnen unbequem empfunden werden würde. Ist aber in der Zeit der Depression der Streik ausgebrochen, dann ist niemand mehr erfreut als der Unternehmer. Er hat seine Fabriken nicht aus eigenem Entschlusse schliessen können, das Entgegenkommen seiner Arbeiter gestattet ihm, scheinbar einem Zwange folgend, den Betrieb ruhen zu lassen. Seine Kunden kann er dank der reichen Warenvorräte, die durchaus nicht immer von den Arbeitern abgeschätzt werden können, befriedigen, ohne dass ihm seine Arbeiter ununterbrochen die Lücken der Lager füllen und ihn zwingen, bei Spediteuren und auf Lagerplätzen die schwer absetzbaren Produkte aufzuhäufen. All die unangenehmen Kommentare, all die oft böartigen Folgen, die ein Unternehmer zu gewärtigen hat, der aus freien Stücken seinen Betrieb einschränkt oder gar vollständig schliesst, kommen für ihn nun nicht in Betracht. Im Gegenteil, die Banken, seine sonstigen Geldgeber, die Lieferanten von Rohmaterial und Halbfabrikaten, die Konkurrenten und die Kunden, sie alle haben nun Sympathien für den armen, von den Arbeitern scheinbar hart bedrängten Unternehmer. Er hat alle Vorteile vom Ausbruch des Streiks, er kann den Streik so lange dauern lassen, wie er will, und er kann bei Beendigung des Streiks eine Reihe weiterer Vorteile ernten, während die Arbeiter wirtschaftlichen und moralischen Schaden aus einem Streik dieser Art heimbringen können. Der Unternehmer kann jede Verhandlung ablehnen, er kann einfach erklären, dass er Arbeiter erst nach einer bestimmten Zeit wieder aufnimmt, er kann eine neue Arbeitsordnung festsetzen, Arbeitszeiten und Löhne eigenmächtig bestimmen, er kann sich die Arbeiter aussuchen, die er behalten will, er kann in einer derartigen Zeit, infolge des falsch gewählten Zeitpunktes für den Streik der Arbeiter alle gewerkschaftlichen Errungenschaften vernichten, er kann auf lange Zeit hinaus die Organisierung der Arbeiter seiner Fabrik erschweren, so nicht bloss für den Augenblick, sondern auch für eine weitere Zukunft bedeutungsvollen Vorteil aus dem Streik ziehen.

Anders liegen die Verhältnisse bei einem Abwehrstreik. Hier erkennen Gläu-

biger, Konkurrenten, Lieferanten und Kunden sofort die Absicht des Unternehmers, hier kann die Gewerkschaftsorganisation mit viel grösserem Erfolg und mit erheblich besseren Aussichten den Kampf führen. Im übrigen ist der Abwehrstreik etwas den Arbeitern Aufgezwungenes, dem sie sich in der Regel nicht zu entziehen vermögen, der also zu den notwendigen und nicht verschiebbaren Kampfesaufgaben der Gewerkschaft gehört, während der Angriffstreik in einer Zeit der Depression die Verantwortlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation, ihrer Leitung und der in Betracht kommenden Arbeiter auf das höchste steigert.

Man darf auch niemals übersehen, dass der gewerkschaftliche Kampf mit einem Unternehmer immer mehr zu den Seltenheiten gehört. Die sich immer kräftiger ausbildenden Unternehmerorganisationen mit ihren scharfmacherischen Leitungen, mit ihrem Streben nach Betätigung, mit ihrer Sucht nach Revanche gegen die Gewerkschaften, nach Ausgleichung der gewerkschaftlichen Erfolge führen dazu, dass der Einzelstreik vielfach mit der Aussperrung beantwortet wird, dass also eine viel grössere Anzahl von Arbeitern, und zwar auch Berufsgenossen, die bei der Bewegung gar nicht in Rechnung gezogen wurden, in Mitleidenschaft gezogen werden. Das zu verantworten, ist insbesondere in der Zeit des wirtschaftlichen Rückganges ausserordentlich schwierig und erscheint sehr bedenklich. In der Zeit der Hochkonjunktur sehen die Unternehmer sehr gern von ihren Prinzipien ab, da suchen sie sich um die Aussperrungen zu drücken, da drohen sie mehr, als sie zur Tat wirklich bereit sind. Ganz anders ist dies natürlich in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression. Da haben die Unternehmer nichts dagegen, einmal ihre Theorien wirklich auszuprobieren, einmal den Markt zu entlasten, der Ueberproduktion ein Halt zuzurufen, da sind sie bereit, ohne erheblichen Schaden für sich den Gewerkschaften schwere Wunden beizubringen, an deren Heilung die Organisationen noch denken müssen, wenn sie in der Periode neuerlichen wirtschaftlichen Aufschwungs den Zeitpunkt für geeignet halten würden, den Unternehmern kraftvoll die Wünsche der Arbeiter vorzutragen.

Wenn die Arbeiter in Zeiten, wo der Kampf aussichtslos erscheint, einen besonderen Eifer an den Tag legen, während sie ihn häufig vermissen lassen, wo die Kampfeslust am Platz wäre, ruft dies nach einer Erklärung. Die Unzufriedenheit der Arbeiter und der Wunsch, ihre Lage zu verbessern, kommt begreiflicherweise dann am kräftigsten zum Ausdruck, wenn sich die Lage der Arbeiter zu verschlechtern beginnt, wenn an Stelle der Hochkonjunktur die Wirtschaftskrise tritt, wenn sich ganz automatisch das Einkommen der Arbeiter merklich vermindert, ohne dass sie einen Ausgleich finden in einem Rückgang der Preise der Lebensmittel und der Mietzinse u. s. w. Dann erinnern sich die Arbeiter, dass sie erprobte Kampfmittel besitzen, mit denen man eine Verbesserung ihrer Lage durchzusetzen vermag. Sie glauben vielfach, dass diese Mittel zu jeder Zeit und unter allen Verhältnissen zu nützen und zu wirken imstande seien. Sie erinnern sich ihrer Machtmittel am stärksten, wenn sie am wenigsten anwendbar sind. Wenn der Unternehmer an Stelle von Akkorden, die verhältnismässig reichlichen Lohn gewähren, einen geringen Stundenlohn setzt, wenn er von Ueberstunden mit 25prozentigen und höheren Lohnzuschlägen zu einer Verkürzung der Arbeitszeit übergeht, wenn er mit der Entlassung von Arbeitern beginnt und an Stelle hochqualifizierter Arbeitskräfte ungelernte, weibliche und jugendliche setzt, dann möchte der Arbeiter dem Unternehmer seine Macht zeigen, dann möchte er durch die Einstellung der Arbeit höhere Entlohnung und andere günstige Arbeitsbedingungen erzwingen. Leider steht dieser gute Wille des gewerkschaftlich ungenügend geschulten Arbeiters in unüberbrückbarem Gegensatz zu den Machtverhältnissen während der Periode der Depression. Die Not an Arbeitskräften hört auf, die Reihen der industriellen Reservearmee werden immer dichter und zahlreicher, das Angebot von Arbeitern jeglicher Art wächst von Woche zu Woche, der Unternehmer ist mit einer Beeinflussung des Arbeitsmarktes nicht mehr nachgiebig zu machen, eine Verringerung des Angebots von Arbeitskräften ist nicht zu erreichen und die Verweigerung der Arbeitsleistung wird meistens wirkungslos sein.

Wir sind durchaus nicht der Meinung, dass man, wenn der Höhepunkt der Prosperität überschritten ist, sagen soll: wir sind in die Zeit der Depression ein-

getreten, wir müssen mit einer eventuell schweren wirtschaftlichen Krise rechnen und deshalb ist jeder Streik von Uebel, unter keinen Umständen ist ein Streik zu gestatten, es ist den Unternehmern völlig freie Hand zu lassen. Das hiesse das Kind mit dem Bade ausschütten, das hiesse an Stelle einer schlechten Schablone eine andere, nicht bessere setzen. Selbst allgemeine Krisen treten nicht in allen Produktionszweigen mit gleicher Kraft und in demselben Zeitpunkt ein, man wird von Fall zu Fall zu entscheiden haben. Nichts ist verfehlter in der Gewerkschaftsbewegung als eine denkfaul machende, spottbillige Schablone, die man auf alle Fälle anwendet. Die Gewerkschaft verlangt kluge Beurteiler der wirtschaftlichen Lage, die alles in ihre Rechnung ziehen, was zur Bildung eines Urteils und zu einem richtigen Entschluss erforderlich ist. Man wird in jedem einzelnen Fall besonders zu entscheiden haben, man wird mit Rücksicht auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse doppelte Vorsicht bei der Proklamierung eines Streiks anzuwenden haben, als dies schon sonst not tut.

Alle hier angeführten Erwägungen haben eine wichtige Voraussetzung, die gründliche Schulung der Gewerkschaftsmitglieder, die Steigerung ihrer Einsicht, das Wachsen ihres Solidaritätsgefühles, vor allem aber die Erziehung zu einem weiten Blicke, zu einer klugen Beurteilung aller wirtschaftlichen Bedingungen, die bei der Prüfung des Schlachtfeldes und des Gegners in jedem Lohnkampfe notwendig ist. Dass auf diesem Gebiete noch vieles zu geschehen hat und dass nichts falscher wäre, als mit den Mitteln der Demagogie, der Schmeichelei die Arbeiter zu erziehen, das lehrt vor allem die Zeit der Depression.

Wäre es möglich, im gewerkschaftlichen Kampfe, in der gewerkschaftlichen Politik und Diplomatie mit einigen wenigen Lehrsätzen auszukommen, dann wäre die Praxis der Gewerkschaften eine Spielerei. Jeder Kampf ist aber unter eigenen Gesichtspunkten zu führen, seine Aussichten sind nach den von Tag zu Tag wechselnden wirtschaftlichen Zusammenhängen abzuschätzen. Wir wissen, dass sich die Unternehmer heute einen ganzen Generalstab von wirtschaftlich und juristisch geschulten Kräften halten. Wir sind stolz, viele aus dem Proletariat hervorgegangene Vertreter der Arbeiterinteressen zu besitzen, die diesen akademisch geschulten Sekretären durchaus gewachsen, ja überlegen sind. Aber dies gilt noch lange nicht für alle Vertreter der Arbeiterinteressen und, wenn es selbst gelten würde, würde es in einem demokratischen Körper, wie es die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation ist, nicht genügen. Wir müssen die Massen geistig heben, sie urteilsfähig und intellektuell selbständig machen, wir haben im Proletariat das Unterscheidungsvermögen so zu steigern, dass immer mehr Arbeiter klar beurteilen können, ob sie richtig geführt sind.

So ist es nicht das letzte, sondern ein sehr bedeutungsvolles gewerkschaftliches Kampfmittel, die Bildung der Massen zu steigern, vor allem sie zur Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge und ihrer Rückwirkung auf die Arbeiterverhältnisse zu erziehen.

Julie Romm (New York): Upton Sinclair

Man würde Upton Sinclair nicht gerecht werden, wollte man ihn rein von literarischen Gesichtspunkten aus beurteilen. Er gehört zu jenen Freischärlern — wie sie unser unvergesslicher Freund Sorge nannte — die in der amerikanischen sozialistischen Bewegung eine nicht unbedeutende Rolle spielen. Sie stellen ihre Kraft, ihr Wissen und Können in den Dienst der Sache, die sie vertreten. Aber sie tun es auf ihre eigene Weise. Es widerstrebt ihnen, in Reih und Glied zu marschieren, sich irgendwelcher Disziplin zu fügen. Sie gehen gesondert vor, wie es ihnen Neigung und das Mass ihrer Einsicht vorschreiben. Sie greifen den Feind an, wo seine Position ihnen am schwächsten erscheint oder wo er ihre Kampfeslust am meisten reizt, sie haben schon manches tüchtige Stück Arbeit dabei geleistet — allerdings auch manche Dummheit gemacht und geschadet, wo sie zu nützen vermeinten.

So ist auch Upton Sinclairs literarische Tätigkeit tendenziös — nicht immer im guten Sinne. Er ist ein Kämpfer, der für seine Ueberzeugung mit Wort und Tat eintritt, ein wenig Schwärmer und ein eminent praktischer Kopf, der die Dinge zumeist am richtigen Ende anzufassen pflegt und genau weiss, was er will. Bevor er den „Jungle“ schrieb, das Buch, das zuerst die öffentliche Meinung auf ihn aufmerksam machte und ihm im Ueberfluss brachte, was ein Autor sich nur immer wünschen mag — Freunde und Feinde, einen Namen und ein Vermögen — arbeitete er monatelang in den Schlachthäusern Chicagos. Als er Helicon Hall gründete, das kooperative Hotel, wie er es plante und wie es sich in der kurzen Zeit seines Bestehens als durchaus lebensfähig erwies, machte er sich und anderen keine Illusionen über Zweck und Ziel dieser Kolonie, sondern betonte in erster Linie die grossen praktischen Vorteile dieses gesellschaftlichen Zusammenlebens gegenüber dem Einzelhaushalt mit seiner Verschwendung von Kraft und Zeit und Geld. Da war nichts Utopisches an der Gründung, nichts, was an die klassischen Vorbilder von Brook Farm oder Ruskin erinnerte. Die Mitglieder der Kolonie gingen in gewohnter Weise ihrer Beschäftigung nach und fanden sich in Helicon Hall zusammen, um gemeinsam zu geniessen, nicht um zu produzieren. Es ist zu bedauern, dass eine Feuersbrunst, welche Helicon Hall nach kaum einjährigem Bestehen zerstörte, der Entwicklung der Kolonie ein vorzeitiges Ende bereitete. Jedenfalls hatte sich Sinclair bereits in dieser kurzen Zeit als durchaus fähiger und sachverständiger Geschäftsführer bewährt.

Dass die bürgerliche Presse die absurdesten Berichte über Helicon Hall brachte und alles tat, um die Sache ins Lächerliche zu ziehen, bedarf wohl kaum der Erwähnung.

Das ungeheure Aufsehen, welches der „Jungle“ erregte, verdankt er nicht seinen literarischen Eigenschaften. Der „Jungle“ ist nichts weniger als eine künstlerische Gross-tat. Sinclair selbst war es nach eigenem Geständnis darum zu tun, die Sache des Sozialismus zu fördern. Es war sein Verdienst, durch seine Enthüllungen über die Zustände in den Schlachthäusern Chicagos — Enthüllungen, welche die eingehende Untersuchung einer Regierungskommission in allem wesentlichen bestätigte, trotz des leidenschaftlichen Protestes des Fleischtrusts — ein Stück kapitalistischer Korruption blossgelegt zu haben. Wie er in dem Roman „Die Metropole“ die Korruption der sogenannten „Gesellschaft“ blossstellt, wie er in einem weniger bekannten Jugendwerk „Prinz Hagen“ die politische Korruption in sehr ergötzlicher Weise persifliert, so ist immer und überall nicht ein ästhetisches Bedürfnis, sondern eine — ich möchte sagen — sozialpolitische Erwägung, welche ihm seine Waffe, die Feder des Schriftstellers, in die Hand drückt.

Die bürgerliche Presse ist sich dessen sehr wohl bewusst. Sie verhält sich dieser „Blüte des Sozialismus“, wie sie ihn nennt, gegenüber auch äusserst zurückhaltend, ob-schon sie den erfolgreichen Schriftsteller, ihrem kapitalistischen Prinzip getreu, nicht ignorieren kann. Seine Schilderungen aus der „Gesellschaft“ behandelt sie mit offenem und verstecktem Hohn als „stark gewürzte“ Uebertreibungen und willkürliche Verallgemeinerungen eines Aussenstehenden, der von den Dingen, welche er schildert, keine Ahnung hat. Wir sind natürlich nicht in der Lage, beurteilen zu können, wie weit diese Schilderungen der Wirklichkeit entsprechen. Sinclair selbst stammt aus diesen Kreisen. Seine Eltern und Grosseltern gehörten der „Aristokratie“ des Südens an.

Was an der literarischen Persönlichkeit Sinclairs am auffälligsten in die Augen springt, ist eben der Mangel einer scharf umrissenen dichterischen Individualität. Wenn es nach einem hübschen epigrammatisch zugespitzten Wort Zolas die Aufgabe des Romanschriftstellers ist, einen Ausschnitt aus dem Leben zu zeigen, gesehen durch ein Temperament, so ist bei Sinclair eben der Mangel dieses Temperaments das Entscheidende. Seine Romane lesen sich wie die äusserst geschickt und flüssig geschriebenen Berichte eines fähigen Reporters. Er hat mit ungemeinem Fleiss das Material zusammengetragen, emsig gesammelt und gesichtet und ist vor nichts zurückgeschreckt, was seinen Zwecken förderlich schien. So beherrscht er den Stoff mit sicherer Sachkenntnis und teilt dieses Gefühl der Sicherheit auch seinem Leser mit. Er hat es aber nicht verstanden, die Menschen, die er uns vorführt, zu Trägern der Handlung, der Idee zu machen, welche seinen Romanen zugrunde liegt. Sie ziehen an uns vorüber wie in einem Kaleidoskop und flössen uns kaum ein Interesse ein. Ein Menschenkinder ist Sinclair nicht — dieses höchste Ziel des Dichters wird ihm immer unerreichbar bleiben.

Dazu gebricht es ihm vor allem an schöpferischer Phantasie. Was sich dem hellseherischen Blick des Dichters mit der Unmittelbarkeit einer Offenbarung gewissermassen intuitiv erschliesst und wie ein elektrischer Funke auf den Leser überspringt, mangelt ihm völlig. Er ist zu klug, zu kühl, zu berechnend. Das Handwerkszeug seiner Kunst beherrscht er meisterhaft.

Im „Jungle“ gab es noch Stellen, welche trotz aller Konventionalität der psychologischen Analyse uns auf Momente in den Abgrund menschlicher Verzweiflung und menschlicher Verwahrlosung untertauchen liessen und so an unser Herz rührten. In den neuesten Romanen Sinclairs, die in anderen Kreisen spielen und denen die Korruption der oberen Zehntausend in gesellschaftlicher und finanzieller Beziehung zum Vorwurf dient, fällt auch dieses fort. Hier, wo es sich nicht um auf einer niedrigen Kulturstufe stehende Individuen handelt, deren Empfinden und Handeln einfach und elementar ist, sondern um hochdifferenzierte moderne Menschen, die auf dem Sumpfboden der kapitalistischen Gesellschaft gewachsen, mit der Ueppigkeit und dem Raffinement einer Hyperzivilisation gesättigt sind, versagt Sinclairs Psychologie völlig.

Der Roman „Die Metropole“ ist der erste einer Romanserie, welche die Korruption auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens schildern soll. Der zweite Band dieser Serie: „Die Geldwechsler“ ist in diesen Tagen erschienen. Ein dritter Band: „Die Maschine“, welcher die politische Korruption geisseln soll, wird im Frühjahr nächsten Jahres erscheinen.

„Die Metropole“ erzählt uns die Erlebnisse eines jungen Advokaten, Allan Montague, der aus Mississippi nach New York kommt, um sich hier niederzulassen. Da er einer aristokratischen Familie des Südens entstammt und mit einflussreichen Empfehlungen ausgerüstet ist, kommt er mühelos in die „Gesellschaft“ hinein. Eine glänzende Karriere scheint sich vor ihm aufzutun. Aber er tritt dieser innerlich rohen und verderbten Gesellschaft, welche keinen anderen Wertmesser kennt als das Geld und in zynischer Menschenverachtung nur dem Augenblick lebt, mit einer kaum glaublichen Naivität gegenüber. Er muss es im Verlauf weniger Monate erleben, dass all seine Vorstellungen von Mannesehre und Menschenwürde jämmerlich Schiffbruch leiden; dass er, von den reinsten Absichten beseelt, ein Strohmann wird in der Hand anderer, die ihn für ihre unsauberen Zwecke brauchen und ihn fallen lassen, wenn seine Rolle ausgespielt ist. Von Ekel und Widerwillen erfüllt, sagt er sich von dieser „Gesellschaft“ los und will versuchen, als anständiger Mann sich ehrlich durchs Leben zu schlagen.

Aber die Schicksale Allan Montagues sind nur der Faden, der diese Schilderungen aus der Gesellschaft lose zusammenhält. Es war Sinclair nur darum zu tun, diese durch und durch faule, verlotterte Gesellschaft zu schildern. Zu diesem Zweck schleppt er alles heran an Familiengeschichten und Klatsch, an öffentlichen und geheimen Skandalen, an Anekdoten und charakteristischen Zügen, was man seit Jahren in den Zeitungen verfolgen konnte. Unter fremden Namen ziehen all die bekannten Persönlichkeiten der New Yorker Gesellschaft an uns vorüber, da wird ihre schmutzige Wäsche gewaschen.

Es ist keine anziehende Lektüre. Und der Widerwille gegen diese Drohen der Gesellschaft, die sich als Wesen höherer Art fühlen, als Götter, die auf goldenen Stühlen thronen, hoch über dem gemeinen Volk, dessen Schweiss sie verprassen; diese Menschen, in deren Hirn kein anderer Gedanke Raum hat als der kleinlichste persönliche Ehrgeiz, steigert sich zum Ekel. Diese Frauen, die, immer lüstern nach neuen Sensationen, heut mit dem Buddhismus kokettieren, um morgen ihre erschlafte Sinne an der Perversität eines unreifen Knaben aufpeitschen zu lassen. Diese Männer, welchen das Fieber des Börsenspiels, welchem sie ihre Millionen verdanken, so im Blut steckt, dass sie nicht leben können ohne die Aufregungen dieses Spiels und in ihren Klubs dem Kartenspiel frönen bis zur Erschöpfung. Diese Jugend, die nie im Leben einen Cent erworben und nur gelernt hat, Tausende und Hunderttausende gedankenlos zu verschwenden. Die jede Fühlung mit dem wirklichen Leben verloren hat und ihm fremd und gleichgültig gegenübersteht.

In dem soeben veröffentlichten Roman „Die Geldwechsler“ schildert Sinclair an der Hand von Ereignissen, die sich im Laufe des letzten Jahres zugetragen und die

noch frisch in unser aller Erinnerung sind, die Finanzkreise New Yorks und die ungeheure Macht, welche diese fabelhaften, in der Hand einzelner aufgespeicherten Schätze diesen verleihen. Unter dem Pseudonym Van Watermann ist der bekannte Bankier John Pierpont Morgan der Mittelpunkt der Intrige, welche die New Yorker Banken in einen rasenden Wirbel hineinzieht und Tod und Verderben um sich verbreitet. Und alles dies, um sich an einer Frau zu rächen, welche es gewagt hat, dem Allmächtigen Widerstand zu leisten.

Auch in diesem Roman ist es Allan Montague, dessen persönliche und geschäftliche Erfahrungen wir miterleben. Eine junge Witwe von ungewöhnlicher Schönheit, Lucy Dupree, eine Jugendgspelein der Montagues, taucht plötzlich in New York auf und wird in den Strudel des gesellschaftlichen Lebens hineingezogen. Mit der naiven Freude und Gedankenlosigkeit eines Kindes gibt sie sich all dem Neuen und Ueberwältigenden hin, das ihr auf Schritt und Tritt entgegentritt, und berauscht sich an der Pracht und dem Luxus ihrer neuen Umgebung. Aber an ihrer Schönheit und dem Reiz ihres Wesens entzündet sich die Begierde van Watermanns, des Achtzigjährigen. Und da er nicht gewohnt ist, sich zu versagen, wonach es ihm gelüstet, was immer es sei, sucht er die Ahnungslose in brutaler, hinterlistiger Weise zu überrumpeln. Nur dem zufälligen Dazwischentreten Allan Montagues hat sie es zu danken, dass sie dem bärenhaften Griff des alten Sünders glücklich entrinnt.

Sie verliebt sich in einen Löwen der Gesellschaft, einen geistreichen Causeur und Lebemann, der trotz seiner fünfzig Jahre eine grosse Macht auf Frauen ausübt und der diese Macht skrupellos benützt, um Lucy sich gänzlich zu eigen zu machen. Er ist zwar verheiratet, aber er versteht es, „die Moral so zu drehen und zu deuteln, dass man schliesslich überzeugt ist, es gebe keine edlere Rolle für eine Frau, als die Geliebte eines verheirateten Mannes zu sein“.

Stanley Ryder ist der Präsident der Gotham Trust Company, einer der ersten Banken New Yorks. Um sich an Lucy zu rächen, richtet van Watermann die Gotham Trust Company zugrunde und macht Stanley Ryder zum Bettler. Ryder erschießt sich. Lucy, welche weiss, dass sie die Schuld an dem Unglück des Mannes trägt, den sie liebt, nimmt Gift, nachdem sie einen vergeblichen Versuch gemacht hat, durch Preisgabe der eigenen Persönlichkeit den Geliebten zu retten.

Aber diese kleine dramatische Verwicklung ist es nicht, die dem Roman das Interesse verleiht, das er unstreitig besitzt und das sich stellenweise zu intensiver Spannung verdichtet; es ist die Schilderung des Lebens und Treibens der Finanzwelt, der Blick hinter die Kulissen, welche die unterirdische Minierarbeit dieser kleinen, aber allmächtigen Clique vor den Augen des grossen Publikums verbergen, was an dem Roman interessiert.

Sie sind tatsächlich allmächtig, diese Könige der Finanz, mächtiger als die Könige von Gottes Gnaden, denn sie sind niemandem verantwortlich als sich selbst. Und sittliche Hemmungsvorstellungen lähmen die Kraft dieser Uebermenschen der Tat nicht. Ihr Wille ist Gesetz für alle, die von ihnen abhängig sind. Und wer ist nicht von ihnen abhängig? Wissenschaft und Kunst, Gesetzgebung und Presse — sie haben die Macht, alles zu willigen Werkzeugen ihrer Pläne zu machen. Wer sich ihnen in den Weg stellt, wird zermalmt. Wer ihre schmutzigen Praktiken nicht mitmachen mag, wird mit einem Fusstritt beiseite geschoben und als Narr verlacht. Es ist für einen Menschen mit Selbstachtung unmöglich, mit ihnen zu tun zu haben.

Und das blinde, hilflose Publikum tappt immer wieder in die Fallen, welche diese raubgierigen Wölfe in Menschengestalt ihm stellen, deren Fussspuren von dem Herzblut Tausender und aber Tausender zerrütteter Existenzen gerötet sind.

Allan Montague hat die furchtbare Panik, welche die grossen Haie der Börse gewissenlos und mit vollem Bewusstsein dessen, was sie taten, entfesselten, miterlebt. Der Zufall fügte es, dass er einen tieferen Einblick in die geheimen Triebkräfte dieser gewaltigen Erschütterung des Weltmarktes tat als irgend ein anderer, sein Herz ist mit Bitterkeit gefüllt bis zum Ueberfliessen.

„Ich fürchte den Einfluss,“ sagt er, „den dieses Milieu auf mich ausüben könnte. Ich habe die Karriere so vieler Männer verfolgt. Es ist immer dasselbe. Sie treten

hinein und ehe es ihnen zum Bewusstsein kommt, hat es sie erfasst und sie korrumpiert. Was ich hier in der Metropole gesehen, hat mich mit Schrecken erfüllt. Jede Fiber meines Wesens empört sich dagegen. Ich will dagegen ankämpfen, solange ich lebe.“ —

„Und was wollen Sie tun?“

„Ich stürze mich in die Politik. Ich will versuchen, das Volk aufzuklären.“ —
Damit schliesst der Roman.

Bücherschau

Deutsche Parteiliteratur

Einem Wunsche der Genossen zu entsprechen hat der niederösterreichische Landesausschuss für die kommenden Landtagswahlen ein *Handbuch** herausgegeben, das vor allem den in der Agitation tätigen Genossen Material für den Wahlkampf liefern soll. Dass diese Einrichtung, die in Deutschland längst heimisch ist, nun auch bei uns eingeführt wurde, zeugt von dem tiefen Ernst und der Gründlichkeit, mit der die niederösterreichische Landespartei den Wahlkampf führt. Man muss gestehen, dass der erste Versuch im grossen und ganzen vortrefflich gelungen ist.

Das Handbuch stellt zunächst das neue Wahlrecht dar und zeigt dann die Klassenherrschaft im Lande und in der Gemeinde auf. Dann bespricht es an der Hand reicher statistischer Daten die agrarische Politik der Christlichsozialen, deren ganze Volksfeindlichkeit blossgestellt wird. Ein Kapitel behandelt das Volksschulwesen und zuletzt werden die Fürsorgeaufgaben des Landes dargestellt. Das Buch ist nicht in allen Teilen gleich gut. Das Schulwesen scheint uns vor allem zu breit dargestellt. Eine Menge von Details hätte fortbleiben können, wodurch man Raum für andere Dinge gewonnen hätte, die im Handbuch leider vollständig fehlen oder nur ungenügend dargestellt sind. So vermisst man zum Beispiel vollkommen eine Darstellung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens, das in der letzten Landtagsperiode neu organisiert wurde und an dessen Einrichtung die Arbeiterfeindlichkeit der Christlichsozialen deutlich erkennbar ist. Auch der Abschnitt über die Fürsorgeaufgaben bedürfte mancher Ergänzung. Während die Findlingspflege eingehend erörtert wird und auch die übrigen Einrichtungen mehr humanitären Charakters ausführlich besprochen sind, fehlt eine Darstellung der Verhältnisse der Naturalverpflegungsstationen, die nur in anderem Zusammenhang erwähnt werden. Gerade an der Stellung der Christlichsozialen zu dieser Einrichtung hätte ihr brutales Klassenregime aufgezeigt werden können. Was dem Handbuche auch abgeht, ist eine zusammenfassende Wiedergabe der volks- und bildungsfeindlichen Aeusserungen der christlichsozialen Abgeordneten, die den Charakter dieser Partei nicht minder treffend kennzeichnen als die Resultate ihrer Herrschaft. Auch eine Rückschau über das spezielle Wirken des einen Sozialdemokraten und die Anregungen, die er gegeben hat, wäre angebracht gewesen.

* Handbuch für die Landtagswähler Niederösterreichs. Herausgegeben vom Landesausschuss der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Niederösterreich. Wien 1908. Preis geb. 2 K.

Trotz dieser Mängel verdient das Buch grosses Lob. Das reiche Material, das hier vielfach in ganz neuem Lichte dargestellt ist, wird jedem gute Dienste leisten, der sich über die Landesverwaltung informieren will. Deshalb verliert das Buch nicht seinen Wert, wenn der Wahlkampf beendet sein wird; es soll in keiner Vereinsbibliothek des Landes fehlen. R. D.

Tschechische Parteiliteratur

Wie schwer es vielen unserer Genossen wird, sich den Einflüssen der mit tausend Stimmen unablässig uns bestürmenden bürgerlich-nationalen Ideologie zu entziehen, beweist die Broschüre, in der Genosse *Modráček* unsere Diskussion über die Nationalitätenfrage bespricht.*

Ein grosser Teil dieser Broschüre beschäftigt sich mit den Vorschlägen Renners und mit meiner „Nationalitätenfrage“. Leider werden aber unsere Anschauungen in vielen Punkten unrichtig wiedergegeben. Zum Beispiel behauptet *Modráček*, auch nach der Konstituierung der Minoritätsgemeinden solle die nationale Minderheit nach unseren Vorschlägen benachteiligt werden; denn die nationale Mehrheit werde nur einer Gemeinde steuern, die Minderheit aber müsste dann zwei kommunalen Organisationen Steuer zahlen und darum doppelte Steuern entrichten. Das ist ein grobes Missverständnis. Die nationale Minderheit soll wohl die Kosten ihres Schulwesens aufbringen, aber dafür wird sie doch von den Beiträgen für das Schulwesen der Mehrheit befreit!

Durch eine Serie ähnlicher Missverständnisse wird das Bild der von Renner propagierten Nationalitätenverfassung bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Schliesslich behauptet *Modráček* gar, Renner habe zwar die nationale Selbstregierung früher für alle Nationen verlangt, heute aber wolle er sie nur in denjenigen Ländern durchführen, in welchen die Deutschen die Minderheit der Bevölkerung sind. Zum Beweis führt *Modráček* eine von der deutschen Sozialdemokratie in Böhmen beschlossene Resolution an, die er Renner zuschreibt. Natürlich spricht diese Resolution nur deshalb bloss von Böhmen, weil die deutschböhmisches Genossen nicht kompetent sind, Programme für das ganze Reich zu beschliessen.

Renner fordert, dass jeder beträchtlichen nationalen Minderheit die Möglichkeit gesichert werde, in den Aemtern und Gerichten in ihrer Sprache ihr Recht zu finden. Dies erfordert aber nicht die Mehrsprachigkeit aller Beamten,

* *Modráček*, *Otázka národní v sociální demokracii Rakouska*. Prag 1908.

sondern bloss die Mehrsprachigkeit der Aemter. Darin sieht Modráček die Preisgabe des Personalitätsprinzips! Er bemerkt nicht, dass in dem Motivenbericht zu dem Koerber'schen Sprachengesetzentwurf, auf den er sich beruft, das Wort Personalitätsprinzip in einem ganz anderen Sinne gebraucht wird als in unserer Literatur. Seine ganze Kritik beruht auf einem ganz falschen Bilde der in Renners „Kampf der österreichischen Nationen“ entworfenen Nationalitätenverfassung. Diese beruht auf dem Territorialprinzip, der Abgrenzung der nationalen Siedlungsgebiete; sie führt das Personalitätsprinzip nur bei Konstituierung der nationalen Selbstverwaltungskörper in Gebieten starker nationaler Mischung und zur Konstituierung der Minoritäten ein. Damit stehen Renners Vorschläge über Amtsbesetzung und Sprachgebrauch der Aemter in Einklang. Aber ist das nicht dieselbe Verfassung, die Modráček selbst in der Danzerschen Enquete* gefordert hat?

Modráček hat in jener Enquete auch gesagt, die Kronländer hätten „für das kulturelle Leben der Nationen kaum praktischen Wert“. Heute fordert er wieder die „Dezentralisierung“ der Reichsverwaltung, die Erweiterung der Kompetenzen der Landtage. Er begründet dies mit ein paar Budgetziffern, die bezeugen, dass heute der Staat auch mit lokalen Angelegenheiten belastet ist (Strassen-, Brückenbauten und dergleichen). Mit demselben Argument lässt sich aber auch die Dezentralisation der Landesverwaltung verteidigen, die Uebertragung von Landeskompetenzen an die Kreise. Das ist aber Genossen Modráček nicht sympathisch; die Kreisorganisation entspreche dem alten absolutistischen „Teile und herrsche!“ Wer will teilen, um zu herrschen? Doch wohl die zentralistische Bureaukratie? Aber die sich selbst regierenden Kreise sollen doch gerade an die Stelle der bürokratischen Verwaltung treten, die Beamten den Selbstverwaltungskörpern unterstellt werden! Solche Missverständnisse machen es möglich, dass die nationale Selbstregierung als ein arglistiger Plan zur Unterdrückung des tschechischen Volkes erscheinen kann!

Modráček fasst schliesslich seine Kritik in den Worten zusammen: „Die tschechische Sozialdemokratie fordert Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung, die deutsche Sozialdemokratie die nationale Autonomie.“ Aber die Gleichberechtigung ist ein rein formales Prinzip. Sie besteht, wo die Ruthenen ebenso gut behandelt werden wie die Polen; aber auch, wo es den Polen ebenso schlecht geht wie den Ruthenen. Die Forderung der Gleichberechtigung genügt geschichtslosen Nationen, die sich erst auf das Niveau erheben wollen, das die historischen Nationen längst erreicht haben; wo aber nur noch historische Nationen einander gegenüberstehen, dort erfüllen sie die Form der blossen Gleichheit mit dem Inhalt der vollen Freiheit, indem sie für alle Völker gleiche Selbstregierung fordern. In der Tat kann auch Genosse Modráček bei der leeren Phrase der Gleichberechtigung nicht stehen bleiben; auch er entwirft nun ein Programm der nationalen Autonomie.

Genosse Modráček will die nationale Frage auf Grund folgender Prinzipien lösen: „Nationale Selbstverwaltung in den national strittigen Zweigen

der Landesverwaltung; nationale Abgrenzung der Verwaltungssprengel; rechtlicher Schutz gegen die rücksichtslose Majorisierung der nationalen Minderheit in der Landesverwaltung.“

Zu diesem Zweck sind nationale Kurien und nationale Sektionen für die einzelnen Zweige der Landesverwaltung, soweit diese Gegenstand des nationalen Streites sind, zu gründen. Von den Einkünften des Landes sind den einzelnen nationalen Sektionen diejenigen zuzuweisen, die aus den Bezirken ihrer Nationalität fließen. Die Abgaben der gemischten Bezirke werden auf die nationalen Sektionen in dem Verhältnis der Bevölkerungszahl beider Nationen in diesen Bezirken verteilt. Ausserdem kann jede nationale Sektion auch den Bezirken ihrer Nationalität Steuerzuschläge vorschreiben; die gemischten Bezirke haben diese Steuerzuschläge nicht in voller Höhe zu tragen, sondern nur jenen Prozentsatz, der dem Anteil der betreffenden Nation an der Gesamtbevölkerung des Bezirkes entspricht.

Wie man sieht, unterscheidet auch Modráček nationale — oder, wie er sagt, „national strittige“ — Verwaltungszweige und solche, die für das ganze Verwaltungsgebiet — hier das ganze Land — einheitlich verwaltet werden können: er tut also dasselbe, was er Renner und mir gegenüber für unmöglich erklärt. Für die national strittigen Verwaltungszweige fordert auch er die nationale Autonomie. Auch er kombiniert das Territorialprinzip mit dem Personalitätsprinzip: die nationalen Verwaltungssektionen verwalten die Angelegenheiten der Bezirke ihrer Nationalität, überdies aber auch gewisse Angelegenheiten ihrer Volksgenossen in den gemischten Bezirken. Die Aufbringung der Mittel unterscheidet sich gleichfalls nur unwesentlich von jener, die ich in meiner „Nationalitätenfrage“ vorgeschlagen habe: jeder nationalen Verwaltungssektion fallen alle Steuern der Bezirke ihrer Nationalität und ein prozentualer Anteil an den Steuern der gemischten Bezirke zu.

Wodurch unterscheiden sich nun Modráček's Vorschläge von den unseren?

Erstens dadurch, dass die nationale Autonomie bei Modráček unvollständig bleibt. Die nationalen Sektionen stellen zwar ihr Budget selbständig auf, aber es muss in das Budget des Landes eingestellt, also doch wohl vom Landtag angenommen werden. Die nationale Autonomie der Italiener in Tirol bliebe also dadurch beschränkt, dass die deutsche Landtagsmehrheit dem von ihr aufgestellten Budget die Zustimmung erteilen müsste. Wir vermissen jeden Grund für diese Beschränkung.

Zweitens: Modráček macht Organe des Landes zu Trägern der nationalen Autonomie, während wir den Nationen selbständigen Wirkungskreis, völlig abgetrennt von der Landesverwaltung, und selbständige Organe, von denen des Landes geschieden, zuerkennen wollen.

Sehen wir uns zum Beispiel Tirol an! Hier lassen sich die von den beiden Nationen bewohnten Gebiete reinlich scheiden, jedes der beiden Gebiete ist sehr wohl geeignet, ein selbständiges Verwaltungsgebiet zu bilden. Wir verlangen also die Trennung des Landes in zwei Verwaltungsgebiete und für jedes der beiden einen besonderen Landtag. Modráček dagegen

* Vergl. „Kampf“, I., Seite 430.

will die Italiener in allen national nicht strittigen Angelegenheiten dem Innsbrucker Landtag unterwerfen und er macht ihre nationalen Verwaltungssektionen zu Organen dieses Landtages. Da aber die Kompetenz der italienischen Verwaltungssektionen sich doch auf die italienischen Bezirke beschränken und ihnen nur die Steuern der italienischen Bezirke zufließen sollen, ist nicht recht einzusehen, warum diese Körperschaften in Innsbruck sitzen sollen und nicht in Trient. Der ganze Vorschlag Modráček's wäre für Tirol eine zwecklose Halbheit! Sollte er es nicht auch für andere Länder sein? Als erster Schritt zur nationalen Autonomie wäre eine solche Regelung für die Slowenen in Steiermark, für die Ruthenen in Galizien wohl annehmbar, als Programm erscheint sie doch wohl zu inkonsequent.

Etwas anders liegen die Dinge in Böhmen. Dieses Land ist eine geographische Einheit und gewisse Angelegenheiten — man denke zum Beispiel an den Strassen- und Wasserbau, an das Lokalbahnwesen — können vielleicht am zweckmässigsten für das ganze Land einheitlich verwaltet werden. Andere Verwaltungsaufgaben sind dagegen von beiden Nationen gesondert zu besorgen. Daher sind die Kreise einerseits territorial zusammenzufassen im Lande Böhmen — sie finden ihre Vertretung im Prager Landtag — andererseits aber sind sie für die Verwaltung nationaler Angelegenheiten national zu trennen: sie finden ihre Vertretung in einer deutschen Landesvertretung in Reichenberg oder Aussig und einer tschechischen in Prag. Modráček setzt an die Stelle dieser beiden Landesvertretungen blosser Sektionen des Prager Landtages. Wenn er aber diesen Sektionen annähernd dieselben Kompetenzen und dieselben Steuerquellen zuweisen will wie wir, so ist der Unterschied hier nicht eben bedeutsam.

Drittens: Modráček beschränkt sich auf die Lösung des Problems im Lande. Wir glauben, dass einerseits auch die kleineren Verwaltungssprengel — Gemeinden, Bezirke und Kreise — analoge Institutionen brauchen und dass andererseits die Nationen auch im ganzen Reiche eigener Institutionen bedürfen, deren Verwaltung den Nationalräten obliegen soll. Wie wichtig die Durchführung der nationalen Autonomie gerade in den kleinsten Verwaltungssprengeln, in den Gemeinden, ist, hat Renner im „Kampf“, I., Seite 356 ff., treffend gezeigt. Nicht minder wichtig ist aber die Zusammenfassung der ganzen Nationen im Reiche. Wem sonst soll die oberste Gesetzgebung über das ganze tschechische Schulwesen zustehen als dem Nationalrat, der Gesamtvertretung der ganzen tschechischen Nation? Will Modráček sie dem Reichsrat belassen oder drei Landtagen ausliefern, in denen andere Nationen mitbestimmen und die doch nur drei verschiedene Landesschulen, aber keine einheitliche Nationalschule schaffen könnten? Und bedarf die tschechische Nation nicht einer Körperschaft, die berufen ist, Hochschulen zu gründen und zu verwalten, die Entwicklung der tschechischen Wissenschaft und Kunst planmässig zu fördern, einer Körperschaft, die die der ganzen Nation gemeinsamen Angelegenheiten besorgt und die Einheit und Souveränität der Nation repräsentiert? Was aber das Problem betrifft, Kompetenzen und Steuererträge auf den Reichsrat und die

verschiedenen Nationalräte zu verteilen, so ist es nicht schwerer lösbar und kann ganz ähnlich gelöst werden wie Modráček's Kompetenzen- und Steuerverteilung zwischen dem Landtag und den nationalen Verwaltungssektionen.

Was Modráček uns vorschlägt, ist die halbe Autonomie der Nationen. Die Halbheit hat ihren Grund in der Sorge um die glorreichen „Königreiche und Länder“. Und diese Sorge soll uns in einem Augenblick lebendig werden, in dem selbst in Russland* die historischen Landesgrenzen versinken vor der lebendigen Wirklichkeit der nationalen Gemeinschaften. Otto Bauer.

Literatur der österreichischen Gewerkschaften

So zahlreiche Schriften auch in Oesterreich von den einzelnen Gewerkschaften herausgegeben werden, so fehlt es bisher in hohem Masse an einer allgemein gewerkschaftlichen Literatur, in der das Gemeinsame, alle Gewerkschafter Angehende dargestellt würde. Diesem Mangel dürfte ein neues Unternehmen der Reichs-Gewerkschaftskommission abhelfen, die nun eine Sammlung gewerkschaftlicher Schriften erscheinen lässt. Sie führt sich sehr gut ein mit einem Heftchen „Die Tarifverträge in Oesterreich“ von Julius Deutsch. Wir finden da auf 78 Seiten einen kurzen Abriss der Geschichte der österreichischen Tarifverträge, weiter die verschiedenen Arten der Tarifverträge gut unterschieden und die Tarifverträge zusammenfassend nach den wichtigsten Vertragsbestimmungen als auch für die einzelnen Berufe dargestellt. Aus der Schrift geht hervor, dass dem fleissigen Verfasser eine viel grössere Anzahl von Tarifverträgen zur Verfügung stand als dem Arbeitsstatistischen Amt; es ist auch als rühmend hervorzuheben, dass die gleichzeitige Veröffentlichung des Arbeitsstatistischen Amtes nur die Tarifverträge für das Jahr 1906 darstellen kann, während die Veröffentlichung unserer Gewerkschaftskommission wohl alle im Jahre 1907 abgeschlossenen Tarife zur Grundlage ihrer Darlegungen und statistischen Zusammenfassungen nehmen konnte.

Sonst liegen uns nur noch wenige Schriften der österreichischen Gewerkschaften vor, so das 193 Seiten starke „Protokoll der Verhandlungen des dritten Verbandstages des Verbandes der Zimmerer Oesterreichs“. Neben den interessanten Verhandlungen finden wir in diesem Bändchen den wertvollen Tätigkeitsbericht des Verbandes für die Jahre 1906/07. Verhältnismässig grossen Raum nehmen die Lohnbewegungen in dieser Darstellung ein. Das 70 Seiten starke Protokoll über „Die zweite Reichskonferenz der Bergbaugewerkschaftsdelegierten Oesterreichs“ behandelt wichtige Fragen, wie die Unfallversicherung, die Berginspektion, die Verhältnisse der Bruderladen. So wie die vorangegangene Schrift ist auch diese im Verlage der Organisation, die sie herausgegeben hat, erschienen. Das gilt auch für den „Rechenschaftsbericht des Zentralvereines der Giessereiarbeiter

* Vergl. Leuthner, Das Ende der polnischen Reichsidee. „Sozialistische Monatshefte“, XII., 2., Seite 599 ff.

Bücher
Oeste.
1907.
dieser O
die Strei
Zahl von
die Arb
unterstü
Organis
wertvolle
Auf
des Ver
des A
Gewer
reich“
schichte
den Jah
umfang
wohl vo
wird, er
schluss.
dem Ab
führten
Fachblät
Eine
leuchtet
Rastri
beiter
reichs
Tätigk
vom 1.
1907.
schichte
hieran s
die Ta
bewegun
finden v
stische T
wegung
schaft, ü
in dem
Bändchen
Zum
Schriftch
natur zu
regen w
gegneris
Das Schr
bindun
arbeit
derer
Jahre
nalen
grosse
Internati
arbeiter
Gewerks
80 und
Textilarb
behaupt
90 Ort
sind und
schaftson
Da der
39.000
scheint e
fähigkeit
zu sein.
wir nicht
rischen G
haben se

Oesterreichs für die Jahre 1906 und 1907". Auf 191 Seiten wird über die Tätigkeit dieser Organisation berichtet, insbesondere über die Streiks und Lohnbewegungen, wobei eine reiche Zahl von Kollektivverträgen mitgeteilt wird. Ueber die Arbeitsvermittlung, über die Arbeitslosenunterstützung und die sonstigen Leistungen der Organisation und so manches andere finden sich wertvolle Materialien in diesem Jahrbuch.

Auf 170 Seiten enthält der im Selbstverlag des Verbandes erschienene „Jahresbericht des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines für Oesterreich“ eine Fülle von Tatsachen über die Geschichte dieser bedeutungsvollen Organisation in den Jahren 1905, 1906 und 1907. Ueber die umfangreiche Rechtsschutzfähigkeit, die wohl von keiner anderen Organisation erreicht wird, erhalten wir in zahlreichen Tabellen Aufschluss. Noch mehr interessieren uns aber die in dem Abschnitte Aktionen und Agitation angeführten Tatsachen. Mit einem Bericht über die Fachblätter schliesst dieses Jahrbuch.

Einen Zeitraum von anderthalb Jahren beleuchtet der vom Verein der Buchbinder, Rastrierer etc. sowie deren Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Oesterreichs herausgegebene Bericht über die Tätigkeit des Vereines für die Zeit vom 1. Juli 1906 bis zum 31. Dezember 1907. Mit einem kurzen Abriss über die Geschichte des Vereines beginnt die Darstellung, hieran schliesst sich eine Berichterstattung über die Tätigkeit des Zentralausschusses, Lohnbewegungen und die Tarifverträge. Weiter finden wir die Rechnungsabschlüsse und statistische Tabellen über den Stand und die Bewegung der Mitglieder, über die Ausgabenwirtschaft, über die Leistungen des Verbandes etc. etc. in dem zwar dünnen, aber sehr inhaltsreichen Bändchen.

Zum Schluss wollen wir noch ein kleines Schriftchen erwähnen, das nicht zu unserer Literatur zu rechnen ist, das aber doch Interesse erregen wird, weil wir so wenig Material über die gegnerischen Gewerkschaften in Oesterreich haben. Das Schriftchen heisst „Internationale Verbindungen der christlichen Textilarbeiterorganisationen unter besonderer Berücksichtigung der seit dem Jahre 1900 abgehaltenen internationalen Berufskonferenzen und Kongresse. Herausgegeben von der Leitung der Internationalen Vereinigung christlicher Textilarbeiterorganisationen.“ (Köln 1908. Christlicher Gewerkschaftsverlag. 162 S. 8^o.) Auf den Seiten 80 und 109 ist einiges über die österreichischen Textilarbeiterorganisationen mitgeteilt. Es wird behauptet, dass die christlichen Textilarbeiter in 90 Ortsgruppen mit 9246 Mitgliedern vereinigt sind und deshalb die grösste christliche Gewerkschaftsorganisation in Oesterreich geworden sind. Da der Verein in einem Jahre bloss knapp 39.000 Kr. Einnahmen zu verzeichnen hat, so scheint es um den Opfermut und die Leistungsfähigkeit der Mitglieder nicht zum besten bestellt zu sein. Damit soll freilich nicht gesagt sein, dass wir nicht ein aufmerksames Auge auf die gegnerischen Gewerkschaften und auf ihre Entwicklung haben sollen. Nichts ist weniger klug als den

Feind zu unterschätzen, als sich von ihm überraschen zu lassen. ad. br.

Sozialpolitik

Das Bedürfnis nach einer Uebersicht über die sozialpolitischen Leistungen Oesterreichs scheint stark vorhanden zu sein. Nachdem im verflossenen Jahre der Verband der Genossenschafts-Krankenkassen Wiens einen Versuch mit einem Jahrbuch gemacht hat, lässt der nun vorliegende zweite Jahrgang des „Oesterreichischen Jahrbuches für Arbeiterversicherung“ für 1907 erwarten, dass wir es nun mit einer periodisch erscheinenden Veröffentlichung zu tun haben werden. In bequemer Weise finden wir da unter der sachkundigen Redaktion von Dr. Leo Verkauf zusammengestellt, was man sonst nur mit Schwierigkeiten in zahlreichen Verordnungsblättern zu suchen hat. Die Arbeiterversicherung Oesterreichs und des Auslandes werden behandelt, die Oesterreichs in besonders eingehender Weise, aber auch die anderen Gebiete der Sozialpolitik werden beleuchtet. Wir finden da die wichtige Verordnung über die Pensionsversicherung der privaten Angestellten, die Abänderung der Verordnung über den Versicherungsbeirat, weiter Mitteilungen aus der Judikatur des obersten Gerichtshofes und Entscheidungen anderer Zentralstellen in Sachen der Unfallversicherung, der Krankenversicherung und der Bruderladen ferner die Beschlüsse und Resolutionen, die vom Arbeits-, Industrie-, Versicherungs- und Landwirtschaftsrate zum Programm über die Reform und den Ausbau der Arbeiterversicherung gefasst wurden, auch eine gedrängte Statistik der Arbeiterversicherung in Oesterreich und im Deutschen Reiche, freilich für Oesterreich und Wien und zum Teil auch für Deutschland erst die Zahlen für das Jahr 1905, während Mitteilungen über die Gesetze und Verordnungen des Jahres 1908 zur Veröffentlichung gelangen. Auszüge aus ungarischen und englischen Arbeiterversicherungsgesetzen finden sich gleichfalls.

Der kleinere Teil des Jahrbuches enthält Materialien zum Arbeiterschutz, so die Verordnung des Ackerbaumministeriums über die Kinderarbeit im Bergbau, Ministerialerlässe und -Verordnungen über die Zuständigkeit für Erhebungen, die in Bergwerken über die Ursachen von Dampfkesselexplosionen zu treffen sind, dann die Verordnungen über den gewerbmässigen Betrieb von Steinbrüchen und dergleichen, über die Sonntagsruhe in Apotheken, über die Behandlung von Personen- und Lastenaufzügen, über den Schutz des Lebens und der Gesundheit der im Anstreicher- und Malergewerbe beschäftigten Arbeitskräfte, endlich die Beschlüsse der letzten Berner Arbeiterschutzkonferenz. Auch die italienische Novelle zum Kinderschutzgesetz und die österreichische Verordnung über die Abänderung der Arzneitaxe gelangen zum Abdruck. Diese kurze Inhaltsangabe genügt eigentlich nicht, man muss Seite für Seite umblättern, um den wertvollen Inhalt kennen zu lernen. Wir sind überzeugt, dass alle Interessenten durch das regelmässige Erscheinen des Werkchens befriedigt sein werden. ad. br.

Die Arbeiterbibliothek

Arbeiterversicherung

Die Fragen der Arbeiterversicherung werden während der nächsten Session des Abgeordnetenhauses im Mittelpunkt des Interesses, insbesondere der Arbeiterklasse, stehen. Neben der amtlichen Literatur und den Veröffentlichungen unserer Krankenkassen besitzen wir nur sehr wenige Schriften über das österreichische Arbeiterrecht. Vieles ist in schwer zugänglichen Zeitschriften, Sammelwerken und Denkschriften verstreut, so dass es für die Arbeiter kaum in Betracht kommen kann. Vielfach wird in der Diskussion die Erfahrung mit den Arbeiterversicherungsgesetzen des Deutschen Reiches herangezogen werden, insbesondere wird dies für die Invaliditäts- und Altersversicherung gelten. Am bequemsten und nicht zu kostspielig sind die Ausgaben der verschiedenen Arbeiterversicherungsgesetze in den Sammlungen der Verlagsbuchhandlung von J. Guttentag in Berlin und der C. H. Beck'schen Verlagsbuchhandlung in München. Daneben gibt es systematische Darstellungen, von denen wir bloss die zwei wertvollsten hier nennen wollen: Weyl, Lehrbuch des Reichsversicherungsrechtes (Leipzig 1904, Duncker und Humblot, Preis K 26'88) und Rosin, Das Recht der Arbeiterversicherung (Berlin, J. Guttentag 1890 ff., Preis K 11'40). Eine bequeme Uebersicht über das deutsche Arbeiterversicherungsrecht erhält man aus dem Buche Einrichtung und Wirkung der deutschen Arbeiterversicherung von Dr. Ludwig Lass und Dr. Friedrich Zahn (Berlin 1900, Verlag von Asher u. Co., Preis K 5'—). Eine zwar nicht auf der Höhe stehende, aber doch durch das Hervorheben mannigfacher Gesichtspunkte beachtenswerte Schrift ist die von Gustav Vogt: Die Vorteile der Invalidenversicherung und ihr Einfluss auf die deutsche Volkswirtschaft (Berlin-Grünwald 1905, Verlag der Arbeiterversorgung A. Troschel, Preis K 8'40). — Eine Uebersicht gewähren auch die einigermaßen veralteten Schriften von Bödicker: Die Reichsversicherungsgesetzgebung, Preis K 1'92 und die Arbeiterversicherung in europäischen Staaten, Preis K 8'40 (beide Leipzig, Duncker und Humblot). Die Streitfragen der deutschen Arbeiterversicherung vom Standpunkt der Arbeiter werden erörtert in dem Büchlein von Kleeis: Der Aus- und Umbau der Arbeiterversicherung vom Standpunkt der Versicherten (Berlin, Verlag des „Vorwärts“, Preis 1 Mk.). Ueber die Selbstverwaltung der deutschen Arbeiterversicherung gibt die Schrift von Sust Aufschluss: Die Vertreter der Arbeiterversicherungen und deren Aufgaben (Chemnitz, Verlag von Langer, Preis 50 Pf.).

Ueber den heutigen Stand der Arbeiterversicherung in Oesterreich geben die verschiedenen Gesetzesausgaben, so die im Verlage von

Manz u. Perles erschienenen Auskunft. Eine Zusammenfassung bietet das Buch von Adolf Menzel: Die Arbeiterversicherung nach österreichischem Recht (Leipzig, Duncker u. Humblot, 1893, Preis Mk. 12'—). Die Besitzer und Benützer des Volkstümlichen Handbuches des österreichischen Rechtes von Dr. J. Ingwer und Dr. J. Rosner (2. Auflage, Wien 1908, Wiener Volksbuchhandlung, Preis Kr. 16'—) finden im II. Bande auf Seite 329 bis 439 eine klare und übersichtliche Darstellung des geltenden Arbeiterrechtes in Oesterreich. Wer den Standpunkt der Arbeiter zu den schwebenden Streitfragen kennen lernen will, wird zuerst zu der Schrift von Doktor Leo Verkauf greifen: Reform und Ausbau der österreichischen Arbeiterversicherung, kritische Studie zum Regierungsprogramm (Wien 1905, Verlag des „Arbeiterschutz“, Preis K 2'40). Der grössere Teil der 136 Seiten starken Schrift ist der Invaliditäts- und Altersversicherung gewidmet, der kleinere Teil der Reform der Krankenversicherung. Weiteres Material findet man in den Protokollen über die Verhandlungen der Krankenkassentage (Preis K 2'—), vor allen des dritten und vierten, die auch im Verlage des „Arbeiterschutz“ erschienen sind.

Von der grössten Bedeutung für die Vorgeschichte der Invalidenversicherung sind die zwei umfangreichen Bände der Verhandlungen des ständigen Arbeitsbeirates über das Programm für die Reform und den Ausbau der Arbeiterversicherung (Preis K 8'40), die im Verlag der Staatsdruckerei erschienen sind. Die Ergebnisse der Beratungen des Arbeitsbeirates hat der frühere Handelsminister Dr. Josef M. Baernreither zusammengefasst in der Schrift: Grundfragen der sozialen Versicherung in Oesterreich (Wien 1908, Manz'sche Verlagsbuchhandlung, Preis 1 K). Von den anderen Körperschaften, die sich mit der Neugestaltung der Arbeiterversicherung beschäftigt und Protokolle ihrer Verhandlungen veröffentlicht haben, erwähnen wir bloss noch die Gutachten der territorialen Arbeiter-Unfallversicherungsanstalten über das Regierungsprogramm für die Reform und den Ausbau der Arbeiterversicherung (Wien 1907, Verlag des Verbandes der territorialen Arbeiter-Unfallversicherungsanstalten, Preis K 7'20). Es ist selbstverständlich, bei der ausserordentlichen Fülle literarischer Erscheinungen, auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung ausserordentlich schwierig, eine Auswahl zu treffen, weil es heute allein in deutscher Sprache Tausende Veröffentlichungen über die Arbeiterversicherung gibt. Unzweifelhaft werden mit dem Bekanntwerden der Regierungsvorlage eine Reihe von Schriften über diese Vorschläge erscheinen. Wir werden bemüht sein, unsere Leser auf alle beachtenswerten Schriften sofort nach ihrem Erscheinen aufmerksam zu machen. ad. br.